

79. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Dezember 2001, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5643	Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag 14/8253 des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (s.a. Anlage 2)	5674, 5679
Abstimmungsergebnis zu Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Werner-Muggendorfer, Irlinger u. a. u. Frakt. (SPD)		Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag 14/8255 der SPD (s. a. Anlage 3)	5674, 5679
Keine Einsparung von Lehrerstellen in den Fächern Religion und Ethik (Drs. 14/7112) (s. a. Anlage 1 – Beratung in der 78. Sitzung)		Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag 14/8310 der CSU (s.a. Anlage 4)	5674, 5679
Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Paulig u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Erklärung gemäß § 139 GeschO Christ (CSU)	5674, 5679
Politik für lebendige Städte und mittelstädtische Strukturen im Handel (Drs. 14/8253)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
und		Abschiebestopp für Kosovo-Albanerinnen und -Albaner (Drs. 14/8256)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Dr. Kaiser, Memmel u. a. u. Frakt. (SPD)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Herrmann, Dr. Kempfle u. a. u. Frakt. (CSU)	
Factory Outlet Center – Kabinettsbeschluss vom 20. November 2001 (Drs. 14/8255)		Kein Verzicht auf Beobachtung der kommunikativen Plattform der PDS (Drs. 14/8257)	
und		Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Schultz u. Frakt. (SPD)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Dinglreiter u. a. u. Frakt. (CSU)		Katastrophale Lage der bayerischen Insolvenzberatung (Drs. 14/8258)	
Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Einzelhandelsgroßprojekte/FOC) (Drs. 14/8310)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Münzel, Scharfenberg u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5643, 5662	Sofortiger Austausch der Lehrkräfte der Kongregation der Schulschwestern von Unserer Lieben Frau an den Schulen in Auerbach (Drs. 14/8259)	
Frau Biedefeld (SPD)	5645		
Dinglreiter (CSU)	5648, 5663		
Memmel (SPD)	5651, 5655		
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5652		
Staatsminister Dr. Schnappauf	5653, 5671		
Staatsminister Dr. Wiesheu	5656, 5665, 5668, 5669		
Kaul (CSU)	5660		
Hoderlein (SPD)	5663, 5665, 5669		
Glück (CSU)	5665		
Schläger (SPD)	5668		
Gartzke (SPD)	5672		

Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Wahnschaffe, Hirschmann u. a. u. Frakt. (SPD)

Soziale Sicherungssysteme stärken (Drs. 14/8290)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Kobler, Dr. Zimmermann u. a. u. Frakt. (CSU)

Stabilisierung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung (Drs. 14/8254)

Verweisung in die Ausschüsse 5674

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Präsident Böhm 5675

Güller (SPD) 5676

Ministerpräsident Dr. Stoiber 5677

Schluss der Sitzung 5679

(Beginn: 9.02 Uhr)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 79. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gebe ich das Abstimmungsergebnis der gestrigen namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 25 bekannt. Es handelt sich hierbei um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Werner-Muggendorfer, Irlinger und anderer und Fraktion (SPD), betreffend „Keine Einsparung von Lehrerstellen in den Fächern Religion und Ethik“ auf der Drucksache 14/7112. Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt, 103 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt, 2 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Die noch verbliebenen Tagesordnungspunkte 30 und 31 werden in der nächsten Plenarsitzung behandelt.

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt 17

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Politik für lebendige Städte und mittelständische Strukturen im Handel (Drucksache 14/8253)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Dr. Kaiser, Memmel und anderer und Fraktion (SPD)

Factory Outlet Center – Kabinettsbeschluss vom 20. November 2001 (Drucksache 14/8255)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Dingreiter und anderer und Fraktion (CSU)

Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Einzelhandelsgroßprojekte/FOC) (Drucksache 14/8310)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Frau Paulig.

(Hofmann (CSU): Der Tag fängt ja gut an!)

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tag fängt gut an. Ich grüße Sie, Herr Hofmann. Ich darf Sie alle recht herzlich zu dieser frühen Morgenstunde begrüßen.

Ich glaube, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU brauchen diesen Antrag, den wir heute vorgelegt haben, gar nicht zu lesen. Sie haben ihn verinnerlicht. Ist doch dieser Antrag Wort für Wort, abgesehen von der Jahreszahl, ein Antrag, der Ihrer Feder entsprungen ist, der vor drei Jahren – –

(Herrmann (CSU): Sie brauchen zwei Jahre, bis Sie merken, wie gut unsere Anträge sind! – Weitere Zurufe von der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Paulig, Sie brauchen nicht auf jeden Zwischenruf zu antworten.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre schön, wenn Sie für Ruhe sorgen könnten. – Danke.

Ich habe jetzt viele nette Kommentare von Ihnen gehört. Dazu muss ich sagen: Was sind Ihre Zielsetzungen heute noch wert? Welche Halbwertszeit haben Ihre politischen Forderungen, die Sie im Landtag eingebracht haben und die wir zusammen mit Ihnen einstimmig verabschiedet haben?

Politik für lebendige Städte und mittelständische Strukturen im Handel war ein Ziel, das wir alle gemeinsam am 24. 03. 1998 unterstützt haben. Das war ein einstimmiger Beschluss des Landtags. Heute haben Sie bereits mit der Vorlage Ihres Dringlichkeitsantrags unter der Vorgabe, es seien neue Entwicklungen eingetreten, die Rückzugsgefechte eingeleitet. Ich frage Sie, welche neuen Entwicklungen wollen Sie heute ansprechen? Ich darf aus Ihrem Antrag zitieren:

Auch Erlebniseinkaufszentren und Factory Outlet Center auf der grünen Wiese werden nicht neue Kaufkraft schaffen, sondern anderswo abziehen.

Dieses bleibt bestehen. Es hat sich keine neue Entwicklung ergeben, sondern es wird genau das passieren, was wir prophezeit haben, nämlich das Abziehen von Kaufkraft aus den lebendigen Städten, die mit vielen öffentlichen Geldern in diese Form gebracht wurden. Denken Sie an den Denkmalschutz und an die Mittel der Städtebauförderung. Wir haben uns gemeinsam bemüht, lebendige Städte, die auch die sozialen Funktionen für die erfüllen, die in diesen Städten wohnen, entstehen zu lassen. Sie aber stellen mit dem Kabinettsbeschluss vom 20. 11. 2001 bzw. der Einleitung der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Zielsetzungen dieser Art in Frage. Ich darf weiter aus Ihrem Antrag zitieren, der Ihnen heute durch die GRÜNEN zur Abstimmung vorliegt:

Die Kommunen ... müssen bedenken, dass damit

- auch durchaus gesunde und leistungsfähige Strukturen zerstört,
- viele sichere und meist wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze im Handel vernichtet werden (der herkömmliche Einzelhandel hat bei gleichem Umsatz durchschnittlich 2,3mal mehr Beschäftigte als ein FOC),

- wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten für mobilitätsbehinderte Menschen verloren gehen,
- die Urbanität und die Lebensfähigkeit vieler Märkte, kleiner und mittlerer Städte in Gefahr gerät und
- eine oft denkmalgeschützte Bausubstanz in den Innenstädten keiner sinnvollen wirtschaftlichen Nutzung mehr zugeführt werden kann.

So lautet der Beschluss, den wir im März 1998 gemeinsam einstimmig im Bayerischen Landtag verabschiedet haben.

Sie sind damals auch auf die ökologischen Nachteile der Einzelhandelsgroßprojekte und der FOCs auf der grünen Wiese eingegangen. Sie haben „Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch“ angesprochen, zum Beispiel „längere Anfahrtswege, kalkuliert bis zu 200 km“, „geringe Anbindung an den ÖPNV“, „den größeren Flächenverbrauch für Gebäude und Parkplätze und die zusätzliche Versiegelung und Zersiedelung der Landschaft“. Sie haben damals bereits auf eine Entwicklung aufmerksam gemacht, die heute einen Spitzenstand in Bayern erreicht hat. Bayern ist das Bundesland mit dem höchsten Flächenverbrauch. Dieser Flächenverbrauch beträgt 28,6 Hektar pro Tag, was 40 Fußballfeldern pro Tag entspricht. Diese Entwicklung ist seit 1993 eingeleitet und durch die jüngsten Kabinettsbeschlüsse weiter forciert worden.

Es ist enorm bedauerlich, dass ein Umweltminister, der sich das Wort Nachhaltigkeit auf die Fahne schreibt und in allen Verlautbarungen benutzt, sich auf Weisung von Stoiber dazu hergibt, den Flächenverbrauch weiter zu steigern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf weiter aus diesem Antrag zitieren:

Aus allen diesen Überlegungen lehnt der Landtag die Einrichtung solcher neuen „Mega-Einkaufsformen“ grundsätzlich ab. Anträge sind restriktiv und unter Beachtung der folgenden Vorschläge zu verbescheiden.

In den Lösungsvorschlägen heißt es: Konsequente Anwendung der geltenden rechtlichen Instrumentarien, Infrastrukturverbesserung für den Einzelhandel in den Innenstädten, Entwicklung ganzheitlicher Leitbilder und Konzepte der Kommune für den Handel als Voraussetzung für eine entsprechende Bauleitplanung und Genehmigung, interkommunale Abstimmung.

All dieses können Sie heute mit der Zustimmung zu diesem Antrag bestätigen. Ich denke, die Ziele, die hier vorgelegt werden, sind entscheidende Ziele, die es zu verfolgen gilt. Sie haben in Ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/8310 den Rückzug eingeleitet.

„Gegenüber der Situation der Beschlussfassung vom 24.03.1998 haben sich Entwicklungen ergeben, die eine erneute Überprüfung der Rahmenbedingungen und der

ordnungspolitischen Entscheidungen notwendig machen.“ – So kann man es auch nennen. Ich darf Ihnen dazu einen Kommentar des Bayerischen Rundfunks zur Kenntnis geben. Rudolf Erhard hat im „Bayernmagazin“ zum Kabinettsbeschluss vom 20. November erklärt – ich zitiere –:

Geld regiert die Welt. Wenn die Wirtschaft Druck macht, hat sich die Politik zu beugen. Vergessen die markigen Worte von gestern, auch Bayern ist jetzt bei den einst so ungeliebten Fabrikverkaufszentren eingeknickt. Die Verantwortlichen in Staatskanzlei, Umwelt- und Wirtschaftsministerium ignorieren ihre früheren Warnungen und rollen den Großhandelsprojekten noch den roten Teppich aus.

Das Ganze nennt sich verharmlosend „Kaufkraftabschöpfung“, und damit meinen sie die Umsatzeinbußen des mittelständischen Handels in den städtischen Zentren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kaufkraftabschöpfung ist mit Umsatzeinbußen gleichzusetzen. Ich zitiere weiter:

Fragen Sie einmal einen Geschäftsmann im Zentrum von Straubing, Ingolstadt oder Vilshofen, wie lange er Umsatzeinbußen von 15 % überlebt.

Ich füge hinzu: Nicht nur 15 % sind in der Fortschreibung enthalten, sondern möglich sind sogar 20 % bis 25 %.

Weil aber die Macher der Fabrikverkaufszentren möglichst viel Reibach, sprich Kaufkraftabschöpfung, zulasten gewachsener Einzelhandelsgeschäfte forderten, bekamen sie per... Kabinettsbeschluss, was sie wollten... Jeder dort neu geschaffene Arbeitsplatz vernichtet bis zu vier in kleineren Geschäften des Einzelhandels.

Folgerichtig: Sie wollen all dies durchsetzen. Ministerpräsident Dr. Stoiber knickt vor amerikanischen Großhandelsketten ein.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Prinzipienlos!)

– Das nennt sich prinzipienlos. Hier zitiere ich gern den Vorsitzenden meiner Fraktion. Wir brauchen uns nur anzusehen, wie der Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms aussieht. Im alten Landesentwicklungsprogramm, das derzeit Gültigkeit hat, heißt es: „Die mittelständische Wirtschaftsstruktur soll erhalten und gestärkt werden.“ Genau diese Förderung des Mittelstands als Zielsetzung findet sich im Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms nicht mehr. Dort heißt es: „Die Wirtschaftskraft des Landes und seiner Teilräume soll insbesondere im Hinblick auf den verschärften globalen Wettbewerb erhalten... werden.“ Das ist Ihre Zielsetzung: Aufgabe der Mittelstandsförderung und der Stärkung des Mittelstandes zugunsten globalisierter Wettbewerbsteilnehmer, die zumeist aus dem Ausland stammen. Unser Einzelhandel kann hier voraussichtlich

nicht mithalten. Das nennen Sie Wirtschaftspolitik für Bayern.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Scheinheilig!)

Die britisch-amerikanische Investorengruppe Value-Retail zum Beispiel plant in Baden-Württemberg das FOC Wertheim. Was aber hat Ministerpräsident Dr. Stoiber Besseres zu tun, als diese negative Entwicklung noch zu toppen mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms? Sie wissen, dass sich der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels vehement gegen diese Entwicklung wehrt, und das mit Recht, gilt es doch, Arbeits- und Ausbildungsplätze in Bayern zu erhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erich Vorwohlt, der Präsident des LBE, sagt hierzu treffend: „Haben amerikanische Investoren in Bayern jetzt mehr Bedeutung als der Mittelstand? Beugt sich der Freistaat einzelnen Investoreninteressen?“ Präsident Vorwohlt sagt weiter: „Dem Einzelhandel in Bayern ist es absolut unverständlich, wie die Bayerische Staatsregierung zu dieser Kehrtwende in der Standortpolitik kommt. Nur um das FOC in Ingolstadt zuzulassen, stellt die Staatsregierung ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.“ Die einhellige Kritik der bayerischen Wirtschaft und der kommunalen Spitzenverbände im bisherigen Anhörungsverfahren zum LEP hat das bayerische Kabinett mit seiner vorgezogenen Zustimmung zum FOC Ingolstadt einfach unter den Teppich gekehrt. Der Präsident des Bayerischen Städtetags Josef Deimer sagt dazu: „Wohin diese Entwicklung führen kann, ist in den neuen Bundesländern zu besichtigen. Während mitten in der freien Landschaft ein großflächiges Handelszentrum nach dem anderen gebaut wird, stehen immer mehr Läden in den Zentren mitteldeutscher Städte leer.“

Für die Mittelstands-Union der CSU zitiere ich Klaus Dieter Breitschwert: „Das ist das falsche Signal. Es gibt einen Vernichtungswettbewerb der brutalsten Art, und da kommen die kleinen und mittelständischen Unternehmen unter die Räder.“ Manfred Christ – ich begrüße ihn hier – hat erklärt: „Der Einzelhandel wird der Konkurrenz nicht standhalten. Die Innenstädte werden veröden, die Arbeitsplätze zurückgehen und vor allem die Lehrstellen. Unser Mittelstand bricht zusammen, wenn wir das genehmigen.“ Der Geschäftsführer der IHK Karl Kürzinger sagt: „Wir brauchen keines auf der grünen Wiese. Diese Entwicklung ist absolut negativ. Die FOCs sind große Einkaufszentren. Sie wollen das typische Leitsortiment der Innenstädte vor den Stadttoren verkaufen.“

Der bayerische Gemeindegtag erklärt zu der Teilfortschreibung: „Selbst für Juristen sind die geplanten Formulierungen im Landesentwicklungsprogramm kaum verständlich.“ Man widerspricht sich teilweise in einzelnen Sätzen. Folgerichtig hat die Kenntnis dieser Entwicklung 1998 dazu geführt, die Städtebaufördermittel an die Entwicklung der Innenstädte zu koppeln. Genau dieses soll nun ebenfalls aufgegeben werden. Das Innenministerium hat beispielsweise Günzburg vor Verabschiedung der Teilfortschreibung bereits wieder die Städtebaufördermittel in Aussicht gestellt, um den FOCs

bzw. den Einzelhandelsgroßprojekten grünes Licht zu geben.

Sie sind heute gefordert, Ihre Zielsetzung zu überprüfen. Sie haben die Möglichkeit, dieser Zielsetzung zuzustimmen. Darum beantragt unsere Fraktion namentliche Abstimmung. Wir werden die nächsten Wochen intensiv die Debatte mit der bayerischen Wirtschaft und den bayerischen Umweltverbänden führen und auf diese katastrophale Entwicklung aufmerksam machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch wohl nicht sein, dass die CSU, die sich die Mittelstandspolitik auf die Fahnen geschrieben hat, die Mittelständler Bayerns dem globalen Wettbewerb opfert, zugunsten der Arbeitsplätze und zugunsten der Umwelt. – Auf Kosten der Arbeitsplätze und auf Kosten der Umwelt, so muss es richtig heißen.

(Dr. Bernhard (CSU): Freud lässt grüßen!)

– Freud lässt grüßen. Ich bin auf die Ausführungen gespannt, die Sie heute zu diesem Thema machen. Wir beantragen namentliche Abstimmung. Sie können sich darauf gefasst machen, dass wir auch die Diskussion außerhalb des Parlaments intensiv führen werden. Wenn Sie heute einknicken und sich von Ihren Zielsetzungen verabschieden wollen, seien Sie an die Auseinandersetzungen erinnert, die wir zum Dosenpfand hatten. Auch hier hat die bayerische Wirtschaft nicht mehr verstanden, auf welcher Seite eigentlich die CSU steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Biedefeld.

Frau Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD fordert die Staatsregierung und das Hohe Haus auf, den Beschluss des Ministerrats zu den Factory-Outlet-Centers vom 20. November dieses Jahres rückgängig zu machen und damit ein klares Ja zum Beschluss vom 24. 03. 1998 und ein klares Nein zu FOCs in Bayern zu sagen. Insbesondere wollen wir die Planungen der Regierung von Oberbayern auf Eis legen. Für die SPD-Fraktion beantrage ich zum Antrag auf Drucksache 14/8255 namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Während der bayerische Staatssekretär des Innern in Berlin vor dem Einzelhandelsverband lauthals den Verfall der Attraktivität der Innenstädte beklagte, machte die Bayerische Staatsregierung in München den Weg frei für FOCs im Bayernland.

Das ist keine grandiose Leistung. Ich sage: Diese Heuchelei ist nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern heute von der CSU ein in ihrem Abstimmungsverhalten deutlich erkennbares Bekenntnis zum

Einzelhandel und zum Mittelstand. Sie lassen Einzelhandel und Mittelstand bei Ihren Sonntagsreden immer hochleben. Wir fordern nicht nur ein klares Bekenntnis zum Einzelhandel und zum Mittelstand, sondern auch eine Entscheidung für den Erhalt der Attraktivität unserer Innenstädte.

Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat im Bericht über die Möglichkeiten der landesplanerischen Einflussnahme auf Einzelhandels-großprojekte im Februar 1998 ausgeführt, dass solchen neuen Megaeinkaufsformen grundsätzlich entgegenzutreten ist und dass solche neuen Megaeinkaufsformen grundsätzlich abzulehnen sind, da damit gesunde und leistungsfähige Strukturen zerstört werden, wohnort-nahe Ausbildungs- und Arbeitsplätze im Handel vernichtet werden, Einkaufsmöglichkeiten für mobilitätsbehinderte Menschen verloren gehen, die Lebensfähigkeit vieler Städte und Märkte in Gefahr gerät und ganz offensichtlich auch noch negative Auswirkungen auf die Umwelt entstehen, wie Ressourcenverbrauch und zusätzlicher Verkehr.

Was hat sich seit damals geändert? – Sagen Sie uns das heute einmal. Vielleicht können wir das dann nachvollziehen, wir verstehen es nicht. An diesen Entwicklungen hat sich nichts verändert.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie schreiben in Ihrem Dringlichkeitsantrag bei Nummer 2:

Gegenüber der Situation der Beschlussfassung vom 24. März 1998 haben sich Entwicklungen ergeben, die eine erneute Überprüfung der Rahmenbedingungen und der ordnungspolitischen Entscheidungen notwendig machen.

Man höre und staune. Wir wollen hören, welche Entwicklungen dies sind. Sagen Sie doch bitte einmal, was das Wort „Überprüfung“ in dem Satz bedeuten soll. Das ist überhaupt nicht glaubwürdig. Am 20. November hat der Ministerrat bereits beschlossen, ein FOC in Ingolstadt zu genehmigen. Der Beschluss steht. Warum soll dann noch etwas überprüft werden? Erst fasst der Ministerrat den Beschluss, und dann erfolgt die Teilfortschreibung eines Landesentwicklungsprogramms. Was soll das? Was ist das für eine Politik?

(Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Wir erleben das regelmäßig, und das ist typisch für Sie: Bevor Sie sich mit den Beteiligten und mit den Betroffenen darüber unterhalten, bevor sich der Bayerische Landtag mit dieser Materie beschäftigt und darüber diskutiert, wollen Sie wieder vollendete Tatsachen schaffen. Das Beispiel Ingolstadt zeigt dies eindeutig auf. Sie wollen vollendete Tatsachen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU ist dabei nicht besser als der Ministerrat. Auch Sie haben sich bereits eindeutig festgelegt. Warum

etwas überprüfen? – Sie haben sich eindeutig festgelegt. Im ersten Spiegelstrich der Ziffer 3 Ihres heute vorgelegten Dringlichkeitsantrages heißt es, Einzelhandels-großprojekte und Factory-Outlet-Center seien gleichen Maßstäben zu unterwerfen, und es dürfe keine Bevorzugung von FOCs erfolgen.

Das ist ein klares Ja zu FOCs. Hier ist nicht von einer Überprüfung die Rede, hier ist nicht von der Ausnahme Ingolstadt die Rede. Noch vor wenigen Tagen und Wochen haben Sie überall in Bayern die Gefährdung der zentralen Funktion der Innenstädte als Versorgungs- und Handelsschwerpunkte durch die Entstehung von FOCs beklagt. Jetzt stimmen Sie für FOCs. Gestern loben Sie noch den Einzelhandel und den Mittelstand über den grünen Klee, heute lassen Sie die Entstehung von FOCs auf der grünen Wiese zu. Das ist keine glaubwürdige Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Das heutige Abstimmungsergebnis werden wir im Land verbreiten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

Mit der Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, dem seit Jahren umstrittenen Factory-Outlet-Center in Ingolstadt Genehmigung zu erteilen, haben Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hat der Ministerrat dem bayerischen Einzelhandel und vielen bayerischen Kommunen de facto den Todesstoß versetzt. Sie werden sehen, dass aufgrund dieser Entscheidung viele Anträge von Projektentwicklern gestellt werden, die auch ein FOC errichten wollen. Ich bin gespannt, wie Sie die angebliche Ausnahme Ingolstadt begründen wollen, was Sie den anderen Projektentwicklern erzählen wollen, wenn derartige Anträge auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Woche war zu lesen:

Schnäppchenbranche zieht es zur Donau. Nachdem die Staatsregierung in Ingolstadt klein beigegeben hat, bahnt sich in Schwaben die nächste Kraftprobe um ein großes Fabrikverkaufszentrum Lego an.

Es zeichnet sich ab: Der von Ministerpräsident Stoiber erklärte Ausnahmefall Ingolstadt wird ganz schnell zur Regel in Bayern mit allen Folgen und Konsequenzen, gerade für den Einzelhandel und den Mittelstand.

Wir von der SPD sagen ein klares Nein zu den FOCs. Es hat sich nichts geändert: Sie zerstören gesunde und leistungsfähige Strukturen, wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze im Handel. Damit gehen Einkaufsmöglichkeiten für mobilitätsbehinderte Menschen verloren. Sie gefährden die Lebensfähigkeit vieler kleiner Städte und Märkte, und man muss den Umweltaspekt sehen: Auswirkungen auf die Umwelt und Ressourcenverbrauch.

Was die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern, Fachziel Einzelhandels-großprojekte/

FOC betrifft, ist die von uns am 7. November eingeforderte und beantragte und in der letzten Woche im federführenden Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen beschlossene öffentliche Anhörung im Landtag als Entscheidungsgrundlage unerlässlich. Dazu werden Vertreter des gesamten bayerischen Einzelhandels, der kommunalen Spitzenverbände, der hauptsächlich betroffenen Städte und Gemeinden im Stadtumlandbereich, der Oberzentren und auch der Umweltverbände eingeladen. Wir müssen mit den Betroffenen und mit den Beteiligten diskutieren, bevor mit der Errichtung des FOC in Ingolstadt vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Das Thema Einzelhandelsgroßprojekte ist unserer Meinung nach so sensibel und beeinflusst ganze Regionen so stark, dass wirklich ein abgewogenes Urteil und nicht ein Schnellschuss der Staatsregierung notwendig ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gefälligkeit!)

Warum greift die Staatsregierung mit ihrem Beschluss den notwendigen parlamentarischen Beratungen vor? Warum scheut sie die öffentliche Diskussion, die unserer Meinung nach unverzichtbar ist? Warum brät sie eine Extrawurst für das geplante FOC in Ingolstadt? – Wir sagen: Landesentwicklung fordert eine wirklich breite Basis und sollte nicht mit voreiligen Beschlüssen vom Ministerrat diktiert werden. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Es ist erfreulich, dass sich die CSU unserem Antrag auf öffentliche Anhörung jetzt doch angeschlossen hat und sich ihn zu eigen macht. Die Anhörung sollte zunächst nicht stattfinden, sie wollten unseren Antrag erst ablehnen.

(Kaul (CSU): Das ist ein Unsinn! Ich schicke Ihnen einmal das Protokoll! – Hofmann (CSU): Das stand nie zur Debatte!)

Die CSU schreibt in ihrem Dringlichkeitsantrag: „Erst nach Auswertung dieser Anhörung kann die anstehende Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms erfolgen und ein entsprechender Vorschlag der Staatsregierung für die weiteren verfahrensrechtlichen Schritte vorgelegt werden.“

Sie schreiben es selbst: erst Anhörung, dann Teilfortschreibung. Somit liegt Ingolstadt erst einmal auf Eis.

(Beifall bei der SPD)

Sie können unserem Antrag heute zustimmen.

Sie wollten die Anhörung gerne hinauszögern. Wir sagen: Dieses Thema muss zeitnah mit den Betroffenen und den Beteiligten diskutiert werden. Sie haben es sehr eilig mit dieser Teilfortschreibung. Herr Kollege Kaul, Sie wollten die Diskussion nach der Kommunalwahl. Das ist Ihr Anliegen. Wir werden die Diskussion schon vorher führen.

(Güller (SPD): Das ist geplante Wählertäuschung! – Lebhafter Widerspruch der Abgeordneten Kaul (CSU) und Hofmann (CSU))

Die Innenstädte und der Einzelhandel mussten bereits in den Neunzigerjahren einen hohen Tribut für die Entwicklung neuer Einkaufszentren und neuer Erlebniswelten zahlen. Der Einzelhandel kann kaum mehr mithalten. Unsere Innenstädte dürfen aber nicht noch weiter ausbluten.

Sie haben Ihren eigenen Erlebniswert.

(Kaul (CSU): In der Fraktion sollten sich jeweils nur die zu Wort melden, die etwas zu dem Thema zu sagen haben!)

Deshalb brauchen wir einen intakten und starken Einzelhandel, der für die Lebendigkeit der Innenstädte sorgt. Ihr Beschluss ist Gift für die Zukunft unserer Städte.

(Kaul (CSU): Sie verspritzen hier Gift, Frau Kollegin!)

– Herr Kollege Kaul, Ihre Bewertung interessiert mich nicht.

(Dr. Bernhard (CSU): Das sollte sie aber!)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, Kolleginnen und Kollegen. Sie beklagen sich ständig darüber, dass die Politik der Bundesregierung mittelstandsfeindlich sei.

(Zuruf von der CSU: Ja, logisch!)

Sie beklagen das, aber gerade Ihr Vorhaben schädigt die Struktur und die Vielfalt des Einzelhandels, welcher gerade in Bayern sehr mittelständisch geprägt ist.

(Beifall bei der SPD)

Greifen Sie nicht die Bundesregierung an, die gerade mit ihrer Steuerreform zur Entlastung von Mittelstand und Handwerk beiträgt.

(Lachen bei der CSU)

Sie setzen doch zum Dolchstoß auf den bayerischen Mittelstand an. Ihr Verhalten ist unglaubwürdig und verlogen.

(Kaul (CSU): Ich wünsche der SPD, dass Sie möglichst lange ihre Generalsekretärin bleiben, denn dann sind unsere Wahlsiege sicher!)

Es gäbe viele Beispiele dafür anzuführen, wie unglaubwürdig ihre Politik ist. Ein Beispiel gefällig? – Noch 1997 hat sich Wirtschaftsminister Wiesheu entschieden gegen die Errichtung von FOCs ausgesprochen. Auch aus jüngster Zeit gibt es solche Aussagen. Er sprach damals von einer „gefährlichen Entwicklung“. In einer Pressemitteilung sagte er:

Meine Position ist klar und konsequent. Factory Outlet Center gefährden den mittelständischen Einzelhandel, vernichten Arbeits- und Ausbildungsplätze, führen zu einer Verödung der Innenstädte und haben einen hohen Flächenverbrauch sowie zusätzliches Verkehrsaufkommen zur Folge.

Das sind die Worte eines Wirtschaftsministers Wiesheu. Das muss man klar sagen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der kennt sich aus!)

Ein weiteres Beispiel, Aussagen eines Landesentwicklungsministers – man muss sich das Wort auf der Zunge zergehen lassen – und Umweltministers: Hier im Plenum haben Sie am 15. November dieses Jahres erklärt, Herr Minister Schnappauf:

Herausragendes Ziel ist es, den Flächenfraß zu stoppen.

Sie appellierten an alle bayerischen Kommunalpolitiker, bei der Inanspruchnahme von Flächen insbesondere den Flächenverbrauch zu berücksichtigen. Mein Appell an Sie, Herr Minister Schnappauf: Leisten Sie erst einmal Überzeugungsarbeit bei sich selbst, in Ihrer Fraktion und bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, bevor Sie die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker Bayerns maßregeln. So geht es bitte schön nicht!

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich in Ihren eigenen Reihen um. Es gäbe noch viele andere Beispiele. Wir haben nicht nur den Bund Naturschutz, das Handwerk, den Einzelhandel, den Bayerischen Städtetag und viele andere Organisationen auf unserer Seite. Sie haben also diese Organisationen gegen sich, und Sie haben sogar in Ihren eigenen Reihen Probleme. Kollege Traublinger sorgt sich berechtigterweise um die Arbeitsplätze im Mittelstand. Ihre wirtschaftspolitische Sprecherin im Bundestag, Dagmar Wöhrl, meint, dass mit den FOCs ein Tor aufgestoßen wurde, das man nicht mehr schließen kann. Sie zeigte sich enttäuscht über den Beschluss des Ministerrats. Hören Sie in diesem Fall vielleicht einmal auf Frau Wöhrl. Ihr Mann betreibt schließlich ein großes Modehaus. Sie wird ja schließlich wissen, was gut und was schlecht für den Einzelhandel in unseren Städten ist.

(Hofmann (CSU): Möglichst viele Modehäuser mit einem Namen!)

Auch die Mittelstands-Union in der CSU könnte man anführen. Sie ist alles andere als begeistert. Hören Sie eigentlich nicht, wie die Meinungen innerhalb Ihrer eigenen Fraktion und innerhalb Ihrer eigenen Partei sind? Wir sagen strikt Nein zu FOCs.

(Willi Müller (CSU): Hören Sie doch auf die Kommunalpolitiker, was die sagen!)

Wir haben für die Anhörung viele Diskussionspunkte vorgesehen. Wir sind froh, dass sie zeitnah stattfinden wird. Es geht unter anderem um Verflechtungen und Verflech-

tungsbereiche und es geht darum, ob wir an der Zentralörtlichkeit für die Standorte von Einzelhandelsgroßprojekten festhalten. Es geht um die Verkehrserschließung, es geht um die Grenze von 700 qm – die Größe derartiger Einzelhandelsgroßprojekte an bestimmten zentralen Orten und vieles andere mehr. Wir haben für diese Anhörung viel Stoff, über den wir mit den Beteiligten und den Betroffenen diskutieren wollen.

Wir lehnen den Antrag der CSU ab, weil sie damit FOCs bereits wieder festschreiben und von einem einstimmigen Beschluss des Landtages abweichen will. Wir sehen keinen Grund für eine derartige Kehrtwende. Eine solche können Sie auch gar nicht rechtfertigen. Wir werden dem Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Auch dieser Antrag enthält Vorschläge und Punkte, welche die Anhörung bereichern werden. Stimmen Sie unserem Antrag zu, um Schaden von den Innenstädten und von den mittelständischen bayerischen Einzelhandelsunternehmen abzuwenden. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Bekennen Sie heute endlich Farbe.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dingreiter.

(Kaul CSU): Da gibt es jetzt eine Menge zurechtzurücken! – Dr. Hahnzog (SPD): Dass sich der Dingreiter überhaupt hierher traut?!

Dingreiter (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Biedefeld, es ist schon bemerkenswert, wie Sie sich um den ländlichen Raum sorgen. Man muss nämlich gleichzeitig sehen, wie Ihre Bundesregierung ein Raumordnungsgesetz vorbereitet.

(Frau Biedefeld (SPD), einen Zeitungsartikel hochhaltend: Und das sagt Dingreiter!)

– Reden Sie hinterher, wenn ich fertig bin. Sie sollten sich mit der gleichen Verve wie hier darum bemühen, dass der Bund auch den ländlichen Raum berücksichtigt. Dieser kommt nämlich in dem Raumordnungsgesetz, das die Bundesregierung vorbereitet, gar nicht vor. Wenn Sie das tun würden, dann hätten Sie Gutes getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie stellen sich hierher und fordern ein klares Nein zu FOCs. Ihre Kommunalpolitiker fordern hingegen FOCs an der Autobahn, auf der grünen Wiese. Daher frage ich mich, wie glaubwürdig Sie mit Ihren Aussagen noch sind.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den Grünen. Frau Paulig, es ist ein Armutszeugnis für die Grünen, wenn Sie nur aus fremden Anträgen zitieren, weil Ihnen selbst zu diesem Thema nichts einfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Erinnerungslücke! – Dr. Scholz (SPD): Und der Inhalt Ihrer Erklärungen, Herr Dingreiter?!)

– Lassen Sie es doch, ich komme gleich zu den Inhalten. Ich will nur noch eines hinzufügen, Frau Paulig. Es ist gut, dass der Tatbestand des Abschreibens nicht in die Pisa-Studie eingeflossen ist, sonst würde Bayern noch schlechter aussehen, weil Sie sich ständig mit fremden Federn schmücken.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Dingreiter, ich bekomme signalisiert, dass Sie schlecht zu verstehen sind. Vielleicht nehmen Sie die Mikrophone ein bisschen herunter.

(Frau Radermacher (SPD): Dadurch wird aber der Inhalt auch nicht besser!)

Dingreiter (CSU): Jetzt komme ich zu den Inhalten, wobei ich von Ihrer Beurteilung nicht unbedingt viel halte. – Der Beschluss, der 1998 im Bayerischen Landtag auf Drucksache 13/10644 auf Antrag der CSU gefasst wurde, hat im Grundsatz auch heute noch Gültigkeit. Wir stehen klar und eindeutig dazu.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die wohnortnahe Versorgung in Stadt und Land, der Schutz lebenswürdiger und lebendiger Innenstädte und der Erhalt mittelständischer Strukturen im Handel sind der CSU immer schon ein großes Anliegen gewesen, und sie bleiben es auch.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist doch nicht zu fassen! Nur Sonntagsreden!)

Wenn wir diese Ziele aber nachhaltig sichern wollen, müssen wir Abwägungsprozesse betreiben. Wir müssen die Interessen der Verbraucher und des Handels, die Interessen des ländlichen Raumes und der Städte sowie auch die den Kommunen zustehenden Entscheidungsspielräume sorgfältig gegeneinander abwägen. Dazu reicht heute der Beschluss von 1998 nicht mehr aus. Wir haben deshalb im Bayerischen Landtag bisher vier weitere Anträge verabschiedet, weil wir der Auffassung sind, dass wir den Beschluss von 1998 fortschreiben müssen, nachdem sich einiges verändert hat.

(Frau Biedefeld (SPD): Was denn, bitte schön?)

– Ich komme schon noch darauf. Wenn Sie so blind sind und es nicht sehen, was sich im Lande verändert hat --

(Frau Biedefeld (SPD): Ich würde es gerne hören!)

– Sie hören es schon noch.

Das vorhandene Instrumentarium, welches wir mit den Lösungsansätzen des damaligen Antrags angesprochen haben, und die darin festgelegten Abschöpfungsquoten in Höhe von 30 bis 40%, die heute noch gelten – sehr

verehrte Frau Biedefeld, das ist Realität –, sind nicht geeignet, den heute gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Sie kennen die Verhältnisse offensichtlich zu wenig.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch gar keine Zahlen!)

Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen und die ordnungspolitischen Entscheidungsgrundlagen einer aktuellen Überprüfung unterziehen.

Jetzt haben wir 30 bis 40%.

(Frau Biedefeld (SPD): „Münchner Merkur“!)

Sie reden nur und haben sich etwas aufschreiben lassen, ohne zu wissen, worum es eigentlich geht. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Weil sich einiges verändert hat, wurde eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes eingeleitet. Dies wurde von niemandem, den Sie heute als Anwalt für Ihre Interessen angeführt haben, bestritten. Der Handel ist ebenso wie die Kommunen der Auffassung, dass eine Fortschreibung dringend geboten ist. Diese Fortschreibung ist eingeleitet. Erst Ende November wurde die förmliche Anhörung durch die Staatsregierung abgeschlossen. Die dabei geäußerten Wünsche und Vorstellungen der Verbände, der Kommunen, der Wirtschaft und anderer werden jetzt ausgewertet. Aus Gesprächen mit verschiedenen Gruppen – auch Sie haben einiges zitiert – weiß ich, dass in einigen Punkten zu den Vorstellungen der Staatsregierung Zustimmung geäußert wurde, dass Alternativen angeboten, aber auch einige Punkte abgelehnt wurden.

(Frau Biedefeld (SPD): Die legen sich doch schon heute fest!)

Interessant ist dabei, dass dies alles nicht einheitlich über die Verbände hinweg geschieht, sondern dass diese Zustimmungen und Ablehnungen in einer Reihe von Fällen unterschiedlich sind, je nachdem, ob es sich um den Landkreistag oder um den Städtetag, um den Handel oder um die Kommunalpolitik, handelt. Hier spiegelt sich die Sichtweise der Betroffenen wider.

Wir erwarten nun, dass die so gewonnenen Ergebnisse und Kenntnisse ebenso wie die von uns nicht infrage gestellte, sondern durchaus zustimmend bewertete Landtagsanhörung in das Verfahren der Fortschreibung des LEP Eingang finden.

(Zuruf von der SPD: Dann können Sie auch unserem Antrag zustimmen! – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen alle fünf Minuten etwas anderes!)

– Zum Antrag komme ich noch. Warten Sie bitte ab und bilden Sie sich hinterher Ihre Meinung. – Aufgrund unserer vielen Gespräche, der dabei gewonnenen Erkenntnisse und aufgrund der Absicht, weiterhin mittelständi-

sche Strukturen und eine ausgewogene Versorgung in Stadt und Land zu erhalten, wollen wir bei weiteren verfahrensrechtlichen Schritten bei der laufenden Teilfortschreibung des LEP folgende Punkte berücksichtigt wissen. Dies ist für uns bedeutsam. Deswegen haben wir diese Punkte in unserem Antrag nochmals deutlich gemacht.

FOCs sind nicht grundsätzlich ein Übel, sondern nur, wenn sie auf der grünen Wiese stattfinden, eine Agglomeration möglich ist und sich so um sie herum eine ganze Menge Neues bildet, das nachhaltig auf die Versorgungsstruktur im ländlichen Raum Einfluss haben kann. Wir wollen für die FOCs keine Sonderbehandlung. Sie müssen den gleichen Maßstäben unterworfen werden, die wir in der Fortschreibung auch für die großen Einzelhandelsprojekte vorsehen. Es wird angesichts dessen, was man in der Planung hört, ohnehin schwierig sein, zwischen FOCs und großen Einzelhandelszentren eine saubere Abgrenzung zu finden; denn es ist nicht mehr so, dass in den FOCs nur Waren verkauft werden, die in einer Saison nicht abgesetzt wurden. Daher ist es richtig, beide Zentren gemeinsam zu sehen.

Wir wollen darüber hinaus eine Regelung zur Steuerung der Standortsituation und zur Begrenzung der Flächen getroffen wissen. Dies ist ein klares Prinzip. Wir müssen das Prinzip der zentralen Orte fortschreiben. Gestern war ein Bürgermeister aus der Oberpfalz bei mir, der darum gebeten hat, dass sein Ort vom Unterzentrum zum Mittelzentrum aufgestockt wird, weil sich in dieser Zeit etwas verändert hat. Dem kann man sich nicht verschließen. Das muss man prüfen und überlegen.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist alles wachweich formuliert!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Paulig?

Dinglreiter (CSU): Ich gestatte keine Zwischenfrage. – Es geht darum, die großen Projekte in integrierten Standorten festzulegen. Schließlich wollen wir gleichwertige Entwicklungschancen von ländlichen Räumen und Verdichtungsräumen sicherstellen. Wir sehen auch, dass das, was sich an Abschöpfungsquoten für die Sicherung der Innenstädte bei Oberzentren und in den Ballungsräumen eignet, Probleme macht, wenn wir das für die Unterzentren und für die Mittelzentren so fortschreiben. Aus diesem Grunde müssen wir Sonderregelungen finden. Dies wurde durch die Anhörung deutlicher zum Ausdruck gebracht, als wir es vorher gesehen haben.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum bindet man das nicht in das Gesamt-LEP ein?)

Dies alles – ich könnte noch eine Reihe weiterer Aspekte nennen – macht deutlich, dass wir unserer Verantwortung nicht gerecht würden, wenn wir heute nur unseren Beschluss von 1990 bekräftigten. Wir müssen neuen Herausforderungen, das heißt, dem gerecht werden, was die Kommunalpolitik, die mittelständische Wirtschaft im Handel, eine veränderte Wettbewerbslage und eine

angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Gütern an zukunftsweisenden Lösungen erfordern.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich habe Ihnen doch auch zugehört, was schwer genug war. Bitte lassen Sie mich meinen Gedankengang zu Ende führen. Es ist schwierig – wie dargestellt – und erfordert ein ernsthaftes Ringen, kein dummes Gequatsche, am Ende ein ausgeglichenes, alle Betroffenen weitgehend befriedigendes Ergebnis zu erreichen, das auch die Ziele, die ich eingangs erwähnt habe, sichert.

Taktische Spielereien, wie sie die GRÜNEN hier betreiben, helfen nicht weiter.

(Beifall bei der CSU – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sind es keine taktischen Spielereien, wenn Sie uns einen Antrag aus dem Jahr 1998 vorführen? Ich habe sogar gehört, einige von Ihnen seien so dumm gewesen zu meinen, wir merkten es nicht, dass Sie unseren Antrag abgeschrieben haben. Für so blöd brauchen Sie niemanden zu halten, außer diejenigen, die Sie vielleicht sonst treffen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Euch schon!)

Taktische Spielereien helfen nicht weiter. Sie zeigen, dass es Ihnen nicht ernsthaft um die Anliegen der Betroffenen geht, sonst würden Sie sich nicht auf solche Geschichten einlassen.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie reden gar nicht mit den Betroffenen!)

Deshalb lehnen wir den von Ihnen aus taktischen Gründen eingereichten Dringlichkeitsantrag auf der Grundlage der Beschlusslage des Landtags und eines Antrags der CSU ab. Die in unserem Beschluss 1998 formulierten Inhalte bleiben glaubwürdiger, wenn sie weiterhin unter dem Namen der CSU firmieren, anstatt von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN nur für ein politisches Possenspiel missbraucht zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Auch der Antrag der SPD ist kein ehrliches Spiel. Sie fordern eine Anhörung, der wir zugestimmt haben und die wir aktiv mitgestalten. Sie erwarten, dass die Ergebnisse der Anhörung in den politischen Willensbildungsprozess eingehen und dort Berücksichtigung finden; dies wollen auch wir. Aber Sie wollen heute eine Vorfestlegung.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD)

Wie die Abschöpfungsquoten am Ende des laufenden Entscheidungsprozesses aussehen, hängt davon ab, wie den unterschiedlichen Wünschen und Anregungen der abgeschlossenen Anhörung der Staatsregierung und denen, die noch aus der Landtagsanhörung zu

erwarten sind, begegnet wird. Die Quoten, die wir dann festlegen, hängen beispielsweise davon ab, ob der bisher geltende sozio-ökonomische Verflechtungsbereich beibehalten wird – wie in der Anhörung teilweise gewünscht – oder ob ein neuer Verflechtungsbereich des innerstädtischen Einzelhandels eingeführt wird, den das Entwicklungsministerium präferiert. Das bedarf gerade im Interesse des ländlichen Raums einer sorgfältige Abwägung, wie die Anhörung mittlerweile gezeigt hat. Da wollen wir kein Hopp oder Topp wie Sie, die Sie vielleicht glauben, damit der Staatsregierung eins ans Bein binden zu können.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie haben doch den Schnellschuss gemacht!)

Wir lehnen im derzeitigen Stadium einer ergebnisoffenen Beratung die Festlegung einer Abschöpfungsquote durch den Bayerischen Landtag, der Beschlussfasser der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms ist und Ihren Antrag ab, weil wir eine endgültige Entscheidung über Abschöpfungsquoten – ob 10%, 15% oder anderes – von den Ergebnissen der Anhörung und der Auswertung der Ergebnisse abhängig machen wollen.

(Beifall bei der CSU – Gartzke (SPD): Was macht die Regierung von Oberbayern?)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat nun Herr Kollege Memmel.

Memmel (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mein Gott, Herr Dingreiter, welch leidenschaftliche Rede hätten Sie halten können, wenn Sie Argumente des Kollegen Traublinger übernommen hätten!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe kürzlich über die Parlamentsidentität, über die scheinbar schwindende Bedeutung der Legislative und dieses Bayerischen Landtags gelesen. Heute hätten Sie Gelegenheit zu beweisen, dass diese Parlamentsidentität nach wie vor gegeben ist, indem Sie das wahr machen, was notwendig ist, nämlich, dass nicht das Kabinett, sondern das Parlament über grundlegende Veränderungen in unserer Gesellschaft entscheidet.

(Beifall bei der SPD)

Nun habe ich vom Kollegen Dingreiter gehört, der Antrag der CSU bzw. der Staatsregierung sei völlig falsch verstanden worden und viele Leute liefen blind durch das Land. Danach wäre auch Kollege Traublinger ein Blinder. Er läuft nämlich durchs Land und sagt: Was die Staatsregierung gemacht hat, ist nicht gut. Ein zweiter Blinder wäre dann der IHK-Präsident, der sagt, es seien Existenzen bedroht. Eine weitere Blinde wäre dann eine sehr bekannte Kollegin von Ihnen, nämlich Dagmar Wöhrl, die als Präsidentin des Landesverbandes der Mittel- und Großbetriebe sagt, sie sei entsetzt über diese Entscheidung. Der Städtetag sagt, das sei ein Nackenschlag für Handwerk und Einzelhandel. Das sind also offenbar auch lauter Blinde. Der Einzelhandelsver-

band spricht davon, dass die Staatsregierung eingeknickt sei. Da fragt man sich doch: Vor wem ist sie denn eingeknickt? Denn das Parlament hat ja nicht gesagt, es müsse etwas verändert werden, und der Einzelhandel, die Mittelstands-Union und andere haben es auch nicht gesagt. Der Einzelhandelsverband gibt in seinen Nachrichten auch die Antwort auf diese Frage: Sie sind eingeknickt vor amerikanischen oder anderen Investoren.

Ich möchte das nicht bewerten, sondern nur eines sagen: Kollege Dingreiter hat völlig Recht: zuerst denken und dann handeln. Was die SPD beantragt hat und dem Sie jetzt zustimmen, dass wir nämlich zuerst eine Anhörung durchführen und dann zu Entscheidungen kommen, ist hier offensichtlich Konsens. Aber was macht die Staatsregierung? Sie handelt zuerst, ohne zu denken und ohne sich mit dem Parlament zu beraten.

(Beifall bei der SPD)

Wir versuchen, Ihnen eine Brücke zu bauen, sodass wir wertfrei, neutral, diskutieren können und nicht mit einem Kabinettsbeschluss im Hintergrund, durch den die CSU als Mehrheitsfraktion faktisch schon gebunden ist. Um eine gewisse Neutralität gegenüber der Staatsregierung herzustellen, ist es notwendig, dass das Haus heute sagt: Dieser Beschluss der Staatsregierung muss aufgehoben und die Regierung von Oberbayern muss angewiesen werden, ihn nicht weiter zu bearbeiten. Dazu können Sie doch Ja sagen. Das ist doch die Grundlage, um zu Entscheidungen zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der erste Teil Ihres Antrages beinhaltet das, was wir alle fordern, nämlich den Schutz von Strukturen. Der zweite Teil ist allerdings kontraproduktiv, weil er schon vor der Anhörung Fakten schafft, die zu Aufweichungstendenzen führen können.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt doch nicht!)

Ich weiß nicht, wie Sie das draußen rechtfertigen wollen.

Die CSU behauptet ja immer, sich für Brauchtum und Mittelstand besonders einzusetzen. Zum Brauchtum gehört allerdings auch die Erhaltung der bayerischen Wirtshauskultur.

(Beifall der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Dazu ist mir sofort der Sündenfall McDonald's eingefallen. Wenn es um andere Interessen geht, dann werfen Sie alles über Bord, übrigens auch beim Dosenpfand. Erinnern Sie sich, welch blumige Reden Sie hier gehalten haben und wie Sie dann eingeknickt sind?

(Dingreiter (CSU): Gibt es denn so einen Blödsinn? Das ist aber billig! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie weichen häufig von Ihren Sonntagsreden ab, die Sie draußen halten.

Den Münchner Kolleginnen und Kollegen möchte ich auch noch etwas an die Hand geben, damit nicht eine weitere Problematik entsteht. Wir haben uns hier schon einmal über einen Oberbürgermeisterkandidaten unterhalten. Ich möchte Ihnen nur sagen: Es gibt einen Antrag, mit dem die Staatsregierung dazu aufgefordert werden soll, alles zu tun, damit in ganz Bayern und natürlich auch im weiteren Bereich der Landeshauptstadt FOC verhindert werden. Aus Zeitgründen zitiere ich hier nicht die gesamte Formulierung, sondern ich sage Ihnen nur, wer sie unterschrieben hat: Hans Podiuk.

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie ihn nicht auch im Regen stehen lassen wollen, müssten Sie heute unserem Antrag zustimmen;

(Beifall bei der SPD und der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

denn sonst hat er morgen unter Umständen das Problem, dass er auch ein CSU-Kandidat ohne Rückhalt im bayerischen Parlament ist.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Kellner.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Dinglreiter, wenn sich heute für Sie der Tag zu Ende neigt, dann können Sie frei nach BAP sagen: Heute war wohl nicht mein Tag.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn was Sie hier geboten haben, kann nur mit Herumlavieren und Herumeiern bezeichnet werden.

Sie wären ehrlich gewesen, wenn Sie heute gesagt hätten: Das, was wir 1998 gewollt und beschlossen haben, mögen wir heute so nicht mehr, weil der Druck der Wirtschaft, der Großunternehmen auf uns zugenommen hat; das ist uns heute wichtiger. Statt dessen haben Sie hier herumlaviert und herumgeieert.

(Dinglreiter (CSU): Lesen Sie einmal nach, wenn Sie es nicht genau verstanden haben!)

– Ich habe Ihnen, Herr Dinglreiter, genau zugehört. Wenn Sie Ihre Meinung um 180 Grad ändern, dann vertreten Sie es hier auch wie ein Mann und versuchen nicht, uns mit Ihrem Salbadern einzuseifen.

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie beantragen heute eine Anhörung, die der Umweltausschuss schon längst beschlossen hat. Wie ich von der Kollegin Paulig gehört habe, stehen sogar die Gut-

achter schon fest. Heute nochmals das zu beantragen und zu bestätigen, was die Kolleginnen und Kollegen im Umweltausschuss schon längst beschlossen haben, ist einfach lächerlich!

Vor dem Hintergrund dessen, was am 8. Juli 1998 beschlossen wurde, kann ich nur sagen: Damals sind Sie als bayerischer Löwe gestartet, und heute sind Sie als Schmusekätzchen der amerikanischen Großunternehmen gelandet.

(Widerspruch bei der CSU)

Denn um diese amerikanischen Großunternehmen geht es. Wenn die CSU schon keine Einbindung in den Landesentwicklungsplan will, weil ihr der Umweltschutz und die kleinen Einzelhändler wurscht sind, dann soll sie auch sagen, dass es ihr wichtiger ist, dass bei den Großen die Kasse klingelt.

Jetzt komme ich zu einem sehr wichtigen Punkt, nämlich zur Städtebauförderung. Herr Minister Beckstein, dazu möchte ich von Ihnen eine Antwort haben. Herr Dinglreiter, einerseits sagen Sie hier, sie wollten den Kommunen nicht hineinreden und ihnen die Entscheidung überlassen. Sie müssen andererseits diese Fehlentscheidungen nicht auch noch finanziell fördern. Es war damals genau der richtige Beschluss, als wir hier im Landtag gesagt haben: Wer diese Großhandelsprojekte auf der grünen Wiese zulässt, erhält keine Städtebauförderung; denn es ist kontraproduktiv, zunächst die Innenstädte zu fördern, anschließend Einkaufsmeilen auf der grünen Wiese zu bauen; dann stehen die Ladenflächen leer. Dagegen bin ich auch als Finanzpolitikerin. Ich will die Innenstädte sanieren, und ich möchte auch, dass der Staat Geld dafür ausgibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Diejenigen, die dieses Ziel mit ihren Großhandelsprojekten unterlaufen, erhalten dann eben keine Städtebauförderung. Die Mittel sind ohnehin knapp. Wir haben es in der Hand. Es ist unsere eigene Verantwortung. Ich wehre mich dagegen, dass das Geld des Steuerzahlers für Projekte ausgegeben wird, die letztendlich der Umwelt schaden und der einheimischen Wirtschaft den Garaus machen. Schauen Sie sich doch die Städte an. In Landshut ist es wie überall: In den besten Lagen der Innenstadt stehen Verkaufsflächen leer, weil die Mieten hoch sind, weil die Leute auf die grüne Wiese abwandern. Wenn Sie für eine geordnete Stadtentwicklung und für die Lebendigkeit der Städte sorgen wollen, dann ist doch Ihr neuerliches Vorhaben Unsinn. Dann müssen Sie für den Antrag der GRÜNEN stimmen.

Herr Beckstein, ich möchte von Ihnen heute eine Stellungnahme zum Vorfall in Günzburg. Es gilt der Beschluss vom 8. Juli 1998, demzufolge Städte, die große Projekte bauen, keine Unterstützung aus der Städtebauförderung erhalten. Nun lese ich in der Zeitung, dass die Oberste Baubehörde in Günzburg die Mittel aus der Städtebauförderung auch zurückgehalten hat.

Jetzt soll offensichtlich auf Ihre Anweisung hin das Geld ausgezahlt werden. Sie müssen sich schon für A oder B entscheiden. Das ist in der Politik so. Man kann es nicht jedem Recht machen; man muss A oder B sagen und eine Meinung vertreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie können sich nicht für die kleinen Bäcker und Metzger und all die kleinen Geschäfte den Kollegen Traublinger halten, der dann zu den Einzelhändlern fährt, sie begünstigt und sagt: Wir stellen schon noch einen Überprüfungsantrag, darüber wird noch einmal gesprochen, während Sie hinter seinem Rücken vollendete Fakten schaffen, sodass den kleinen Händlern nur noch die Konkursanmeldung bleibt. So kann man mit uns nicht umgehen, und so kann man auch mit den Leuten im Land nicht umgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Dingreiter, da brauchen Sie mich gar nicht so treuherzig anzuschauen; da hilft Ihnen auch Ihre windelweiche Anhörung nichts mehr, die schon beschlossen ist. Das ist eine katastrophale Entscheidung von Ihnen zum Schaden des Steuerzahlers, zum Schaden der Umwelt und zum Schaden der kleinen und mittleren Unternehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Verfolgen der Diskussion in den letzten Minuten drängt sich mir der Eindruck auf, dass vor den Augen unserer Bürgerinnen und Bürger ein Riesenpopanz aufgebaut wird, zum Beispiel, wenn ich Frau Biedefeld höre.

(Zuruf der Frau Abg. Biedefeld (SPD))

Frau Biedefeld, Sie sagen ein klares Nein zum FOC. Frau Biedefeld, Sie sollten sich auch über die Rechts- und Wirtschaftsordnung in unserem Lande im Klaren sein. In Ihren politischen Reden können Sie nur das fordern, was die Rechts- und Wirtschaftsordnung hergibt. Sie können unseren Bürgerinnen und Bürgern doch nicht ernsthaft weismachen wollen, dass es ein Totalverbot des Staates für eine bestimmte Form des Handels geben könnte.

(Frau Biedefeld (SPD): Solange Sie das wollten, haben wir das doch bisher auch gemacht!)

Das, was an rechtlicher Begrenzung, an Lenkung und Steuerung möglich ist, sieht der Ministerratsbeschluss vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, werden Sie sich doch in Ihren Reihen zunächst einmal einig darüber, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das muss schon zunächst einmal die CSU machen!)

– Werden Sie sich zunächst einmal in Ihren eigenen Reihen einig. Überall im ganzen Land, außerhalb und innerhalb Bayerns

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für was gibt es denn Landespolitik?)

gibt es unterschiedlichste Stimmen im Konzert Ihrer Partei.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Der Ministerrat war auch nicht einstimmig!)

Ich könnte nach Wertheim blicken. Dort hat die SPD vor den Toren Frankens der Errichtung eines FOC zugestimmt.

(Zuruf von der SPD: Und die CDU!)

Ich erinnere mich an einen ehemaligen Kollegen von Ihnen, Frau Biedefeld.

(Zuruf von der SPD: Woher kommt der Oberbürgermeister von Wertheim?)

– Warten Sie noch einen Moment. Sie kennen Ihren früheren Kollegen Hering, der heute Landrat in Hof, ist noch ganz genau. Er hat wie ein Löwe dafür gekämpft, dass FOCs direkt an der Autobahn, abseits integrierter Lagen möglich werden.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Zurufe von der SPD)

Warten Sie nur, Frau Biedefeld; Sie brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen.

(Frau Biedefeld (SPD): Wie haben Sie denn im Ministerrat abgestimmt?)

Frau Biedefeld, Sie brauchen doch nur einmal den Blick auf die Bank hinter Ihnen zu werfen. Dort sitzt Kollege Werner. Laut „Donaukurier“ vom 25. April hat der SPD-Landtagsabgeordnete Werner die Staatsregierung aufgefordert – ich zitiere –, ihren Widerstand gegen das FOC Ingolstadt endlich aufzugeben.

(Dr. Bernhard (CSU): So peinlich! – Beifall bei der CSU – Widerspruch von der SPD)

Ich zitiere weiter: Als geradezu lächerlich beurteilt Werner die Forderung der Staatsregierung,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ein FOC an einem integrierten Standort anzusiedeln. Wer will denn hier das Thema „Hinaus auf die grüne Wiese, in die Randbebauung“ – –

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann macht die CSU SPD-Politik? – Zuruf der Frau Abg. Biedefeld (SPD))

– Frau Kollegin Biedefeld, warten Sie, dann können Sie vielleicht später insgesamt Stellung nehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im „Donaukurier“ vom 1. Juni, also zeitlich nach dem Beschluss der Staatsregierung, heißt es: OB-Kandidat und Fraktionschef der SPD, Werner, begrüßte, dass die Staatsregierung nunmehr ihre starre Haltung endlich aufgeben hat.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Zurufe von der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Biedefeld?

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, anstelle einer Zwischenfrage empfehle ich der Frau Generalsekretärin der SPD, doch einmal im Internet unter www.wirwaehlenwerner.de nachzusehen. Dort wird unter der Rubrik „Vision Touristenmagnet“ das FOC Ingolstadt genannt. Das ist die Position Ihrer Partei.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wer so unehrlich wie Sie argumentiert, hat das Recht verwirkt, die Wörter Mittelstand, Handel und Einzelhandel wie eine Monstranz vor sich herzutragen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Max Strehle, Heinrich Traublinger, Manfred Christ und andere sind glaubwürdig.

(Lachen bei der SPD – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So glaubwürdig wie Sie!)

Das sind Mittelständler, die sich jahrein, jahraus für den Mittelstand und seine Interessen und die Entwicklung vor Ort einsetzen. Sie aber machen es, wie es Ihnen gefällt: Heute so, morgen anders.

(Gartzke (SPD): Lernen heißt siegen!)

Im Übrigen, Frau Kollegin Biedefeld, sind Sie nicht auf der Höhe der Diskussion. Der Präsident des Verbandes des bayerischen Einzelhandels hat in einem langen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, mit dem Kollegen Wiesheu und mir ganz ausdrücklich erklärt, so wie es Adolf Dinglreiter hier völlig korrekt eingebracht hat, dass es überhaupt nicht um das Thema FOC als solches geht. Bei dem Popanz, den Sie hier aufbauen, werden

doch alle Übel dieser Welt, die Probleme der Innenstädte, die Fragen des Mittelstandes in das Kürzel FOC projiziert. Dabei sagt der bayerische Einzelhandelspräsident selbst, dass es nicht um das FOC als solches geht, sondern um das Thema Randlagen, wie Kollege Dinglreiter gesagt hat, und um die Frage der Agglomeration in Randlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Biedefeld, Herr Memmel und alle von der Opposition, die gesprochen haben, ich frage Sie allen Ernstes: Wollen Sie wirklich, dass der Staat letzten Endes verbieten sollte – wenn er es überhaupt könnte –, dass der Handel, also unsere Wirtschaft, bestimmte Produkte in bestimmten Formen verkaufen kann, nämlich in Fabrik-Outlets oder anderweitig? Hand aufs Herz!

(Willi Müller (CSU): Wo kaufen Sie denn ein?)

Wir in der Bundesrepublik Deutschland leben unter der Gültigkeit des Grundgesetzes. Artikel 12 Grundgesetz garantiert die Berufsausübungsfreiheit. Wir leben in einer Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft.

(Gartzke (SPD): Das ist erstes Semester Jura!)

Wollen Sie allen Ernstes der Öffentlichkeit vorgaukeln, dass es ein Verbot geben könnte? Herr Kollege Gartzke, Sie schütteln den Kopf so arg. Steigen wir doch einmal in das Thema ein.

Wollen Sie, dass wir dem Handel bestimmte Formen vorschreiben? Wollen Sie unseren Bürgerinnen und Bürgern vorschreiben, dass sie bestimmte Marken zu bestimmten Preisen kaufen müssen?

(Dr. Scholz (SPD): Sie sagen doch Ja dazu!)

Wir dürfen doch von Seiten der Politik nicht den Eindruck erwecken, als ob wir Bürgerinnen und Bürgern Markenkleidung verbieten könnten. Diese Kleidung ist schließlich bei den Kids genauso beliebt wie bei Ihrem so prinzipientreuen Kanzler.

(Frau Radermacher (SPD): Was hat das denn damit zu tun?)

Wer hat sich denn in Edelmarken fotografieren lassen? – Das war doch der derzeit amtierende Kanzler der Republik. Nicht jeder kann, wie Ihr Bundeskanzler, 2000 DM hinblättern, um sich ein Edelsakko zu kaufen.

(Gartzke (SPD): Herr Scharping hat eine Badehose!)

Die Heuchelei Ihrer Partei kennt wirklich keine Grenzen. Sie tun so, als ob die SPD die Linie verfolgte, wonach den FOCs im ganzen Land ein klares Nein entgegengesetzt würde. Wo ist denn das erste FOC in der Bundesrepublik Deutschland genehmigt worden? Das war in einem SPD-regierten Land, das von Ihrem Genossen Stolpe geleitet wurde. Das war in Wustermark in Brandenburg. (Kaul (CSU): Das gibt es doch nicht! – Dr. Bernhard (CSU): Das beweist Ihre Unglaubwürdigkeit!)

Auch das zweite FOC in Deutschland wurde in einem SPD-geführten Land genehmigt, nämlich in Rheinland-Pfalz.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, die Wahrheit tut weh. Ihr Parteigenosse Kurt Beck hat in Rheinland-Pfalz den Weg für ein 20 000 qm großes FOC freigemacht. Dieses FOC ist im März dieses Jahres in Betrieb gegangen.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Raumordnungsministerkonferenz, die letzte Woche in Berlin stattgefunden hat, ging es unter anderem um die FOCs. Bei dieser Konferenz war der Bundesraumordnungsminister nicht einmal anwesend; er hat sich gleich vertreten lassen, weil ihm das Thema nicht wichtig genug war.

(Gartzke (SPD): Weil es eine Angelegenheit der Landesplanung ist!)

Ihre Heuchelei kennt wirklich keine Grenzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb verwahre ich mich dagegen, dass Sie heute die Karte des Mittelstandes zücken, weil Ihnen das gerade in den Kram passt.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist doch eine Luftnummer! – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dosenpfand!)

– Frau Kollegin Biedefeld, letztlich zeigt Ihre ganze Politik, dass Sie nichts für den Mittelstand übrig haben. Wenn ich mir die Regelung über die Besteuerung von Veräußerungserlösen oder Ihren Einsatz für den Mittelstand ansehe, kann ich nirgendwo die Bereitschaft der SPD erkennen, sich für den Mittelstand einzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Bundesregierung betreibt die mittelstandsfeindlichste Politik, die je eine Bundesregierung in Deutschland betrieben hat.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie sind gegen das Dosenpfand und für die FOCs – das ist mittelstandsfeindlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns in einem klar geregelten Verfahren. Der Ministerrat hat Eckpunkte aufgestellt, die sich derzeit in der Anhörung befinden. Danach folgt ein öffentliches Hearing und die Behandlung durch das Parlament. Für die Anträge, die Sie gestellt haben, besteht also überhaupt kein Bedarf. Wir schreiben das Landesentwicklungsprogramm fort. Ich kann Sie nur bitten, die Anträge der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und dem Antrag der CSU-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüße

ich Gäste aus Spanien. In der Diplomatengasse hat die Ministerin für öffentliche Verwaltung von Katalonien, Frau Núria de Gispert i Català, mit einer Delegation Platz genommen. Die Damen und Herren halten sich zu einem Informationsbesuch in München auf und führen verschiedene Fachgespräche. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich begrüße ich unsere Gäste sehr herzlich und wünsche ihnen in München einen angenehmen und interessanten Aufenthalt.

(Allgemeiner Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Memmel.

Memmel (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem weder Frau Kollegin Biedefeld noch ich Gelegenheit hatten, unsere Fragen zu stellen, weil dies von Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf abgelehnt wurde, möchte ich hier noch kurz einige Dinge feststellen. Ich habe noch nie erlebt, dass im Bayerischen Landtag die Strukturen Bayerns mit denen anderer Bundesländer in der Weise verglichen wurden, wie dies heute der Fall war. Ich verstehe nicht, warum Sie heute die Strukturen und den Mittelstand von Brandenburg und Bayern verglichen haben.

(Willi Müller (CSU): Das passt Ihnen nicht in den Kram!)

Herr Staatsminister, Sie haben noch im August geschrieben, dass Sie gegen die FOCs seien. Das Kabinett hat diese Frage nun mit 5 : 4 entschieden. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, wie Herr Staatsminister Schnappauf in dieser Frage abgestimmt hat. Das sollten wir doch bei dieser Gelegenheit erfragen.

(Frau Radermacher (SPD): Herr Minister, wie haben Sie gestimmt?)

Außerdem würde mich die Argumentation der übrigen drei Kollegen interessieren. Vor allem möchte ich wissen, wer diese Kollegen waren. Ihre Argumente müssen schließlich unseren Argumenten sehr ähnlich gewesen sein.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andernfalls hätten diese Kollegen im Kabinett nicht dagegen gestimmt. Schließlich würde mich noch interessieren, wie die einzelnen Ressorts in dieser Frage abgestimmt haben. Auch dies wäre für die Orientierung im Bayerischen Landtag hilfreich. Sie dürfen uns doch nicht so ahnungslos lassen.

(Lachen bei der CSU – Dr. Bernhard (CSU): Das ist das Problem!)

Sagen Sie uns doch, wer dafür und wer dagegen war. Vielleicht trauen Sie sich ja nicht.

(Hofmann (CSU): Partei der Ahnungslosen!)

Wenn Sie von der CSU kein Interesse an der Beantwortung dieser Fragen haben – wir haben es. Sie haben den Eindruck erweckt, die SPD würde mit vordergründigen

Argumenten oder wegen der politischen Landschaft die Karte des Mittelstandes ziehen. Ich sage Ihnen: Wir haben uns immer für den Mittelstand eingesetzt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Sie haben die Mittelstandspolitik des Bundes angesprochen. Keine Regierung hat den Mittelstand so entlastet wie die jetzige Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Keine Bundesregierung hat den Verbrauchern so viel Kaufkraft gegeben wie die jetzige.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Argument: Wenn es im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren nicht so viel zusätzliche Kaufkraft gäbe, würden Sie nicht darüber nachdenken, wie diese Kaufkraft über die Quotierung abgeschöpft werden könnte.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Memmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dingreiter?

Memmel (SPD): – Ich habe darum gebeten, dass unsere Fragen beantwortet werden. Dies ist nicht geschehen. – Meine Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen geht es bei diesem Thema nicht nur um den Mittelstand. Hier geht es auch um die Einzelhandelsstrukturen. Ältere Leute, Familien und Mütter mit Kindern sowie Kranke müssen in diesem Land weiterhin Strukturen vorfinden, die ihnen das Einkaufen ermöglichen. Diese Strukturen dürfen nicht kaputtgemacht werden.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat nun der Staatsminister für Wirtschaft, Herr Dr. Wiesheu.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus!

(Dr. Scholz (SPD): Jetzt spricht einer von den vieren!)

Sie sagen, die Abstimmung wäre 5:4 ausgegangen. Offensichtlich fehlt Ihnen der Überblick darüber, wie groß das Kabinett ist.

(Lachen bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wir nehmen an, dass dort die Präsenz genauso ist wie im Plenum! – Zahlreiche Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

– Sie sollten einmal in die Verfassung schauen und nicht hier drin herumquietschen.

(Lachen und Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD) – Fortgesetzte Unruhe)

– Dieses Geknarre kann ich schon gar nicht vertragen.

(Lachen bei der CSU – Fortgesetzte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich kann Sie beruhigen: Die Präsenz im Kabinett ist immer besser als die Präsenz der SPD-Fraktion im Landtag.

(Lachen und Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Dann schauen Sie mal zur CSU rüber, bei anderen ist man immer ganz kritisch!)

Jeder kennt meine kritische Einstellung zu diesem Thema. Das war mehrfach in der Öffentlichkeit, und das will ich hier gar nicht verschweigen. Meine Damen und Herren von der Opposition, was jetzt aber hier abläuft, ist ein ungeheuer scheinheiliges Schauspiel von Ihnen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie haben sich mit dem Thema noch nicht ausführlich genug befasst. Sie ziehen die Debatte am Thema der Mittelstandspolitik hoch und merken gar nicht, dass es genauso um die großen Handelsketten geht, die ihre zentralen Lagen in den Innenstädten verständlicherweise schützen wollen. Es geht genauso um Hertie und Kaufhof; deshalb ist das nicht eben nur ein Mittelstandsthema.

(Dr. Scholz (SPD): Nicht nur!)

– In manchen Städten, für die Sie hier eintreten, ist das nicht einmal in erster Linie ein Mittelstandsthema.

(Frau Biedefeld (SPD): Es geht um Arbeits- und Ausbildungsplätze!)

Es geht darum, wohin die Kaufkraftströme, die nicht beliebig vermehrbar sind, hinfließen. Das betrifft auch mittelständische Betriebe. In den Städten, von denen Sie aber reden, von denen insbesondere Herr Memmel redet, betrifft der Abfluss von Kaufkraft am wenigsten mittelständische Betriebe.

(Memmel (SPD): Die brauchen ... Unterstützung!)

– Zu Ihnen komme ich noch. Es geht also primär um die Frage, was in diesem Zusammenhang in den Städten, in den Zentren geschieht.

Ich habe noch nirgends gelesen, dass der Staat über die Formen des Handels bestimmen kann. Der Staat ist wettbewerbsneutral; er kann nicht bestimmen, dass diese oder jene Form des Handels zugelassen wird. Es gibt den Einzelhandel, den Versandhandel und schon

längst den Fabrikverkauf, zum Beispiel von Kleidung, auch in Ingolstadt.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie stellen Ihre eigenen Entscheidungen in Frage!)

Der Staat kann nicht darüber bestimmen, in welcher Weise der Handel läuft. Das entscheidet nicht der Staat, weil er wettbewerbsneutral ist. Er kann eine bestimmte Form des Handels nicht vorschreiben, und er kann sie auch nicht verhindern. Darin sind wir uns mit dem Einzelhandelsverband und allen hier einschlägigen Organisationen einig.

(Frau Biedefeld (SPD): Das zeigen die eindeutigen Stellungnahmen!)

– Das zeigen auch die eindeutigen Stellungnahmen. Sie müssen mit denen reden. Sie sollten hier nicht Ihr kurzfristiges Zeitungsleserwissen verbraten, sondern sich mit der Sache auseinander setzen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– Nein, es ist eindeutig, worum es geht. Die Wettbewerbsbedingungen müssen vergleichbar sein; das ist der entscheidende Punkt. Man kann nicht dem einen Unternehmen einen Platz in der Innenstadt zuweisen, und dem anderen, weil es damit argumentiert, es sei ein FOC und habe einen überregionalen Einzugsbereich, einen Platz auf der grünen Wiese zuteilen. So kann es nicht gehen, weil die Unternehmen auf der grünen Wiese mit ihrem Parkplatz- und Flächenangebot andere Wettbewerbsbedingungen hätten.

Daher warte ich schon seit einiger Zeit darauf, dass die SPD etwas zur Ansiedlungspolitik der Landkreise sagt. Auch die roten Landräte treten dafür ein, derartige Unternehmen nicht in den Städten, sondern auf der grünen Wiese und an Autobahnkreuzen anzusiedeln.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das sagen auch Ihre Leute. Da gehört das schon gleich gar nicht hin, weil die Wettbewerbsverzerrung dann perfekt wäre. Notwendig ist eine Belebung der Innenstadt.

(Zurufe von der SPD)

– Ich rate Ihnen zuzuhören; ich habe Ihnen vorher auch zugehört. Wir brauchen vergleichbare Wettbewerbsbedingungen. Deswegen waren wir uns im Gespräch mit dem Einzelhandelsverband – das ist insofern eine Fortentwicklung, auch bei der Auswertung der Anhörung – darin einig, dass die städtebauliche Randlage nur ein strikter Ausnahmefall sein kann und nicht der Regelfall. Es ist entscheidend, dass die städtebauliche Randlage nicht der Regelfall werden kann, sondern dass die integrierte Lage der Regelfall sein muss. Eine Ausnahme kann es im Einzelfall nur dann geben, wenn alle Umstände das erfordern.

Wir waren uns auch darin einig, dass über diese Ausnahme vom Minister entschieden werden muss und

dass es auf die Genehmigung keinen Rechtsanspruch geben kann. Eine Kommune kann also nicht einfach behaupten, dass es keine integrierte Lage gäbe und ein Unternehmen deshalb an den Ortsrand müsse. Einen Rechtsanspruch kann es nicht geben, sonst würde das wie folgt ablaufen: Wenn ein FOC in Randlage genehmigt wird, zum Beispiel im Falle Ingolstadt, würde dann der Nächste fordern, dass sein Einzelhandelsgroßprojekt auch dorthin kommt, weil ja schließlich nachgewiesen sei, dass in der Innenstadt keine geeignete Lage vorhanden sei. Dann käme der Nächste und würde ein großes Freizeitzentrum am Rand daneben ansiedeln wollen. Wenn es darauf einen Rechtsanspruch gäbe, käme es zu einer deutlichen Fehlentwicklung. Dann käme es zu Agglomerationen und zur Aushöhlung der Innenstädte. Das kann's nicht sein. Das muss im weiteren Verfahren klargestellt werden.

Das bedeutet auch, dass FOCs und Einzelhandelsgroßprojekte generell gleichbehandelt werden müssen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu haben. Für beide muss gelten, dass die Randlage, die Lage auf der grünen Wiese, ein strikter Ausnahmefall ist. Der Regelfall ist die integrierte Lage. Darin waren wir uns mit dem Einzelhandelsverband einig. Deswegen muss es auch bei uns so etwas Ähnliches wie ein Zielabweichungsverfahren geben, wie es das in anderen Ländern gibt. Das muss näher definiert werden. Das ist auch eine Aufgabe bei der Auswertung der bisherigen Ergebnisse der Anhörungen.

(Frau Biedefeld (SPD): Steht nicht im LEP drin!)

– Das steht noch nicht drin, aber das wird noch kommen. Es wird nicht beim letzten Ministerratsbeschluss bleiben. Er wird noch durchdiskutiert und erweitert werden müssen. Nach Abschluss des Anhörungsverfahrens kommt die endgültige Festlegung, und dann soll vorgeschlagen werden, was in das LEP hineinkommt. Genau darum geht es hier. Das können Sie auch in der Presseerklärung von Staatskanzlei und Einzelhandelsverband nachlesen.

Die Aufregung, die hier fabriziert wird, ist vor dem Hintergrund des Wahlkampfs verständlich.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch bei euch, ihr habt euch aufgeregt!)

– Herr Dürr, was Sie hier hochziehen wollen, ist vor dem Hintergrund des Wahlkampfs zwar verständlich, aber in der Sache völlig daneben, wie auch manche Ihrer Äußerungen.

(Beifall bei der CSU – Hoderlein (SPD): Glückliches Bayern, dass immer nur die CSU sagt, was richtig ist! Das ist schlicht!)

Sie wollen diese Debatte nutzen, um daran das Thema der Mittelstandspolitik hochzuziehen. Daher muss ich an Sie einige Fragen stellen. Was spielt in den Städten eine große Rolle? – Eine attraktive Innenstadt, das heißt auch, eine freundliche Verkehrsgestaltung. Was läuft denn da in Städten, die von der SPD und den GRÜNEN regiert sind?

(Beifall bei der CSU)

Vieles, was in die Innenstadt will, wird dort von der Innenstadt fern gehalten. Der Anlieferverkehr und der Kundenverkehr werden boykottiert, um nicht zu sagen sabotiert.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Selbstverständlich. Erkundigen Sie sich doch einmal danach, welchen Betrag an Stellplatzgebühren München in den letzten zehn Jahren kassiert hat und wie viel es für Parkplätze ausgegeben hat.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Deswegen ist die Innenstadt in München auch so öde!)

Fragen Sie einmal nach, welcher Betrag da übrig bleibt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist München unattraktiv, oder was?)

– Hören Sie doch einmal zu, Herr Dürr, ehe Sie wieder kommentieren. Das war doch ein scheinheiliges Spiel: München hat mit BMW zusammen ein schönes Verkehrskonzept entwickelt. Die Innenstadt sollte verkehrsberuhigt werden, und an den Rändern der Innenstadt – nicht am Stadtrand – sollten Parkhäuser, Tiefgaragen und Ähnliches gebaut werden. Was hat man gemacht? Man hat das Zentrum beruhigt, aber die Parkhäuser nicht gebaut.

Deshalb können Sie nicht von der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt reden. Das ist eine falsche und scheinheilige Politik.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle wollen in die Innenstadt!)

Wenn Sie die Kunden daran hindern oder es ihnen massiv erschweren, die Stadtzentren und die Einkaufszentren zu erreichen, brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass manche Kunden andere Standorte haben wollen. Das ist doch die Scheinheiligkeit und Paradoxie Ihrer Politik.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abstimmung mit den Füßen!)

Wo waren denn SPD und GRÜNE, als die alte Koalition vor drei Jahren eine vernünftige Fusionskontrolle, insbesondere für den Einzelhandel, herbeiführen wollte? – Es ging um den Schutz der mittelständischen Betriebe und der mittelständischen Lieferanten. SPD und GRÜNE waren von der Bildfläche weg. Dort hat sich überhaupt nichts abgespielt. Der Konzentrationsprozess im Einzelhandel geht seitdem weiter. Das ist weder mittelstandsfreundlich noch kundenfreundlich. Damals waren Sie nicht da. Darüber sollten Sie reden. Sie machen bis jetzt nichts. Wo waren denn die Mandatsträger der SPD und der GRÜNEN, als ein mittelstandsfreundliches Steuerrecht geschaffen werden sollte? – Die meisten Klein- und Mittelbetriebe sind Personengesellschaften, die

nach wie vor vom Steuerrecht massiv benachteiligt werden.

(Beifall bei der CSU)

Da reden Sie nicht von der Mittelstandspolitik.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist euer Steuerrecht! – Dr. Bernhard (CSU): Jetzt wird es absurd!)

– Euer Steuerrecht – so ein schwachsinniges Zeug!

(Beifall bei der CSU)

Wer hat denn die Steuerreform gemacht? – Man muss doch leer im Kopf sein, wenn man so blödsinniges Zeug erzählt.

(Beifall bei der CSU – Allgemeine Unruhe)

90 % unserer Klein- und Mittelbetriebe sind definitiv Personengesellschaften. Gerade die Gesellschaften des Handels sind Personengesellschaften.

(Dr. Scholz (SPD): Das ist doch kein Vergleich!)

Diese Gesellschaften werden von Ihrem Steuerrecht massiv benachteiligt. Reden Sie mit denen und fragen Sie nach, warum einige Pleite machen. Sie sind auch nicht in der Lage, das entsprechende Eigenkapital zu bilden, das sie benötigen. Dann kommt man weiter. Reden Sie – –

(Dr. Scholz (SPD): Wir haben die Steuern für den Mittelstand gesenkt!)

– Sie haben gesenkt; ach Gott und Herr! Fragen Sie die Betriebe, die zahlen jetzt noch 48 % Einkommensteuer. Gehen Sie einen Schritt weiter. Reden Sie mit den Klein- und Mittelbetrieben.

(Hoderlein (SPD): Die Steuern wurden gesenkt, weil sie zu hoch waren. Wären sie nicht gesenkt worden, wäre der Mittelstand am Ende gewesen!)

Fragen Sie nach den Auswirkungen des Rechtsanspruchs auf Teilzeit. Der Großbetrieb kann sich das einteilen. Der Klein- und Mittelbetrieb kommt mit dem Rechtsanspruch auf Teilzeit nicht zurecht. Dieses Problem haben Sie verursacht.

(Beifall bei der CSU)

Sollten wir in nächster Zeit ein Ladensterben erleben, dann sind Ihr Steuerrecht, der Rechtsanspruch auf Teilzeit und die völlig missratene Mitbestimmungs-Neuordnung schuld, die sich insbesondere für die Klein- und Mittelbetriebe verheerend auswirkt.

(Frau Biedefeld (SPD): Thema verfehlt!)

– Nein, Sie haben von der Mittelstandspolitik geredet. Nun wollen Sie nichts mehr davon wissen. Ich glaube Ihnen, dass Sie das stört, bitte Sie aber um die Disziplin,

die von jedem gefordert wird, nämlich zuzuhören, wenn ein anderer redet. Das habe ich auch gemacht.

Die Veränderung des Mitbestimmungsrechts stört am meisten die Klein- und Mittelbetriebe.

(Frau Biedefeld (SPD): Die Auswirkungen der FOCs auf den Mittelstand!)

Vorhin wurde ein Fall angesprochen. Ich kann es mir nicht verkneifen, dazu etwas zu sagen. Wo waren Sie denn, als es um die Schmidt-Bank in Hof gegangen ist? – Nachdem die Rettung gelungen war, gab es von Ihnen große Sprüche. Vorher war von der SPD keiner da. Was wäre geschehen – das Beispiel möchte ich bringen –, wenn die Bankenaufsicht mir unterstehen würde und gleichzeitig der Kontakt zu einer Reihe von Banken vorhanden wäre? – Der Bundesfinanzminister hat die Rechts- und Fachaufsicht. Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen untersteht ihm. Diese will eine Bank schließen. Der Bundesfinanzminister, der mit vielen Banken zu tun hat – neben der Bundesbank und der Bankenaufsicht – macht keinen Finger krumm, um eine Lösung zur Rettung zu erarbeiten. Gar nichts macht er, obwohl – –

(Frau Biedefeld (SPD): Kommen Sie doch zum Thema!)

Dann kommt von Eichel der Hinweis, das wäre doch eine Regionalbank. SPD-Mandatsträger sagen, 350 Millionen DM an Fördergeldern der KfW würden durchgeleitet.

(Hoderlein (SPD): Haben Sie bei Eichel angerufen?)

– Ich habe das nicht behauptet. Ich habe nicht angerufen. Andere haben mit ihm geredet.

(Hoderlein (SPD): Immer nur in der Zeitung verlangen und in Wahrheit nichts tun, damit täuschen Sie die Öffentlichkeit!)

– Entschuldigung. Ich habe auch nicht gewartet, ob in der Zeitung etwas steht, um danach etwas zu tun.

(Hoderlein (SPD): Sie haben den Eindruck erweckt, als ob Sie etwas täten!)

– Herr Kollege Hoderlein, Sie praktizieren hier Verlogenheit. Das ist Verlogenheit.

(Allgemeine Unruhe)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, ich darf zwar ein Regierungsmitglied nicht rügen. Ich bitte Sie jedoch, sich bei solchen Bewertungen zurückzuhalten.

(Beifall bei der SPD – Welnhöfer (CSU): Ich weiß, Sie können zum Ältestenrat gehen! – Allgemeine Unruhe)

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, ich habe Verständnis für Ihre Äußerung.

Ich bitte aber darum, dass die Zwischenbrüllerei unterbunden wird.

(Beifall bei der CSU – Hoderlein (SPD): Sie täuschen vorsätzlich die Öffentlichkeit! – Zurufe von der SPD und der CSU)

– Sollten Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, dann tun Sie dies.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, da Sie den Ausdruck rügen, bitte ich Sie, mir für das, was ich gesagt habe, einen besseren zu nennen, der diesen Sachverhalt genauso bezeichnet.

(Hoderlein (SPD): Das ist nicht Aufgabe des Präsidenten! – Frau Biedefeld (SPD): Sie sind für die Folgen verantwortlich!)

Ich sage noch einmal: Kollege Faltlhauser und ich mussten von der Bank die Erlaubnis erhalten, dass für uns das Bankgeheimnis aufgehoben wird, damit wir erfahren, was los ist, und tätig werden konnten. Das war eine Woche, bevor die Sache lief. Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen ist dem Bundesfinanzminister nachgeordnet, und dieser hat die Fach- und Rechtsaufsicht. Demgegenüber gibt es kein Bankgeheimnis. Er hätte also rechtzeitig handeln können und müssen, weil er die Kontakte zu den großen Banken hat. Von jedem anderen erwartet man, dass er an eine Lösung denkt, wenn er ein Problem kommen sieht. Trotzdem hat man bei der SPD keinen Finger krumm gemacht. Das ist richtig.

(Hoderlein (SPD): Das ist falsch, das ist nur nicht über die Zeitung gelaufen! Sie kritisieren über die Zeitung, und die anderen machen das, was wirklich wichtig ist!)

– Ich habe nicht in der Zeitung agiert, sondern ich habe dafür gesorgt, dass kurzfristig eine Lösung kommt. Als wir die Lösung hatten, sind wir an die Zeitungen gegangen. Ich habe erwartet, dass sich die KfW beteiligt. Ich füge hinzu: Dann treten SPD-Mandatsträger auf – ich hätte die Zahlen nicht genannt, aber sie sind von SPD-Mandatoren schon genannt worden – und meinen, die KfW habe 350 Millionen DM Durchleitungsdarlehen gegeben und die LfA liege bei der Hälfte. Die KfW hat rund 700 Millionen DM Durchleitungsdarlehen bei der Schmidt-Bank.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD) und des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Dä dä, dä dä dä dä.

(Lachen bei der CSU – Allgemeine Unruhe)

Die KfW hat 700 Millionen DM Durchleitungsdarlehen bei der Schmidt-Bank. Das ist kein kleiner Betrag. Die LfA liegt bei der Hälfte. Bei der Beendigung der Tätigkeit der Schmidt-Bank wäre die KfW mit hohen Beträgen hängen geblieben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darum nützt die Lösung, die wir erzielt haben, der KfW genauso wie anderen Banken – mindestens so viel, wie ein paar Privatbanken, wahrscheinlich viel mehr. Darum wäre es angemessen gewesen, dass sich die KfW beteiligt. Die Lösung wurde nicht nur gemacht, um Folgewirkungen bei den Betrieben und Arbeitsplätzen zu vermeiden, sondern auch, um Probleme bei den beteiligten Banken zu vermeiden. Da wäre die KfW mit an erster Stelle gestanden. Trotz dieser Beträge und obwohl er bei der KfW im Aufsichtsrat sitzt, sagt der Bundesfinanzminister, dass ihn dies nichts angehe und dass dies ein regionales Problem sei.

(Hoderlein (SPD): Sie wissen genau, was Monti macht!)

Dieses Verhalten ist nicht nur unangebracht. Es ist schändlich zu sagen, dass dies ein regionales Problem sei, das regional gelöst werden sollte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind bei der Lösung und mit der LfA dabei. Die KfW drückt sich. Der Bund drückt sich. Er richtet die Probleme mit an und lässt alle hängen. Schämen Sie sich für diese Verhaltensweise!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Kaul.

Kaul (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind wie jedes Jahr um diese Zeit so richtig in Weihnachtsstimmung. Es ist schon ein einmaliger Vorgang in der Geschichte dieses Landtags, dass eine Fraktion von der anderen so abgeschrieben hat.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat wenigstens eine Jahreszahl richtig gestellt. Das ist für uns ein Zeichen, dass wir 1998 das Richtige gemacht haben. Die GRÜNEN aber – das ist auch auf anderen Gebieten so – hinken immer hinterher. So auch in diesem Fall.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Interessant waren einige Passagen der Rede, Frau Paulig, die Sie frei gehalten haben. Ich habe sie mitgeschrieben. Sie haben gesagt, die bisherige Entwicklung sei zum Vorteil von Land und Umwelt gewesen. Als sie gemerkt haben, was sie gesagt haben – was Sie übrigens richtigerweise gesagt haben –, haben Sie versucht, sich zu korrigieren. Also: Der Antrag scheint auch 1998 gar nicht so schlecht gewesen zu sein. Aber wir entwickeln uns weiter.

(Frau Biedefeld (SPD): Die Gründe haben wir noch immer nicht gehört!)

– Frau Kollegin Biedefeld, wissen Sie, was Sie gesagt haben? – Sie haben gesagt: Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Darin sind eine Menge richtiger Ansätze.

(Frau Biedefeld (SPD): Für die Diskussion und die Anhörung!)

Sie haben dabei vergessen zu sagen, dass Sie dem Antrag der GRÜNEN, die bei der CSU abgeschrieben haben, zustimmen, weil dort eine Menge richtige Ansätze enthalten sind. So müsste es richtigerweise lauten. Wären wir in der Schule, hätte der Lehrer es bei der Korrektur so an den Rand geschrieben.

Sie vergessen alle beide, dass das ein CSU-Antrag war.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie eigentlich, dass wir uns schon den ganzen Vormittag nur über CSU-Anträge unterhalten? Die zwei Sätze, die die SPD eingefügt hat, können Sie inhaltlich vergessen. Darauf komme ich gleich zurück.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Morgen!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie liegen immer noch in den Schützengräben, während wir die Schützengräben längst verlassen und das Land vor uns erobert haben.

Politik ist Gott sei Dank der Wettbewerb von Ideen. Das Thema FOC ist nicht nur auf Bayern beschränkt. Die beiden Minister haben darauf hingewiesen, was Ihre Genossinnen und Genossen in den anderen Bundesländern so treiben. Um uns herum entstehen diese FOCs, und wir werden die Protokolle dieser Sitzung den Genossen der anderen SPD-Landesverbände zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Gartzke (SPD))

Wir sind mitten in der öffentlichen Diskussion zur Fortschreibung des LEP. Das ist bei der ganzen Diskussion völlig untergegangen. Wir beziehen die betroffene Bevölkerung ein. Das haben wir auch beim letzten LEP getan. Bei all den Problemen, die wir bei der Fortschreibung feststellen, wissen Sie von der SPD – besonders Frau Kollegin Biedefeld hat sich so deutlich ausgedrückt – offensichtlich schon, wie das Ergebnis aussieht. Sie stellen schon das Ergebnis der Anhörung dar, und gleichzeitig stellen Sie 26 Fragen zur bevorstehenden Anhörung.

(Gartzke (SPD): Mehr sind uns nicht eingefallen! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist richtig so! – Frau Biedefeld (SPD): Das zeigt, wie ernst uns das Thema ist!)

Sie hören recht, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Sie die Fragen wahrscheinlich noch nicht kennen.

Die SPD hat vor zwei Tagen 26 Fragen eingereicht, und heute kennt sie bereits das Ergebnis. Wir gehen in diese Anhörung ohne diese Festlegung. Für uns ist der Ausgang der Anhörung offen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Warum haben Sie dann schon im Ministerrat einen Beschluss gefasst?)

Verehrte Frau Kollegin Biedefeld, Sie sind Generalsekretärin und tragen auch Verantwortung außerhalb dieses Hauses für Ihre Partei. Darf ich Ihnen etwas vorlesen, was mir der Fraktionsvorsitzende der CSU gezeigt hat und was vorhin schon einmal Gegenstand einer Anmerkung war? – Ich darf aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. Mai 1999 zitieren. Zwischenzeitlich sind viele Diskussionen geführt worden, und Sie hätten sich darüber informieren müssen.

(Frau Biedefeld (SPD): Was hat sich denn geändert?)

Herr Hering war einmal unser Kollege hier im Hause. Es wäre interessant zu erfahren, was er heute zu diesem Thema sagen würde. Frau Generalsekretärin, hören Sie gut zu. In der „Süddeutschen Zeitung“ heißt es:

Der Hofer Landrat Bernd Hering empfahl den Kollegen in den Rathäusern der Städte und Gemeinden, sie sollten sich bei der Ablehnung von FOCs nicht nur an den Befürchtungen des Einzelhandels orientieren, sondern auch einmal die Bürger nach ihren Wünschen fragen. Die nämlich hätten ein lebhaftes Interesse daran, hochwertige Güter günstiger einkaufen zu können, ohne dafür gleich in die Großstadt fahren zu müssen.

Sie, die Sie sich hier gerieren, als wären Sie die Sachwalter der ländlichen Entwicklung und der kleinstädtischen Kommunen, verehrte Frau Kollegin – –

(Frau Biedefeld (SPD): Wir betreiben auf Landesebene Landespolitik!)

Sie müssten sich einmal mit der Vielfalt der Meinungen in Ihrer Partei auseinander setzen. Ihre Partei ist die Partei der Beliebigkeit und der vielen Richtungen. Sie sollten sich bemühen, die vielen Meinungen dort, wo Sie Verantwortung tragen – und Sie meinen doch, in der Opposition Verantwortung mittragen zu müssen –, auf einen Nenner zu bringen. Das Thema, über das wir uns unterhalten, ist komplex und umfasst mehr als ein FOC-Verbot.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Wir beziehen die Veränderungen durch die Ergänzung des Antrags, den die GRÜNEN heute aufgegriffen haben, ein.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche?)

Wir beziehen auch die Infrastrukturen des Einzelhandels und der Einzelhandelsgroßprojekte ein. Das unterschei-

det uns von Ihnen. Lesen Sie bitte die Ergänzung genau durch. Wir beziehen auch die Entwicklung unserer lebendigen Innenstädte ein.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagen Sie zur Schmidt-Bank?)

Die Entwicklung unserer Innenstädte ist unmittelbar mit der Entwicklung des Einzelhandels verbunden.

Meine Damen und Herren, trotz Ihres Gejammers können wir heute feststellen, dass sich Bayern zu einem lebenswerten und lebenswerten Land entwickelt hat.

(Frau Radermacher (SPD): Trotz der CSU! – Lachen bei der SPD)

– Wer lacht denn da? Ich muss mich schon wundern. Ich werde das Protokoll, in dem Ihr Lachen vermerkt ist, auch den Kommunalpolitikern der SPD zuleiten.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bayerischen Kommunen haben sich auf den Weg zu dieser Entwicklung gemacht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, als noch niemand daran gedacht hat, dass Sie einmal in die Parlamente unserer Städte und Gemeinden einziehen werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es drängt sich mir die Frage auf, wie sich Bayern wohl entwickelt hätte, wenn es nach Ihren Anträgen regiert worden wäre. Der bayerische Mittelstand und der bayerische Einzelhandel wussten in der Vergangenheit, dass sie sich auf die CSU verlassen konnten, und sie wissen, dass sie es auch in Zukunft können. Ich mache Ihnen, insbesondere Frau Kollegin Biedefeld, einen Vorschlag. Engagieren Sie sich in Berlin, machen Sie die Steuerreform rückgängig,

(Gartzke (SPD): Gut gemacht!)

damit der Mittelstand, für den Sie hier Tränen vergießen, wieder Geld zur Verfügung hat, um in bayerischen Städten zu investieren. Das haben Sie ihm nämlich abgenommen.

(Gartzke (SPD): Wer hat etwas abgenommen? Sie sind ahnungslos!)

Verändern Sie die Abschreibungslisten, mit denen Sie die Investitionsmöglichkeiten des Mittelstandes eingeschränkt und seine Investitionsfreudigkeit gedämpft haben.

Wir werden durch eine sachgerechte Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms dafür sorgen, dass die negativen Auswirkungen Ihrer Berliner Politik auf Bayern so gering wie möglich bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Paulig.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kaul, es ist ein einmaliger Vorgang, dass schon das Leseverständnis der CSU-Redner einschließlich der Minister sehr zu wünschen übrig lässt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Pisa-Studie!)

– Die Ergebnisse der Pisa-Studie müssen uns also wirklich nicht erstaunen. Es wurde hier zu allem gesprochen, nur nicht zu den Anträgen. Herr Kaul, wir können die Anträge sehr wohl lesen. In der Sitzung im März 1998 wurden drei Anträge zum Thema „Einzelhandelsgroßprojekte und FOCs“ einstimmig verabschiedet. Es handelte sich um zwei Anträge des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 13/9359 und 13/9703 – und einen Antrag der CSU. Damals hat es eine klare gemeinsame Zielsetzung gegeben. Diese Zielsetzung haben Sie heute aufgegeben.

Außerdem waren Sie wieder nicht in der Lage zu sagen, welche neuen Entwicklungen es notwendig machen, die Grundsätze von Umweltschutz und Mittelstandspolitik zu verändern. Sie haben auch keine Antwort auf die Frage gegeben, warum diese entscheidenden Ziele nicht in die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms einbezogen werden. Dort wären diese Ziele gleichrangig mit anderen Zielen zu beurteilen. Das wäre sinnvoll gewesen. Aber nein, es gibt eine Teilfortschreibung, weil man die Konkurrenz mit den Zielen Bodenschutz, Umweltschutz und Stadtentwicklung nicht haben will.

Wie gesagt, ich habe selten so eine Märchenstunde erlebt, wie sie die beiden Minister heute mit ihren Beiträgen gestaltet haben. Über alles haben Sie gesprochen – über das SPD-Abstimmungsverhalten in Brandenburg oder Rheinland-Pfalz und über die Schmidt-Bank; nur die Kirchturmpolitik habe ich vermisst –, aber Sie haben nicht zur Sache gesprochen. Nachdem Herr Dr. Wiesheu Vertreter der einzelhandelsfreien Zone Freising ist, braucht man sich nicht zu wundern, dass er von Randlagen und integrierten Randlagen spricht. Dort ist schon lang alles integriert.

Nicht beantwortet wurde die Frage, die heute noch im Raum steht: Wer hat wie bei der Kabinettsabstimmung gestimmt? Anscheinend waren die Bänke damals genauso leer wie heute zu Beginn der Debatte die Regierungsbank. Sie waren alle nicht da, und anscheinend waren Sie im Kabinett auch schnell verschwunden, um nur ja nicht über das brisante Thema abstimmen zu müssen. Es war ein scheinheiliges Schauspiel heute.

Herr Dr. Wiesheu, ich komme zu Ihrem Ablenkungsmanöver zur Innenstadt Münchens. Wo ist denn der attraktivste Platz? – Das ist in München in der Innenstadt, und zwar aufgrund der rot-grünen Verkehrs- und Stadtpolitik. Leider sind auch dort die Preise am höchsten. Natürlich drängt man da wie dort in die Randlagen, weil dort die

Parkplätze und die Verkaufsflächen billiger sind. Das ist doch der Punkt. Genau dem muss man entgegenwirken.

Leider hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein nichts zur Vergabe der Städtebaufördermittel gesagt. Auch Herr Regensburger hat sich vornehm zurückgehalten. Sollen diese Mittel nun per Ausnahmebeschluss des Ministerpräsidenten ausgeschüttet werden, obwohl es einen gültigen Landtagsbeschluss gibt, die Vergabe an die Innenstadtentwicklung zu koppeln und gerade dann keine Mittel bereitzustellen, wenn Einkaufszentren auf der grünen Wiese gebaut werden? Die Debatten über die unterschiedliche Bewertung von Einzelhandelsgroßprojekten und FOCs sind Scheingefechte. Wir nehmen beides zusammen, denn beides geht auf Kosten des Mittelstands und der Umwelt.

Ich frage mich, wie ein Umweltminister es fertig bringt, hier kein Wort über Umweltschutzziele zu verlieren. Das war eine Bankrotterklärung des bayerischen Umweltministers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selten wurde das Thema so verfehlt wie in dieser Rede. Sie tun so, als hätten Sie überhaupt keine Probleme mit dem Antrag, aber Sie haben mit Ihrem eigenen Antrag massive Probleme. Warum mussten Sie denn gestern Überstunden machen? Warum mussten Sie eine Fraktionssitzung abhalten? Wir konnten feiern, und Sie mussten sich mit dem Thema herumschlagen, weil Sie nicht zu Ihren Zielen stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, ich habe die Eröffnung eines großen Biofachmarktes im Zentrum von Weilheim gefeiert. Diesem Unternehmer wünsche ich viel Glück. Es waren übrigens auch viele Ihrer Kollegen da. Es ging um ein Innenstadtprojekt, einen großen Biofachmarkt. Heute ist der erste Verkaufstag. Ich habe mitgefeiert; denn das sind die richtigen Strukturen, die wir mit unserer Politik und der Agrarwende durchsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich vermisse nicht nur den Redebeitrag von Herrn Dr. Beckstein zur Städtebauförderung, sondern auch den Redebeitrag von Herrn Traublinger. Auch er ist eingeknickt. Nachdem Herr Dr. Wiesheu versucht hat, mit Schmidt-Bank und ähnlichem vom Thema abzulenken, muss klar gesagt werden: Der Mittelstand profitiert von der Steuerreform, wie er unter Ihrer Regierung noch nie profitiert hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Körperschaftsteuer wurde deutlich gesenkt. Sie wissen genau, dass vor allem die Personengesellschaften von der deutlichen Senkung des Eingangsteuersatzes und der Erhöhung der Freibeträge profitieren. Das waren Entscheidungen, von denen der Mittelstand profitiert. Werfen Sie hier nicht mit faulen Eiern und betreiben Sie keine Schaumschlägerei, sondern gehen Sie endlich auf die entscheidenden Fakten ein. Sie haben heute den

Bankrott Ihrer Politik erklärt. Sie können sicher sein: Wir werden die Debatte draußen im Kommunalwahlkampf offensiv fortsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Dinglreiter.

Dinglreiter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Paulig, da Sie immer wieder fragen, was sich geändert hat, darf ich Ihnen raten, meinen Beitrag nachzulesen. Ich habe deutlich gemacht, was sich geändert hat. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass alle Verbände, die im Laufe dieses Jahres angehört worden sind, dringend eine Fortschreibung empfehlen, weil sich einiges verändert hat. Ich habe alles deutlich erklärt. Wenn Sie es beim ersten Mal nicht verstanden haben, dann lesen Sie es doch nach.

Sie reden von Mittelstandsförderung und vielleicht auch von Arbeitnehmerförderung. Tatsache ist, dass die Steuerzahler – das sind in erster Linie der Mittelstand und die Arbeitnehmer – heuer nahezu 50 Milliarden DM mehr an Steuern bezahlen als 1998. Das ist die Realität. Daran müssen Sie sich messen lassen.

Ich will nicht näher darauf eingehen, sondern nur vor der Beschlussfassung über die Anträge darauf aufmerksam machen, dass ich bei meinen Darlegungen übersehen habe, darauf hinzuweisen, dass wir eine Änderung in unserem Dringlichkeitsantrag vornehmen wollen. In Zeile drei soll es anstatt „die Entwicklung“ heißen: „und der Erhalt mittelständischer Strukturen im Handel“. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Dinglreiter, es wäre nett, wenn Sie mir das vor der Abstimmung schriftlich geben könnten. – Das Wort hat nun Herr Kollege Hoderlein.

Hoderlein (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe Staatsminister Dr. Wiesheu nicht. Es wäre nett, wenn er kommen würde; denn ich will mich mit ihm ein wenig unterhalten.

Meine Damen und Herren, wenn in der Schule einer einen Aufsatz schreibt und das Thema verfehlt, kriegt er einen Sechser. Trotzdem muss der Lehrer diesen Aufsatz korrigieren.

(Heiterkeit bei der SPD)

In dieser Situation ist das Parlament. Das Thema hieß „FOC“. Geredet hat Staatsminister Dr. Wiesheu zu Themen, die ihm weniger gefährlich erschienen. Er hat das Thema verfehlt. Trotzdem müssen wir zu dem Unsinn, den er verzapft hat, Stellung nehmen. Ich spreche zum Thema „Schmidt-Bank“, das nicht Thema des Antrags war, aber von Herrn Wiesheu dazu gemacht wurde.

Es ist nicht so, wie der Minister gesagt hat, dass er oder die Bayerische Staatsregierung sich hilfeschend an

den Bund gewandt habe mit dem Ziel, eine kurzfristige Auffanglösung für die Schmidt-Bank zu finden und dabei die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die bundeseigene Kreditanstalt, als möglichen Träger einer künftigen Eigentümerstruktur einzubeziehen. Ein solches Begehren ist nie an den Bund gerichtet worden, sondern es ist in den regionalen Zeitungen wahrheitswidrig verbreitet worden, dass der Bund aufgefordert sei, etwas zu tun. Er ist aber nie aufgefordert worden, jedenfalls nicht von Herrn Wiesheu oder der Bayerischen Staatsregierung

Anders als die Statuten der LfA sehen die Statuten der Kreditanstalt für Wiederaufbau vor, dass das Kreditinstitut daran gehindert ist, sich an Auffanglösungen für in Not geratene Banken zu beteiligen. Das darf notfalls die LfA, aber die KfW darf es nicht. Wer glaubt, sie dürfte es dennoch, hat im Übrigen auch nicht erkannt, was die Europäische Kommission davon hält.

Herr Monti hat eindeutig gesagt, dass solche Beteiligungen von Banken, die einem Mitgliedsland gehören – Bayern ist kein Mitgliedsland der Europäischen Union, die Bundesrepublik Deutschland ist ein Mitgliedsland –, nicht berechtigt sind, sich an Auffanglösungen zu beteiligen. Das wäre eindeutig europarechtswidrig. Das muss man der Öffentlichkeit sagen, wenn man es weiß.

Wer eine Beteiligung fordert und gleichzeitig weiß, dass diese Beteiligung europarechtlich nicht zulässig ist, der täuscht bewusst die Öffentlichkeit in einer so schwierigen Frage.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Moment besteht Gott sei Dank keine akute Not bei der Schmidt-Bank. Für die Eigentümerstruktur ist eine sichere Übergangslösung gefunden worden. Der neue Vorstandsvorsitzende hat das erst vor kurzem so bestätigt.

(Willi Müller (CSU): Dank der bayerischen Staatsregierung!)

Langfristig ist entscheidend, dass der Vorstand das Kreditportfolio überprüft, wie die einzelnen Kredite aussehen, welche sofort festgestellt werden müssen, welche man überbrücken muss und bei welchen man Veränderungen vornehmen muss. Nur dabei kommt es darauf an, ob es eine öffentliche Beteiligung zur Absicherung gibt. Anders als Sie, Herr Dr. Wiesheu, war ich in Berlin und habe über diese Frage mit allen Seiten gesprochen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Die Bereitschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist vorhanden. Gegenüber den Zeitungen haben Sie Angriffe gegen die Bundesregierung geführt. Sie haben versäumt darzustellen, was Sie heute hier eingestehen mussten: dass die bundeseigene KfW bereits bisher circa 700 Millionen DM für die Durchleitung von Krediten zur Verfügung gestellt hat. Das hat kein Leser Ihrer Philippika erfahren. Ich weiß, dass die KfW grundsätzlich bereit ist, helfend einzugreifen. Bitte machen Sie nicht den Fehler, den die Bevölkerung der Politik allenthalben

vorwirft, dass Sie in einer sehr schwierigen Situation, die zu einer Katastrophe für eine Region werden kann, auch noch parteipolitisches Profil gewinnen wollen. Das ist der Sache nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Wer sich wirklich Sorgen macht, der muss keinen Wettbewerb darüber veranstalten, wer zuerst in die Zeitung kommt, sondern er muss zusehen, dass er im Hintergrund die Dinge so richtet, dass es eine vernünftige Lösung gibt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von Abgeordneten der CSU)

Eine zweite Sechs hat sich Staatsminister Dr. Wiesheu verdient, indem er nicht zum Thema FOC, sondern zum Thema Steuerreform gesprochen hat. Der historische Höchststand der Steuerbelastung sowohl für Arbeitnehmer über die Lohn- und Einkommensteuer als auch für die Personengesellschaften und über die Körperschaftsteuer bei Aktiengesellschaften war am Ende der Ära Kohl und Waigel 1998 erreicht.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Jedes wissenschaftliche Institut bestätigt das. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die auf breiter Ebene den Körperschaftsteuersatz und den Lohn- und Einkommensteuersatz gesenkt hat. 45 Milliarden DM sind im Umlauf.

(Widerspruch bei der CSU)

Das ist unbestritten. Sie reden von Benachteiligung. Das kann sich nicht auf die Steuerhöhe bzw. die Höhe der absoluten Steuereinnahmen beziehen, sondern bestenfalls auf das Thema der vermeintlichen Ungleichbehandlung zwischen den Personengesellschaften, sprich Einkommensteuer und den Aktiengesellschaften, sprich Körperschaftsteuer.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Hoderlein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dingreiter?

Hoderlein (SPD): Nein. Dieses Thema ist spätestens seit gestern endgültig erledigt, weil wir nämlich die entsprechenden Korrekturen vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt heute deutlich weniger Steuerzahlungen für jede Rechtsform von Unternehmen als zur Zeit von Kohl und Waigel. Es gibt keine Ungleichbehandlung mehr zwischen Personengesellschaften und anderen Rechtsformen. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Frage, Herr Kollege Dingreiter, die Sie stellen wollten, kenne ich schon. Sie lautet: „Wie erklären Sie sich denn, Herr Kollege Hoderlein, dass in diesem Jahr 50 Milliarden DM mehr Steuern bezahlt worden sind?“ – Das ist die Frage, die Sie stellen wollten, nicht wahr, deshalb brauchte ich sie nicht zuzulassen.

(Lachen bei der SPD)

Herr Kollege, das kostet uns nur Zeit. Ich brauchte diese Frage nicht zuzulassen, weil ich die einfach strukturierte Denkweise der CSU an Ihren Augen ablesen kann.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Tricks, mit denen Sie Lieschen Müller beeindrucken können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die absolute Höhe des Steueraufkommens in diesem Jahr ist doch nur zu beziehen auf die gesamte Wertschöpfung der gesamten Volkswirtschaft. Das nennt man die Steuerquote, also den Anteil, der als Steuern aus der Wertschöpfung herausgezogen wird. Es ist festzustellen: Dank der rot-grünen Wirtschaftspolitik ist in Deutschland das Wirtschaftswachstum auf eine Höhe gestiegen, dass selbst bei 50 Milliarden DM mehr an Steuereinnahmen die Steuerbelastung, ausgedrückt durch die Steuerquote, gesunken ist. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

Jedes Wirtschaftsforschungsinstitut, einschließlich das der deutschen Arbeitgeber, bestätigt das.

(Ach (CSU): Keine Ahnung!)

– Das sind bittere Fakten für Sie.

Mit drei gestammelten Sätzen hat Staatsminister Dr. Wiesheu doch zum Thema FOC gesprochen. Das Elend der CSU bei dieser Frage ist durch ihn sehr deutlich geworden. Nüchtern gesehen gibt es durchaus gute Gründe, die für FOCs sprechen; es gibt aber auch gute Gründe, die dagegen sprechen. Ich bin dagegen. Ich maße mir aber nicht an, über irgendjemanden zu richten, der mit einer sauberen Argumentation und einer bestimmten Wertsetzung sagt, dass er nach seinem Abwägungsprozess dafür ist. Das akzeptiere ich.

Ihre Meinung ist aber von uns hier mehrfach zitiert worden. Sie waren bisher felsenfest dagegen und hatten dafür die besten Argumente, ohne Zweifel. Aber: ohne dass sich irgendeine Sachvoraussetzung geändert hätte, haben Sie jetzt Ihre Position um 180 Grad gedreht.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weil Sie genau das niemandem erklären können, Herr Staatsminister, mussten sie über die Schmidt-Bank und über Steuern reden, weil Sie in der Sache FOC

argumentationsschwach waren und Gefahr liefen, dass das jemand merkt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was lehrt uns diese Geschichte über die CSU-Politik im Freistaat Bayern? – Sie verfolgen im Zweifel nicht die Gesamtinteressen der Mehrheit in diesem Land, sondern Sie verfolgen die Interessen des jeweils stärksten Einzellobbyisten in diesem Land. Das sind in diesem Fall heute nicht mehr die Einzelhändler, sondern die FOC-Lobbyisten. Deshalb haben Sie Ihre Position geändert.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedaure sehr, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist.

(Zurufe des Abgeordneten Christ (CSU))

– Der Herr Ministerpräsident hat viel zu tun, keine Frage. Die K-Frage beschäftigt ihn bestimmt 14 bis 16 Stunden am Tag.

Herr Kollege Glück, wir haben hier einmal vereinbart, dass der Herr Ministerpräsident, der Würde des Parlaments entsprechend, hier anwesend ist, wenn es einen wichtigen Punkt gibt, der von allgemeiner Relevanz für Bayern ist.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Ansonsten hat er sich für seine Abwesenheit zu entschuldigen. Ich erwarte, dass der Herr Ministerpräsident hierher kommt und im bayerischen Parlament und damit für die bayerische Öffentlichkeit zur besseren Beurteilung der 180-Grad-FOC-Wende – –

(Ministerpräsident Dr. Stoiber betritt den Plenarsaal – Lachen und anhaltender Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Sieh, zu, wie Du da wieder herauskommst! – Glück (CSU): So eine Wirkung haben Sie in Ihrer eigenen Partei noch nicht einmal gehabt!)

So muss es sein.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

So stelle ich es mir vor. Der SPD-Vorsitzende sagt, er soll da sein, und schon ist der CSU-Vorsitzende da.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wenn nur Frau Merkel wüsste, wie so etwas klappt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Hoderlein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Glück? –

Glück (CSU): Herr Kollege Hoderlein, haben Sie denn als Parteivorsitzender in der SPD schon einmal so viel Wirkung gehabt?

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Hoderlein (SPD): Nachdem wir heute so gut drauf sind, Herr Kollege Glück, sage ich auf Ihre Frage Ja, aber nicht immer die beabsichtigte.

Ich begrüße Sie sehr, Herr Ministerpräsident. Ich freue mich, dass Sie ein paar Minuten Zeit haben, um sich von der K-Frage abzuwenden. Das tut auch Ihrer Gesundheit gut.

Wir haben hier ein wichtiges Thema, FOC; und das Parlament rätselt, wie die CSU ihre Position um 180 Grad drehen konnte, ohne dass neue Sachverhalte und neue Gründe aufgetreten sind. Das ist eine bedeutende Frage, und ich glaube, es ist wichtig, dass das Parlament nicht weiter darüber rätseln muss. Ich habe gebeten, dass Sie hierher kommen, um das zu erklären, was weder Ihr Wirtschaftsminister Wiesheu noch Ihr Umweltminister Schnappauf erklären durfte und konnte. Wie ist eigentlich die Abstimmung im Kabinett ausgegangen? Wir als Parlament und – ich glaube – auch die bayerische Öffentlichkeit – die deutsche, glaube ich, weniger – haben ein Recht zu wissen, wie die einzelnen Politiker in einer solch wichtigen Frage jeweils orientiert sind. Wir haben hier gehört, man habe gute Gründe für dieses oder jenes, aber wir wollen es genau wissen. Ich bitte Sie herzlich darum, hier so souverän zu sein und zu sagen, der Minister x war dafür oder der Minister y oder die Ministerin z war dagegen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Des dat eich g,foin!)

Herr Ministerpräsident, wer Gutes im Schilde führt, hat nichts zu verbergen. Schöne Weihnachten!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

(Zurufe von der CSU: Aber jetzt! – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben denn Sie abgestimmt?!)

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Ich glaube, Sie haben Probleme mit dem Zuhören. Sie sollten weniger Zwischenrufe machen und stattdessen hören, was man sagt; dann müssten diese Zwischenrufe jetzt gar nicht mehr kommen. Ich weiß nicht, ob Sie hier ein Kasperletheater aufführen wollen oder ob eine ernsthafte Beratung stattfinden soll. Ich habe Ihnen vorher sehr genau erklärt, was der Staat machen kann und in welchem Verfahren wir stehen.

Ich habe mich auf ein paar Bemerkungen des Kollegen Hoderlein hin gemeldet. Ich muss generell sagen, ich habe Verständnis dafür, dass er sich hier profilieren

muss, weil in der SPD, wie Kollege Glück schon festgestellt hat, niemand auf ihn hört.

(Widerspruch bei der SPD)

Ein bisschen etwas muss man dazu schon sagen. Herr Ude kritisiert ihn, die SPD Südbayern kritisiert ihn. Bei der Listenaufstellung hat er nichts zu sagen gehabt. Deswegen hat er natürlich den inneren Drang, sich hier zu profilieren.

(Frau Steiger (SPD): FOC! Wir sind hier nicht bei der Kandidatenaufstellung!)

Zum FOC sind eine Reihe von Ausführungen gemacht worden. Ich gehe noch einmal kurz darauf ein. Zunächst aber ging es auch noch um die Schmidt-Bank und um die Beteiligung der KfW.

(Maget (SPD): FOC!)

Das FOC kommt auch noch. Herr Hoderlein hat sich beschwert, dass ich zum Thema Steuerreform geredet habe. Er aber redet über die Schmidt-Bank und über die Steuerreform. Zu diesem Thema darf ich etwas klarstellen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe genau zugehört. Ich habe mir die Punkte aufgeschrieben. Es waren nur am Schluss drei Sätze zu FOC. Mehr war es nicht. Diese drei Sätze bringe ich auch noch zusammen.

Noch einmal zur KfW; denn Sie führen hier ein seltsames Spiel auf. Herr Hoderlein sagt, eine Beteiligung der KfW sei europarechtlich unzulässig. Eine Beteiligung der KfW an der Sanierung von Holzmann war europarechtlich auch unzulässig. Sie musste in einem Sonderverfahren genehmigt werden. Warum haben Sie es bei Holzmann gemacht, und warum machen wir Sie hier nicht?

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Weil das ein Konkursverfahren war!)

Hier gibt es nicht einmal die geringsten Anstrengungen. Die KfW hat sich im Übrigen kürzlich bei der Industriekreditbank beteiligt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden wir jetzt von Holzmann? – Maget (SPD): Konkursverfahren!)

– Und hier wäre es ein Verfahren zur Abwendung des Konkurses.

(Maget (SPD): Das ist aber ein Unterschied!)

Meine Herrschaften, davon habe ich ein bisschen mehr Ahnung als Sie. Genehmigungspflichtig ist beides. Es ist egal, ob eine Firma im Konkurs ist oder vor dem Konkurs steht. Egal, ob sich eine Firma im Konkurs befindet oder vor dem Konkurs steht, in beiden Fällen – hören Sie es sich an – geht es um Betriebe in Schwierigkeiten. Das ist der klassische Begriff.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

– Nein sagt er und weiß von nichts.

(Beifall bei der CSU)

Darf ich es Ihnen erklären? – Herr Maget, ich gebe Ihnen gerne die Richtlinien dazu. In beiden Fällen geht es um Betriebe in Schwierigkeiten, und deswegen werden sie auch gleich behandelt. In beiden Fällen sind daher Beteiligungen oder Kreditvergaben genehmigungspflichtig.

(Maget (SPD): Aber nur in einem Insolvenzverfahren!)

Dem anderen drohte ein Insolvenzverfahren. Ich darf es Ihnen noch einmal sagen: Bei der EU sind Beteiligungen von staatlichen Institutionen genehmigungspflichtig, wenn es sich um Betriebe in Schwierigkeiten handelt. Ob der schon in Konkurs ist oder ob er in Konkurs käme, ist egal.

(Zuruf von der SPD: Das weiß bei der Schmidt-Bank nur keiner!)

– Herr Sanio hat es aber offensichtlich gewusst. Herr Sanio, der Chef des Bundesamtes für die Aufsicht über das Kreditwesen hat im Übrigen keine Lösung präsentiert. Da bedarf es noch einer gründlichen Aufklärung. Herr Sanio hat keine Lösung präsentiert, sondern er hat gesagt, es gibt einen Wertberichtigungsbedarf. Den Wertberichtigungsbedarf wird er in die Bilanz einstellen.

(Dr. Kaiser (SPD): Das ist auch seine Aufgabe als Aufsichtsbehörde!)

Jetzt sage ich es Ihnen ganz klar, damit Sie es wissen, wenn Sie es noch nicht mitbekommen haben. Herr Sanio hat offensichtlich schon länger Verhandlungen mit der Schmidt-Bank geführt. Er hat dann im September aufsichtliche Maßnahmen angedroht, wenn der vorhandene Wertberichtigungsbedarf nicht bereinigt wird.

(Zuruf von der SPD: Der kann doch keine Wertberichtigung vornehmen!)

Die aufsichtlichen Maßnahmen hätten bedeutet, dass der Wertberichtigungsbedarf als Korrekturposten in die Bilanz eingestellt wird. Damit wäre ein Moratorium eingeleitet worden, sprich die Bankschalter wären zu gewesen. Wenn aber der Bankschalter zu ist, ist nach einer Woche die ganze Bank zu. Das war der Vorgang. Ich bin davon am 7. November informiert worden.

(Maget (SPD): Wer ist denn im Aufsichtsrat der Schmidt-Bank?)

– Ich nicht! Entschuldigung, es gibt auch ein Bankgeheimnis.

(Lachen bei der SPD)

– Sie lachen. Das ist Ihr Fehler, Sie haben vorhin schon nicht zugehört. Ich habe es vorher erklärt. Am 7. Novem-

ber -- Herr Hoderlein, Sie brauchen nicht so grimmig zu schauen.

(Hoderlein (SPD): Der Waldenfels hat sich da aber auch nicht gut ins Bild gesetzt!)

Am 7. November hat Herr Schmidt von der Schmidt-Bank Herrn Zeitler von der Landeszentralbank gegenüber erklärt, dass er ihm dem Kollegen Faltlhauser und mir gegenüber vom Bankgeheimnis freistellt. Bis dahin war auch ihm untersagt, uns Mitteilung zu machen. Darum war Ihr komisches Gelächter zuvor zumindest verfrüht, wenn nicht überflüssig.

(Ach (CSU): Dummlich war es!)

Erst dann habe ich von dem Vorgang erfahren. Dem Bundesfinanzminister gegenüber besteht diese Verschwiegenheitspflicht nicht, weil das Bundesamt für die Aufsicht über das Kreditwesen eine nachgeordnete Behörde des Finanzministeriums ist und dessen Rechts- und Fachaufsicht unterliegt.

Der Bundesfinanzminister hätte jederzeit eine Information haben können – wir nicht. Mittwoch oder Donnerstag – ich glaube, am 07. November – bin ich in China von den Kollegen Prof. Dr. Faltlhauser und Dr. Freiherr von Waldenfels angerufen und über die Angelegenheit informiert worden. Von dort aus habe ich die ersten Entscheidungen getroffen und Kontakte geknüpft. Das BAKred wollte am gleichen Wochenende – ich glaube, am 10. November – den Bescheid abschicken. Kollege Faltlhauser hat dann Herrn Sanio darum gebeten, die Frist bis zum darauf folgenden Dienstag zu verlängern. Am Montag Nachmittag führten wir mit einem vorläufigen Erfolg das erste Gespräch, um eine Sanierungslösung zu finden.

Am Dienstag Abend führten wir ein Gespräch mit Herrn Sanio. Das erste Gespräch lief darauf hinaus, dass die Landesbank 51% der Schmidt-Bank übernimmt. Ich habe noch von China aus mit der Nürnberger Versicherung und mit der HUK Coburg gesprochen, ob sie nicht mit beteiligt. Nach meiner Rückkehr habe ich ein paar Tage später mit der Firma AXA gesprochen, die bereits beteiligt ist und gesagt hat, sie werde sich weiter beteiligen. Herr Sanio hat in einem Gespräch am Dienstag – mit ein paar Anmerkungen, die er nicht akzeptiert – gesagt, wenn die Lösung machbar sei, könne sie akzeptiert werden. Dienstag nachts sagte aber die Sparkassenseite, sie mache das nicht mit. Deswegen trafen wir uns am Mittwoch früh um 8.00 Uhr wieder, wobei klargestellt wurde, dass die angestrebte Lösung nicht laufen kann. Daher hatten wir ein Gespräch für Donnerstag vereinbart mit dem Einlagensicherungsfonds. Dieses Gespräch verlief insofern erfolgreich, als erhebliche Risiken unter der Voraussetzung abgedeckt werden sollten, dass auch die öffentliche Seite mitmacht.

Am Donnerstag Nachmittag haben wir die Frage behandelt, wer den Anteilseigner mache; dies kann der Einlagensicherungsfonds nicht. Die Landesbank sagte, sie könne es sicher nicht bzw. nicht alleine machen. Deswegen fand am Abend ein Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Stoiber statt, um die Sache weiter zu klären.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geben Sie uns einen schriftlichen Bericht!)

– Ich gebe Ihnen den Bericht mündlich. Allerdings habe ich mittlerweile Zweifel daran, ob Sie lesen können – zuhören können Sie auf jeden Fall nicht. Allmählich ist es mit dem Kerl fürchterlich.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Am Freitag früh um 8.00 Uhr fand in der HypoVereinsbank ein Gespräch mit Herrn Dr. Schmidt, den Chefs der Landesbank und des Sparkassenverbands sowie mit mir statt, wobei Herr Schmidt nach der Sicherstellung der notwendigen Finanzmittel gesagt hat, wir werden die Eigentümerstruktur klären. Es wurde klar gemacht, dass sich die vier großen Privatbanken beteiligen, wenn sich auf der Eigentümerseite auch die Landesbank beteiligt. Daraufhin hat sich die Landesbank bereit erklärt, zu 21%, gegebenenfalls mit einer Unterbeteiligung des Sparkassenverbandes, einzusteigen; alle anderen Beteiligungen liegen bei knapp 20%. Der Bund hat sich nicht gerührt und gar nichts gemacht.

(Maget (SPD): Haben Sie ihn angesprochen?)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, gestatten Sie in der Zwischenzeit Herrn Kollegen Schläger eine Zwischenfrage?

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Nein, ich möchte den Zusammenhang erläutern.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir in der Zwischenzeit eine namentliche Abstimmung machen?)

– Sie können in der Zwischenzeit in die Gaststätte gehen. Dorthin passt er besser.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit – Zuruf des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

Herr Kollege Hoderlein, es gibt zwei Seiten: die Eigentümerseite und die Haftungsseite. Ich gebe Ihnen darin Recht, dass es problematisch ist, wenn sich auf der Eigentümerseite eine öffentliche Bank beteiligt. Dazu bräuchte man die Genehmigung der EU. Ich habe bei dem Gespräch gesagt, bis wir diese Genehmigung bekommen, hat sich das Problem erledigt. Deswegen habe ich für die LfA gesagt, auf der Eigentümerseite habe es keinen Sinn. An die KfW brauchen wir deshalb nicht heranzutreten, damit sie sich auf der Eigentümerseite beteiligt.

Dann kam der nächste Schritt. An der Haftungsseite ist die öffentliche Hand beteiligt. Einen gewissen Betrag trägt der Einlagensicherungsfonds, dann kommt die öffentliche Seite – einschließlich der LfA – und dann die vier Banken, die aber weitgehend auch den Einlagensicherungsfonds bedienen. Die KfW müsste sich beim Risikoanteil der öffentlichen Seite beteiligen, nicht beim

Eigentümeranteil, sondern bei der Haftung. Dann ginge es weiter.

Am späten Samstag Nachmittag rief mich Herr Stiegler an. Am Freitag Nachmittag bin ich zu Herrn Sanio gefahren, um ihm das Konzept vorzulegen, ohne ein Blatt Papier dabeizuhaben. Er sagte, wenn bis zum Sonntag abgeschlossen werden könne, werde er seinen Bescheid nicht abschicken. Am Samstag fanden noch Verhandlungen statt; am Abend wurde ich gebeten, am Sonntag um 14.00 Uhr dazuzukommen, weil einige offene Punkte zu Ende verhandelt werden sollten. Dies war dann so; um 15.30 Uhr waren diese Punkte geklärt; um 16.00 Uhr war der Bescheid unterschriftsreif, und dann haben wir die Presseerklärung herausgegeben – im Übrigen nicht in meinem Namen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich gegenüber der Presse keinen einzigen Ton verlautbart. Am Samstag rief mich Herr Stiegler an, um zu fragen, ob er etwas machen könne und ob er mit Herrn Eichel reden könne. Ich sagte ihm, dies könne er gerne. Vom Bund kam bisher jedoch keine Reaktion.

Ich habe ihm gegenüber klargestellt, dass man in der derzeitigen Phase nicht mit neuen Konzeptionen kommen sollte. Eine Beteiligung der KfW ist uns natürlich grundsätzlich Recht. Jetzt müssen wir sehen, dass die erarbeiteten Konzeptionen durchgezogen werden. So ist es auch gelaufen. Dann stand eine Lösung, wie sie unter den gegebenen Umständen nicht besser hätte sein können, weil sie die stärksten Partner, die man haben kann, einbezieht. Sie bekommen in Deutschland keine bessere Lösung hin. Ohne das konstruktive Mitwirken von Herrn Dr. Schmidt von der HypoVereinsbank wäre diese Lösung nicht möglich gewesen. Vor ein paar Tagen wurde mir gesagt, ein zweites Mal werde es eine solche Lösung kaum geben.

Es folgte die Frage der KfW. Am darauf folgenden Montag Abend habe ich Herrn Schmidt von der Schmidt-Bank getroffen. Ihm ging es darum, eine Abwicklung zu vermeiden. Im Übrigen stammt das Thema „Abwicklung“ nicht von den privaten Banken, sondern von einigen Gesprächsteilnehmern aus dem öffentlichen Sektor. Am Montag fand also das Gespräch mit Herrn Schmidt von der Schmidt-Bank statt, der gefragt hat, ob man eine andere Lösung finden könne. Ich habe ihm geantwortet: Nun haben wir diese Lösung vorliegen, wenn es eine bessere Lösung gibt, soll es mir Recht sein. Er hat gesagt, er sei mit Herrn Stiegler im Gespräch, dieser möchte über Herrn Eichel erreichen, dass die KfW auf der Eigentümerseite einsteige und damit eine andere Lösung vorbereite. Meine Antwort: Wenn dies Herr Stiegler hinbringt, ist es mir Recht. Es ist besser, wenn Herr Stiegler von der SPD an diesem Thema arbeite und wenn er den Erfolg erzielt, soll er ihn erzielen. Herr Stiegler hat aber weder bei Herrn Eichel noch bei der KfW etwas bezweckt, weder auf der Eigentümer- noch auf der Haftungsseite. Anstatt zu sagen, es sei leider nicht machbar, sagte Herr Stiegler, das müsse gar nicht sein, das sei völlig falsch, das brauche es nicht. Dies ist seltsam. Am Montag hat Herr Stiegler, bevor er etwas machte, verkündet, dass er bei den Gesprächen anwesend gewesen sei. Er war jedoch nirgendwo dabei; dies ist aber sein Problem.

Es bleibt die Aufgabe, dass die KfW auf der Haftungsseite bei den öffentlichen Banken mit einsteigt, weil sie mit 700 Millionen DM Durchleitungsdarlehen natürlich ein Interesse daran haben muss, dass es dort vernünftig weitergeht. Dies hat sie bisher abgelehnt. Ich habe anlässlich der Münchener Veranstaltung mit Herrn Djincic ein paar Tage später mit Frau Matthäus-Maier gesprochen. Sie sagte: Dies ist für uns kein Thema. Doch wir retten mit dieser Aktion auch die Darlehen der KfW. Deswegen könnte sich die KfW genauso wie die Landesbank beteiligen. Auch die Landesbank könnte sagen, es gehe sie nichts an, das sei eine private Bank. Auch die Landesbank ist auf der Haftungsseite mit dabei. Deswegen kann man nicht sagen, das gehe EU-rechtlich nicht. Das geht auf der Haftungsseite EU-rechtlich sehr wohl.

Das Thema Durchleitungsdarlehen hat insofern mit der Sanierung zu tun, als es der KfW die rechtlich unwiderlegbare Möglichkeit gibt einzusteigen, um die bisher gegebenen Darlehen zu sichern und nicht riesige Darlehensausfälle zu haben. Dies ist der Hintergrund. Auch Sie sollten sich bemühen, dass sie mit einsteigt.

Die Auffanglösung wurde von mir vorangetrieben und zu Wege gebracht, ohne dass eine Zeile in der Öffentlichkeit war. Als die Sache abgeschlossen war, begann die Propaganda einiger SPD-Kommunalpolitiker, die gar nicht kapierten, was eigentlich los war, sondern sagten, es bedürfe einer Auffanglösung. Zu diesem Zeitpunkt war die Lösung fertig.

Da gab es bereits eine Lösung. Sie haben anscheinend gar nicht gemerkt, was das Ganze bedeutet.

(Zuruf von der CSU: Die merken viel nicht!)

Noch einmal: Daran, dass sich die KfW beteiligen soll, halte ich fest, weil die KfW genauso wie andere auf diese Weise ihre Darlehen absichern kann und soll. Das darf auch einen bestimmten Betrag kosten.

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Herr Staatsminister, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage des Kollegen Schläger?

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Ja.

Schläger (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Staatsminister, könnten Sie nach den nunmehr relativ sachlichen Ausführungen auch sachlich auf die Frage antworten, wie Sie die Rolle des Aufsichtsrates in der Vergangenheit bewerten, in dem – Sie haben es vorhin gesagt – auch Herr von Waldenfels als ehemaliger Finanzminister und weitere der CSU nahe stehende Herrschaften Mitglied sind?

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Die Rolle des Aufsichtsrates bewerte ich nicht und kann ich auch nicht bewerten, weil ich nicht weiß, in welchem Umfang der Aufsichtsrat von den jeweiligen Vorgängen informiert worden ist.

(Schläger (SPD): Darum heißt er ja „Aufsichtsrat“! – Unruhe bei der SPD)

– Moment! Es handelt sich hier um eine Privatbank in Form einer Aktiengesellschaft. Da schauen die Dinge oft anders aus als in einer regulären Aktien- oder Publikumsgesellschaft. Deswegen können Sie das Ganze genauso wenig bewerten wie ich.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Jetzt möchte Kollege Hoderlein noch eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie diese auch beantworten?

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Bitte.

Hoderlein (SPD): Vielen Dank. – Herr Staatsminister, nachdem Sie nun zugegeben haben, dass die KfW hinsichtlich der Eigentümerstruktur nicht gefragt und auch kein geeigneter Partner ist –

(Staatsminister Dr. Wiesheu: Geeignet ist sie schon!)

– Das ist eine ganz ruhige Feststellung: Sie haben das dankenswerterweise getan. Das hat zur Klärung beigetragen. Darauf aufbauend haben Sie gesagt, die KfW sei allerdings sehr wohl ein möglicher Partner innerhalb des Mosaiks der Hafter. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Hat der Freistaat Bayern, hat die Bayerische Staatsregierung, hat das bayerische Wirtschaftsministerium, hat der bayerische Wirtschaftsminister zu irgendeinem Zeitpunkt bis heute ein offizielles Begehren in irgendeiner Form an die Bundesregierung, an das Bundesfinanzministerium, an die KfW gerichtet mit dem Ziel, die KfW in die Hafterstruktur mit einzubinden, ja oder nein?

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Um das klarzustellen, Herr Hoderlein, und damit man mich nicht missversteht: Erstens. Geeignet für die Kapitalseite, für die Anteilseignerseite, wäre die KfW sehr wohl. Allerdings bräuchten wir, so wie ich das einschätze, die Zustimmung der EU. Diese konnte in der kurzen Zeit nicht eingeholt werden.

(Hoderlein (SPD): Sie wissen: Nach Holzmann ist so etwas bei uns nicht mehr machbar! Jetzt ist es strenger!)

Nachträglich wäre das sehr wohl möglich, weil die Landesbank mit Sicherheit einen Teil ihrer Anteile gerne abgeben würde, wenn die KfW sie übernimmt.

(Hoderlein (SPD): Das ist aber nicht machbar!)

– Sicher! Das ist auch nicht aus der Welt. – Zweitens war es mit Herrn Schmidt abgestimmtes Vorgehen, dass, weil die Bundesregierung leider rot-grün besetzt ist, Herr Stiegler tätig wird. Am Montag ist zwischen Herrn Schmidt und mir vereinbart worden – er hat extra noch mit mir geredet –, dass Herr Stiegler wegen eines Engagements der KfW tätig wird, weil dort das Berliner Finanzministerium die Aufsicht führt, weil dort auch ein

paar Kameradinnen und Kameraden von Ihnen in der Verantwortung sind und weil man sich auf diesem Weg eher eine Lösung versprochen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Ich habe gesagt: Es ist mir sehr recht, wenn man zweigleisig fährt, wenn sich schon bis dahin seitens des Bundes niemand gerührt hat. Ich habe gesagt: Wenn Stiegler erreicht, dass die KfW auf der Eigentümerseite einsteigt, dann soll er auch Ruhm und Ehre in der Öffentlichkeit haben. Das wollte er auch. Warum sollte es dann nicht so sein?

(Maget (SPD): Die Antwort heißt: nein!)

– Sie heißt nicht nein.

Drittens. Ein paar Tage später – ich glaube, es war am Mittwoch, als Herr Djindjic hier war – habe ich mit Frau Matthäus-Maier über eine Beteiligung der KfW sowohl auf der Eigentümerseite als auch auf der Haftungsseite gesprochen. Da lautete die Antwort nein.

Viertens. Wir arbeiten jetzt weiter an dem Thema, weil die Frage nach wie vor offen ist, und werden jetzt offiziell – schriftlich, wenn Sie wollen und wenn es mündlich nicht reicht – gegenüber der KfW und gegenüber dem Bundesfinanzministerium tätig. Ich frage mich nur, warum die hohen Herren in Berlin immer eine schriftliche Aufforderung brauchen, während man bei uns als selbstverständlich voraussetzt, dass man auf einen Telefonanruf hin springt und hüpf und eine Auffanglösung in Bewegung setzt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Ministerpräsident Dr. Stoiber: So ist es!)

Das ist allmählich ein Witz! Ich erhalte in China einen Anruf und werde von dort aus sofort aktiv. Hier fragt man: Haben Sie schon einen Brief an den hohen Herrn Bundesfinanzminister geschrieben?

(Heiterkeit bei der CSU)

Verdammt noch mal! Der liest es ja in der Zeitung!

(Widerspruch bei der SPD)

– Es ist doch wahr! Das ist so!

(Hoderlein (SPD): An anderer Stelle verbitten Sie sich, dass sich der Bund in bayerische Angelegenheiten einmischt, und jetzt sagen Sie, er müsse sofort eingreifen!)

Wenn der Bundesfinanzminister über die Medien aufgefordert wird, tätig zu werden, dann stehen alle Pressereferenten des Bundesfinanzministeriums sofort zur Verfügung, um darzulegen, warum das nicht möglich ist und warum man das nicht macht. Dann erscheinen seitenlange Briefe in der „Frankenpost“, anstatt dass einer den Finger krumm macht, selber vielleicht die KfW anwählt und sagt: Kameraden, werdet aktiv! – Das fällt ihnen nicht ein!

(Hoderlein (SPD): Ich stelle fest: Ein Begehren der Bayerischen Staatsregierung an den Bund gibt es nicht!)

– Das gibt es sehr wohl. Das gibt es zwar schriftlich von mir bisher nicht, aber das gibt es von anderen. Wenn Sie es brauchen, weil sonst die Majestäten in Berlin nicht aktiv werden, machen wir es auch schriftlich.

(Hoderlein (SPD): Ausgerechnet der überbürokratisierte Freistaat muss uns erzählen, dass wir bürokratisch sind! Mein lieber Mann!)

Ich stelle zum bisherigen Verfahren fest, dass sämtliche Interventionen der SPD, die sich ja in der „Frankenpost“ gerühmt hat, wie stark sie jetzt in Berlin aktiv wird, bisher zu nicht dem geringsten Beitrag des Bundes oder der KfW geführt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Blamage liegt eindeutig auf Ihrer Seite. Darum wären Sie gut beraten, ganz ruhig zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Bisher haben die SPD und die Mandatsträger einschließlich Stiegler nichts anderes zustande gebracht, als die Begründung des Bundesfinanzministers dafür, warum er nichts tun will, in der Öffentlichkeit nachzuplappern, anstatt zu sagen, sie habe es probiert, sei aber auf die Nase gefallen. – Ich hoffe, Sie haben es wenigstens probiert.

Was sind denn Ihre Interventionen bisher gewesen? Das hätte ich gerne gewusst.

(Heiterkeit bei der CSU – Hoderlein (SPD): Stoiber lacht! So viel wie er habe ich auch gemacht!)

Was haben Sie bisher als großer und mächtiger SPD-Vorsitzender in Bayern, als Abgeordneter aus Unterfranken gemacht?

(Lachen bei der SPD)

– Entschuldigung. Ich korrigiere mich: in Oberfranken. Dort beklagten Sie, wie schlimm es wäre, wenn die Schmidt-Bank zugrunde ginge. Was haben Sie denn bisher gemacht? Legen Sie es doch einmal dar! Ich habe bei all den Verhandlungen von euren Kameraden keinen getroffen. Ich habe von euch gerade einmal in der Zeitung lesen können, aber aktiv war keiner. Wenn groß dahergeredet wird, sind Sie dabei, wenn es um praktische Arbeit geht, sind Sie weit weg.

(Beifall bei der CSU)

Das war für die SPD kein Ruhmesblatt.

(Hoderlein (SPD): Wenn Sie die Grenze Ihrer Unverschämtheiten nicht finden, habe ich keine Hemmungen mehr, in der Öffentlichkeit zu sagen, was Herr Schmidt über Sie und die CSU denkt! Das ist wenig erfreulich für Ihre Parteifreunde! – Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

– Das kann man ruhig ausdiskutieren. Aber, Herr Hoderlein, ich bin immer noch bei der Frage, was denn die SPD-Mandatsträger gemacht und was sie bewirkt haben. Wenn Sie schon die Frage danach, was die SPD-Mandats- und Verantwortungsträger gemacht und bewirkt haben, als Unverschämtheit betrachten, dann haben Sie etwas missverstanden. Was haben Sie vorhin gesagt? – Wer nichts zu verbergen hat, kann mit offenem Schild kämpfen.

(Hoderlein (SPD): Sie reden seit einer halben Stunde darum herum, dass Sie den Bund nicht aufgefördert haben, tätig zu werden! Die Bayerische Staatsregierung hat es verabsäumt, und weil er das nicht zugeben will, macht er diesen Mumpitz!)

– Ich glaube Ihnen gerne, dass Ihnen das Thema stinkt, weil Sie sich dabei maßlos blamiert haben.

(Beifall bei der CSU – Hoderlein (SPD): Und Sie täuschen die Öffentlichkeit ständig maßlos!)

Mittlerweile spricht sich dies auch bei den SPD-Wählern in Oberfranken und in Hof herum. – Besser sollte ich sagen: bei den ehemaligen SPD-Wählern; denn von denen werden Sie bei der nächsten Wahl gehörig etwas auf die Nuss bekommen.

(Starker Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das ist gut so! – Hofmann (CSU): Eine sehr verständliche Sprache!)

Ihre Äußerungen zur Steuerreform und zu Personengesellschaften will ich gar nicht weiter kommentieren.

(Zuruf von der SPD: Danke!)

Im ganzen Land sind Sie die Einzigen, die noch davon reden, dass diese Steuerreform richtig war. Die Vorträge, die Sie dazu halten, sollten Sie auch einmal vor mittelständischen Organisationen halten. Aber ich rate Ihnen, das am Rosenmontag oder am Faschingsdienstag zu tun. Dann erzielen Sie wenigstens einen Heiterkeitserfolg.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Wenn die Steuerreform so rosig war, warum hat es dann in den letzten Tagen der Korrekturen bedurft? – Weil zumindest teilweise nachkorrigiert werden musste. Warum musste denn sieben Stunden verhandelt werden – Kollege Huber war in dem Vermittlungsausschuss? – Weil Ihnen alles Stück für Stück herausgezogen werden musste, weil die SPD-regierten Länder alles blockiert hatten, was irgendwie nach Mittelstandsfreundlichkeit gerochen hat. So sind die Fakten.

(Beifall bei der CSU)

Sich dann herzustellen und diese Steuerreform als mittelstandsfreundlich zu loben, ist absurdes Theater.

Zum Thema FOC: Die drei Sätze, die Sie gesagt haben, wiederhole ich nicht. Ich antworte Ihnen aber auch mit drei Sätzen. Erstens. Ich habe bereits vorher gesagt, dass meine kritische Einstellung zum Thema bekannt ist. Daran korrigiere ich nichts. Ich sage aber auch, was der Staat tun kann. Sie sollten sich merken: Der Staat kann nicht die einzelnen Handelsformen bestimmen oder verhindern. In einer Marktwirtschaft kann er das nicht.

(Hoderlein (SPD): Was ist daran neu?)

Das kann er nicht. Sie tun so, also ob Sie FOCs verhindern könnten. Das kann der Staat nicht. Das weiß auch der Einzelhandel.

(Hoderlein (SPD): Nein, Sie müssen erklären, warum Sie Ihre Position ändern!)

– Hören Sie wenigstens jetzt zu, da Sie vorhin schon nicht zugehört haben.

Zweitens. Wir müssen wettbewerbsneutral sein. Wir können nicht bestimmte Formen der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen, da dies ein unerlaubter Eingriff wäre. Wir müssen deshalb die Wettbewerber gleich behandeln. Deshalb kann man keinen Unterschied zwischen FOCs und Einzelhandelsgroßprojekten machen – das steht auch in unserem Antrag. Man muss diese gleich behandeln. Man kann nicht zum FOC sagen, weil du dich auf einen überörtlichen Einzugsbereich berufft, kommst du auf die grüne Wiese, während der andere in der Innenstadt bleibt. Deshalb waren wir, der Ministerpräsident, der Umweltminister und ich uns mit dem Einzelhandelsverband darin einig, dass eine Randlage außerhalb des bebauten Bereiches, eine nicht integrierte Lage, die absolute Ausnahme sein muss, dass es auf diese Ausnahme auch keinen Rechtsanspruch einer Kommune geben kann und dass derartige Ausnahmen auch kein Bezugsfall sein können, weswegen wir ein Verfahren zur Regelung brauchen.

(Maget (SPD): Und wahrscheinlich noch einen Anwalt, der Gauweiler heißt!)

Drittens. Dieses Verfahren soll im weiteren Anhörverfahren ausgearbeitet werden. Die Stellungnahmen im Anhörverfahren werden definitiv ausgewertet. Das, was in die Fortschreibung kommt, wird entsprechend vom Kabinett vorgeschlagen und beschlossen werden. Das ist ein völlig normaler Vorgang. Das, was Sie heute aufzuführen, ist nichts anderes als politisch motivierte Desinformation.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Hat sich der Herr Ministerpräsident schon gemeldet?)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Zur Geschäftslage darf ich auf Folgendes aufmerksam machen: Die Staatsre-

gierung hat die Redezeit von 45 Minuten um 18 Minuten überzogen. Entsprechend erhöht sich nach unserem System das jeweilige Redekontingent der drei Fraktionen. Das ist das Erste.

Das Zweite: Ich habe noch eine Wortmeldung. Herr Staatsminister Dr. Schnappauf, bitte schön.

(Maget (SPD): Wir wollten eigentlich den Ministerpräsidenten hören! Hat der Ministerpräsident keine Meinung zu diesem Thema?)

In der Zwischenzeit darf ich darauf hinweisen, dass wir noch vor 13.00 Uhr abstimmen sollten.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Hoderlein hat auf Schreiben an die Bundesregierung hingewiesen und gefragt, ob solche erfolgt seien. Ich habe in meiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender der oberfränkischen CSU ein Schreiben in der Sache Fortführung der Schmidt-Bank an Herrn Bundesfinanzminister Eichel gerichtet. Ich denke, nachdem Herr Kollege Hoderlein dieses Thema derart in den Mittelpunkt gestellt hat –

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie werden gleich sehen, dass der Zusammenhang deutlich macht, welche Position Sie letzten Endes in Wahrheit zum Mittelstand haben; denn Sie reden von der Unterstützung des Mittelstandes, aber Sie handeln genau entgegengesetzt.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Wie haben Sie denn zum FOC abgestimmt? Das wäre jetzt interessant!)

Im Schreiben an den Bundesfinanzminister habe ich um Prüfung gebeten, ob sich die KfW an einer Fortführungslösung für die Schmidt-Bank beteiligt.

(Maget (SPD): Wie haben Sie denn im Kabinett abgestimmt?)

Dieses Schreiben ist vom Bundesfinanzminister beantwortet worden, allerdings nicht persönlich, sondern von einem Abteilungsleiter.

Dieser schreibt Folgendes – hören Sie sich das einmal an –: „In der Sache bedauere ich, dass ein Engagement des Bundes nicht möglich ist. Die gefundene Auffanglösung hat gezeigt, dass das deutsche Bankensystem in der Lage ist, eigene Lösungen zu finden. Auch die Funktionsfähigkeit der Bankenaufsicht hat sich gezeigt.“ Das ist eine Verhöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schmidt-Bank. Es geht um Arbeitsplätze in der Region.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Wie haben Sie denn zum FOC abgestimmt?)

Letzten Endes wird deutlich: Auf der einen Seite hat der Bundesfinanzminister mit der linken Hand, der Banken-

aufsicht, mit der Einstellung des Betriebs der Schmidt-Bank gedroht, auf der anderen Seite lässt er eiskalt schreiben, die Bankenaufsicht hat sich bewährt, und leistet mit der rechten Hand nicht den geringsten Beitrag zu einer Auffang- und Fortführungslösung.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Aber jetzt zum FOC!)

Ich zitiere noch eine zweite Stelle aus diesem Schreiben mit dem Inhalt, dass eine Beteiligung der KfW an der Schmidt-Bank nicht in Frage kommt: „Der von Ihnen aufgeführte Bezug auf das Engagement der KfW bei der Industriekreditbank (IKB) hat einen gänzlich anderen Hintergrund.“ Der Schlusssatz lautet: „Ich bin der Überzeugung, die bayerische Landesregierung kann mit landeseigenen Mitteln und Institutionen in Zusammenarbeit mit der Auffanggesellschaft das weitere Schicksal der Schmidt-Bank selbst gestalten.“

(Maget (SPD): Sprechen Sie jetzt als Abgeordneter oder als Minister?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, halten Sie sich diesen Antwortbrief der Bundesregierung vor Augen. Er zeigt, wie sich die Bundesregierung letzten Endes wirklich verhält.

(Maget (SPD): Seit wann redet hier der Bezirksvorsitzende in Oberfranken?)

Sie schadet dem Mittelstand. – Herr Kollege Maget, der Bundeskanzler ist beim Industriekonzern Holzmann medienwirksam vor die Kameras geeilt und hat 250 Millionen DM aus dem Hut gezaubert. Ihrer Partei wäre es gut zu Gesicht gestanden, so ein Engagement auch für die Mittelstandskreditbank zu zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Als es in Frankfurt um die Großindustrie ging, war von der Bundesregierung der Kanzler selbst da. Als es in Hof um den Mittelstand ging, war von der Bundesregierung überhaupt niemand da.

(Beifall bei der CSU)

Im Bayerischen Landtag stellt sich der SPD-Landesvorsitzende ans Pult, und die Frau Generalsekretärin macht Zurufe, während in Hof am 1. Dezember, als die Mitarbeiter und die Kunden der Schmidt-Bank bei bitterer Kälte demonstriert haben, von der bayerischen SPD niemand anwesend war, nicht der Landesvorsitzende, nicht die Generalsekretärin, nicht einmal der Bezirksvorsitzende.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb passt das sehr wohl zusammen. Sie reden nur vom Mittelstand, Sie zücken die Mittelstandskarte, wenn es in Ihre Politik passt, aber Sie haben für den Mittelstand in Bayern und in Deutschland überhaupt nichts übrig.

(Beifall bei der CSU)

Nun ein letztes Wort; zurück zum FOC.

(Maget (SPD): Endlich! Wie haben Sie denn abgestimmt?)

Frau Kollegin Paulig hat gemeint, von der Bankrott-Erklärung sprechen zu müssen. Frau Kollegin Paulig, in dieser Woche ist in Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Federführung der größte Braunkohletageabbau der Republik genehmigt worden.

Sie regen sich hier wegen 9800 qm FOC auf, und gleichzeitig betreibt Ihre rot-grüne Front Landschaftsverbrauch größten Stils.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der CSU)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, die Ministerpräsidenten Stolpe und Beck haben die ersten Factory Outlet Centers genehmigt. Hingegen gibt es kein Land, das so stringent wie Bayern die Lenkung der Standortansiedelung und die Steuerung der Flächengröße vornimmt.

(Maget (SPD): Vorgenommen hat! – Sie müssen die Vergangenheitsform benutzen!)

– Herr Kollege Maget, wenn Sie vorhin im Plenum präsent gewesen wären, hätten Sie gehört, dass wir mitten in einem Verfahren sind: Der Ministerrat hat Eckpunkte beschlossen, die in die Anhörung gegangen sind. Es folgen das Hearing und – nach abschließender Auswertung – die Positionierung des Ministerrats. Danach kommt die Behandlung durch das Parlament. Herr Kollege Maget, bitte beraten Sie zunächst in Ihrer eigenen Fraktion über dieses Thema, bevor Sie hier öffentlich Klamauk machen.

Ich zitiere ein letztes Mal Ihren Fraktionskollegen. Seine Äußerung wurde im „Donaukurier“ am 7. Dezember abgedruckt. Der Landtagsabgeordnete der bayerischen SPD, Herr Werner, erklärte dort:

Ich kann das Horrorgemälde der FOC-Gegner nicht nachvollziehen. Es wird höchste Zeit, dem FOC endlich die Wege zu ebnen, damit schnellstens mit dem Bau begonnen werden kann!

Soweit Ihr SPD-Kollege Werner.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Wie haben Sie abgestimmt?)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Trotz der noch vorhandenen Redezeit habe ich keine Wortmeldungen mehr. – Entschuldigung, ich sehe gerade, dass sich Herr Kollege Gartzke noch zu Wort gemeldet hat.

(Hofmann (CSU): Der Präsident sollte nicht zum Reden auffordern!)

Gartzke (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch kann in diesem Parlament jeder

reden, der Redezeit hat. Herr Kollege Hofmann, wenn man etwas zu sagen hat, sollte man reden.

(Herrmann (CSU): Wir warten schon seit zwei Stunden auf das, was Sie zu sagen haben! – Glück (CSU): Das wird sich erst herausstellen, ob Sie etwas zu sagen haben!)

Die Probleme der CSU sind gigantisch: Zuerst kam die Schmidt-Bank, dann kam der Mittelstand und schließlich die Steuerreform. Wissen Sie, wo der Vorteil bei diesen Themen liegt? – Der Vorteil liegt darin, dass die CSU bei diesen Themen nichts zu sagen hat. Wir haben Sie nicht gebraucht. Deshalb ist uns eine gute Steuerreform gelungen. Diese Steuerreform ist vernünftig und wird allen Anforderungen gerecht. Sie schafft Kaufkraft und bringt Lösungen für den Mittelstand. Dies ist auch für den Staat wichtig; denn schließlich brauchen wir eine Infrastruktur und Investitionen. Wir lassen uns diese Steuerreform von niemandem madig machen.

(Dr. Bernhard (CSU): Ist das alles, was Sie zu sagen haben?)

– Ich könnte noch einige andere Themen aufgreifen. Zum Beispiel ist es bedauerlich, dass der bayerische Umwelt- und Landesentwicklungsminister heute mit der Braunkohle dahergekommen ist. Das ist der blanke Neid.

(Hofmann (CSU): Hier geht es um den Flächenverbrauch!)

Bayern hat nämlich keine Braunkohle. Sollen wir jetzt die Alpen oder den Ammersee gegen die mecklenburgische Seenplatte aufrechnen?

Wir müssen doch bayerische Landespolitik betreiben. Gott sei Dank hat Bayern einige Besonderheiten, auf die wir immer sehr stolz gewesen sind. Dazu gehört zum Beispiel eine hohe Existenzgründerquote und eine hohe Selbstständigigenquote. Wo kommen denn diese Quoten her? – Sie sind weder vom Himmel gefallen noch von der CSU entwickelt worden. Wenn die CSU ihre Politik jedoch weiterverfolgt, wird sie diese Quoten zerstören.

(Dr. Bernhard (CSU): Das ist unerträglich!)

Deswegen sollten Sie Bayern nicht mit Brandenburg vergleichen. Brandenburg hat überhaupt keinen Mittelstand. Dort herrschen völlig andere Verhältnisse. Wir haben jetzt die einmalige Chance, beim Thema der großen Einzelhandelsprojekte bayerische Strukturen zu begründen. Wer sagt denn, dass die Entwicklung hin zu den großen Einzelhandelszentren so weitergehen wird? Sehen Sie sich einmal die Entwicklung in Amerika an. Dort werden diese Zentren zurückgebaut; dort muss die Politik versuchen, diese Zentren am Leben zu erhalten.

Bayern hat besonders schöne Innenstädte, die mit Millionen- und Milliardenbeträgen aus der Städtebauförderung bezuschusst wurden. Wir haben einen intakten Einzelhandel und immer noch wertvolle Strukturen im Mittelstand. In den Innenstädten ist ein großes Sortiment vor-

handen. Deshalb müssen diese Innenstädte erhalten werden.

Hier geht es doch nicht um die Gewerbefreiheit oder darum, dass jeder in Bayern alles kaufen oder verkaufen kann. Wenn die Fläche unter 700 qm beträgt, ist das in Ordnung. Das ist der entscheidende Punkt. Dies hat sich in der Landesplanung bewährt.

(Dr. Bernhard (CSU): Herr Kollege, das ist doch Käse!)

Herr Dr. Schnappauf, Sie sollten konsequent sein: Halbieren Sie doch Ihr Ministerium. Ihnen wurde bereits ein Staatssekretär genommen. Umweltpolitisch kommt aus Ihrem Ministerium nicht sehr viel. Wozu brauchen wir eigentlich noch einen Minister für Umwelt und Landesentwicklung? Diese Frage muss doch erlaubt sein. Wir haben das Instrumentarium der Landesplanung. Dieses Instrumentarium hat sich bewährt, weil es nur bei großen Einzelhandelsprojekten greift. Das FOC in Ingolstadt ist ein solches großes Einzelhandelsprojekt. Dort wird ein spezielles Sortiment angeboten. Die Kaufkraft, die in Ingolstadt und der näheren Umgebung vorhanden ist, reicht aber zur Genehmigung nach der derzeitigen Rechtsgrundlage nicht aus. Dies ist die Situation.

Sie wollen diese Rechtsgrundlage aufbrechen. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. In Ingolstadt ist keine ausreichende Kaufkraft vorhanden. Das Projekt selbst ist zu groß. Daher ist es nach den Grundsätzen der Landesplanung nicht genehmigungsfähig. Weil es nicht genehmigungsfähig ist, müssen Sie Verrenkungen machen. Deswegen sprechen Sie von der Abschöpfung und legen neue Einzugsbereiche fest. Wenn Sie dem Antrag der SPD zustimmen, kommen wir wieder auf den Stand des Jahres 1998. Dann hätten die Innenstädte und der Einzelhandel wieder eine Chance. Natürlich interessiert uns in dieser Frage das Abstimmungsverhalten des Kabinetts. Warum sagen Sie dazu nichts?

(Frau Biedefeld (SPD): Die Bürger haben ein Anrecht darauf, das zu wissen! – Dr. Bernhard (CSU): Es wird immer skurriler!)

Die Minister treten doch auch sonst bei jeder Gelegenheit an die Öffentlichkeit. Sobald irgendwo eine Fernsehkamera aufgebaut wird, rennen sie hin und wollen irgendetwas erklären, unabhängig davon, ob sie etwas zu sagen haben oder nicht. Jetzt trauen sie sich nicht und knicken vor ihren eigenen Wählern ein.

Zurück zum Thema: Wir haben mit der Landesplanung in Bayern einen großen Erfolg erzielt. Deshalb haben wir keinen Grund, bei den großen Einzelhandelsprojekten von dieser Landesplanung abzuweichen. Genau dieses Ziel wird mit unserem Antrag verfolgt. Mit diesem Thema müssen wir uns in der Anhörung beschäftigen. Dort werden sicherlich noch andere Argumente zur Sprache kommen, zum Beispiel die Verflechtungen. Zum FOC Ingolstadt hat die SPD jedoch eine klare Position. Ich bitte die Kollegen, die sich zu diesem Thema häufig in den Lokalzeitungen geäußert haben, Ihren Äußerungen gemäß abzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. In der Diplomatengasse begrüße ich den Außenminister der Republik Kroatien, Herr Tonino Picula.

(Allgemeiner Beifall)

In seiner Begleitung befinden sich der Herr Botschafter und der Herr Generalkonsul. Seien Sie herzlich willkommen! Ich wünsche Ihnen einen interessanten Aufenthalt in diesem Parlament.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden dazu wieder getrennt. Zu allen drei Dringlichkeitsanträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „Politik für lebendige Städte und mittelständische Strukturen im Handel“ auf Drucksache 14/8253 abstimmen.

Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt: Die Ja-Urne auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion; die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich, wie immer, auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.00 bis 12.06 Uhr)

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt, so dass wir mit den Abstimmungen fortfahren. Sobald die Urnen geleert sind, können wir die nächste Abstimmung durchführen. –

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion durch betreffend „Factory Outlet Center – Kabinettsbeschluss vom 20. November 2001“ auf Drucksache 14/8255. Die Verteilung der Urnen ist wie bisher: Die Ja-Urne befindet sich auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion. Die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Dafür stehen wiederum fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.08 bis 12.13 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wiederum außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Einzelhandelsgroßprojekte/FOC)“ auf Drucksache 14/8310 in der Fassung, die Herr Kollege Dingreiter vorgeschlagen hat. Die Ja-Urne – sofern sie schon zur Verfügung steht – befindet sich bei dieser

Abstimmung auf der Seite der CSU-Fraktion. Die Nein-Urne steht auf der Oppositionsseite – beide jeweils im Bereich der Eingangstüren. Die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Es kann mit der Stimmabgabe begonnen werden. Dafür stehen erneut fünf Minuten zur Verfügung. –

(Namentliche Abstimmung von 12.13 bis 12.18 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wieder außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Herr Kollege Christ möchte gemäß § 139 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine Erklärung abgeben. Jeder Abgeordnete kann unmittelbar nach der Abstimmung eine kurze Erklärung über seine Abstimmung abgeben. Diese Erklärung hat sich auf die sachliche Begründung für sein Votum zu beschränken. Bitte, Herr Kollege Christ.

Christ (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Beim Antrag der GRÜNEN habe ich mich der Stimme enthalten, obwohl dieser Antrag unserem Beschluss vom März 1998 entspricht. Ich habe mich deswegen der Stimme enthalten, weil ich auf die Anhörung im Frühjahr hoffe und vor allem darauf, dass etliche Kolleginnen und Kollegen zu einer differenzierten Meinung zu dieser Problematik kommen.

Präsident Böhm: Die drei vorgesehenen Stunden für die Dringlichkeitsanträge sind abgelaufen.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Abschiebestopp für Kosovo-Albanerinnen und -Albaner“ auf Drucksache 14/8256 wird in den Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen verwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Herrmann, Dr. Kempfle und anderer und Fraktion (CSU) betreffend „Kein Verzicht auf Beobachtung der kommunistischen Plattform der PDS“ auf Drucksache 14/8257 wird in den Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit verwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Schultz und Fraktion (SPD) betreffend „Katastrophale Lage der bayerischen Insolvenzberatung“ auf Drucksache 14/8258 wird in den Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik verwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Münzel, Scharfenberg und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Sofortiger Austausch der Lehrkräfte der Kongregation der Schulschwester von Unserer Lieben Frau an den Schulen in Auerbach“ auf Drucksache 14/8259 wird in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport verwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wahnschaffe, Hirschmann und Fraktion (SPD) betreffend „Soziale Sicherungssysteme stärken“ auf Drucksache

che 14/8290 wird in den Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik verwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Koblner, Dr. Zimmermann u.a. und Fraktion (CSU) betreffend „Stabilisierung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ auf Drucksache 14/8254 wird in den Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik verwiesen.

Ich möchte eine Bitte des Stenografischen Dienstes weitergeben. Die Niederschriften der heutigen Sitzung sind nicht mehr bis zum Sitzungsende fertig zu stellen. Deshalb können sie auch den Rednern im Plenarsaal nicht mehr zugestellt werden. Aus diesem Grunde bitten die Stenografen, von den am Rednerpult aufliegenden gelben Formularen Gebrauch zu machen, falls Sie die Niederschrift an eine Adresse außerhalb des Hauses zur Korrektur übermittelt haben wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir noch einige Worte. An Weihnachten im Jahr 1961, also vor 40 Jahren, sprach Konrad Adenauer folgende bedenkenswerte Worte:

Wir leben in einer Epoche des Übergangs. Zeiten des Übergangs brauchen nicht Zeiten des Niedergangs zu sein. Damit das nicht der Fall ist, muss man sich darüber klar werden, was das Wesentliche unserer Epoche ist, was die Zeit von uns verlangt.

Der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland bezog sich seinerzeit vor allem auf die gespannte politische Situation im geteilten Deutschland rund drei Monate nach dem Mauerbau.

Heute stehen wir zwar vor ganz anderen Problemen, die es aber ebenfalls erforderlich machen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ich nenne nur die veränderten Wettbewerbsbedingungen auf dem globalen Markt, die Sicherung unserer Sozialsysteme, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit oder den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Diesen und anderen Herausforderungen zu begegnen: dem muss unser ganzer Einsatz gelten, damit im Sinne Konrad Adenauers die Phase des Übergangs nicht in eine Phase des Niedergangs mündet.

Im Bayerischen Landtag haben wir uns in diesem Jahr ebenfalls besonderen Herausforderungen gestellt. Aus der breiten Palette parlamentarischer Themen möchte ich nur wenige Schwerpunkte herausgreifen: das Thema BSE, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Errichtung eines neuen Staatsministeriums, die Bildungspolitik, die Verabschiedung der Stimmkreisreform sowie Beratung und Beschluss des Nachtragshaushalts 2002, der vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen sowie Förderung der ostbayerischen Grenzregionen im Rahmen der EU-Osterweiterung Akzente setzt.

Einen weiteren Schwerpunkt in den parlamentarischen Beratungen nahm das Thema innere Sicherheit ein. Die terroristischen Anschläge vom 11. September haben bei uns allen eine große Nachdenklichkeit erzeugt. Sie

machten uns einmal mehr bewusst, dass die Welt seit dem Ende des Kalten Krieges eher noch unberechenbarer geworden ist. Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit haben sich verwischt. „Es wird immer Menschen geben, die hassen und töten, selbst wenn alle Ungerechtigkeiten beseitigt sind.“

Diese Worte des UN-Generalsekretärs und diesjährigen Friedensnobelpreisträgers Kofi Annan haben sich auch heute wieder bestätigt. Wie man im Internet nachlesen kann, hat auf das Parlament in Neu Delhi ein Terrorangriff stattgefunden, bei dem zehn oder gar zwölf Menschen tödlich verletzt worden sind.

Die Verhältnisse fordern uns zu mehr Wachsamkeit, zu mehr Gemeinsamkeit und mehr Verantwortung auf, um dem Bösen den Nährboden zu entziehen. Ferner rufen die Ereignisse vom 11. September in Erinnerung, was vielleicht schon zu selbstverständlich geworden ist, nämlich dass unser Überleben von funktionierenden staatlichen Einrichtungen abhängig ist. Das gilt für die unmittelbare Bewältigung von Katastrophenfällen ebenso wie für Schutzmaßnahmen gegenüber Anschlägen. Ich möchte die Gelegenheit heute nutzen und den Sicherheitsorganen, der Polizei, dem Katastrophenschutz, den Hilfsorganisationen und unseren Soldaten den Dank des Hohen Hauses dafür aussprechen, dass sie Leib und Leben schützen, ein spannungsfreies Zusammenleben ermöglichen und die Voraussetzungen für den inneren und äußeren Frieden gewährleisten.

(Allgemeiner Beifall)

Daran anschließend möchte ich noch einige weitere Worte des Dankes sagen. Ich danke zunächst allen Mitgliedern des Hohen Hauses für Ihre Arbeit und Ihren Einsatz in den Arbeitskreisen, den Ausschüssen, den Enquete-Kommissionen, im Plenum sowie in den Stimm- und Wahlkreisen.

Mein Dank richtet sich ebenso an den Herrn Ministerpräsidenten und die Mitglieder seines Kabinetts für die gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament.

Bedanken möchte ich mich bei Frau Vizepräsidentin Riess und bei Herrn Vizepräsidenten Dr. Ritzer für ihre gewissenhafte Amtsführung und ebenso bei den Damen und Herren des Präsidiums für die vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Dank sage ich den Mitgliedern des Ältestenrates, den Vorständen der Fraktionen, den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse und Enquete-Kommissionen sowie den Berichterstattern und Mitberichterstattern.

Besonders danken möchte ich auch den Bediensteten des Landtagsamtes,

(Allgemeiner Beifall)

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen sowie den Landtagsbeauftragten der Ressorts.

Im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich danke ich den Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Berichterstattung und Kommentierung aus dem Bayerischen Landtag.

Den Beamten der Polizei gilt mein Dank für die zuverlässige Ausübung ihrer Pflichten und ihre stete Präsenz. Künftig werden noch mehr Belastungen auf sie zukommen. Besonders die verschärften Sicherheitskontrollen stellen für sie – wie auch für unsere Pförtner und Offizianten – eine zusätzliche Arbeit dar, die viel Einfühlungsvermögen und Verantwortung erfordert. Auf die Sicherheitskontrollen kann man aber nicht verzichten, wie der Vorfall aus Indien wieder gezeigt hat.

Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Güller um sein Wort.

Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich dem Dank des Herrn Präsidenten anschließen und den Offizianten, dem Direktor, den Referatsleiterinnen und -leitern, den Sekretärinnen und Sekretären, dem Stenografischen Dienst, den Garderobenfrauen, den Pförtnern, der Polizei, den Reinemachefrauen, ob im Hause beschäftigt oder bei Fremdfirmen – wobei ich hoffe, dass dies zu anständigen sozialen Konditionen geschieht –, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gastronomie, der Poststelle, den Fraktionsmitarbeitern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordnetenbüros, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und natürlich auch der Presse, die unsere Arbeit auch 2001 kritisch und fair begleitet hat, recht herzlich danken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke also all jenen, die dazu beigetragen haben, dass wir Abgeordnete, ob wir zur Regierungsfraktion oder zur Opposition gehören, unsere Arbeit im Hause wie gewohnt – ich betone: wie gewohnt – machen konnten.

Aber wenn wir heute auf das abgelaufene Parlamentsjahr zurückblicken, müssen wir, so glaube ich, auch selbstkritisch erkennen, dass es uns nicht immer gelungen ist, das umzusetzen, was schon in den Weihnachtswünschen der vergangenen Jahre ein Thema war. Ich nenne als Stichwort: Selbstbewusstsein, Selbstbewusstsein dieses Parlaments gegenüber dem Bund, gegenüber Europa, gegenüber dem Bundestag und dem Europäischen Parlament.

Wir sind das Parlament des Freistaates Bayern für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Bayern. Ich meine, dass wir hier zu oft Schlachten schlagen, die bereits im Bundestag und in anderen Parlamenten geschlagen wurden, Schlachten, die in allen Presseorganen bereits breit diskutiert wurden. Ich glaube, wir tun uns, unserer Arbeit und auch unserem Bild in der Öffentlichkeit damit keinen Gefallen.

Bezüglich der Abgrenzung unserer Arbeit, die sich teilweise hier in München im Landtag – im Plenum, den Ausschüssen und den Arbeitskreisen – abspielt, aber

selbstverständlich auch in unseren Stimm- und Wahlkreisen, haben wir gegenüber den Menschen zu wenig Selbstbewusstsein gezeigt, auch einmal Nein zu sagen und deutlich zu machen, dass die Arbeit hier in München vielleicht wichtiger ist, als das dritte Grußwort zu sprechen.

Wir müssen klarmachen, dass unsere Arbeit zum einen darin besteht, Meinungen vor Ort aufzunehmen, aber auch unsere Positionen den Menschen nahe zu bringen, dass aber unser Hauptarbeitsplatz München ist.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist oft nicht möglich, während der Sitzungen quer durch das Land zu reisen und Termine wahrzunehmen. Ich glaube, wenn wir das eine oder andere Mal gemeinsam sagen, dass wir wichtige Termine im Plenum oder in den Ausschüssen in München haben, dann steigt unsere Achtung in der Bevölkerung mehr, als wenn wir sagen, wir könnten alles ermöglichen und zu jedem Fest und Termin kommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ein weiteres Stichwort zum Selbstbewusstsein. Ich glaube nach wie vor, dass wir viel zu selbstverständlich akzeptieren, dass die Mitglieder der Staatsregierung nicht komplett bei Plenarsitzungen anwesend sind.

Wenn ich mir diese Punkte vor Augen führe, dann schließt sich für mich der Kreis zu einer Diskussion, die wir in diesem Jahr auch geführt haben, nämlich zu der Diskussion über den neuen Plenarsaal. Viele architektonisch anspruchsvolle Pläne wurden mit hochtrabenden Begründungen versehen. Es wurde diskutiert über die „Transparenz des Parlaments durch Glas“, über den „Plenarsaal als Krone der Demokratie“, die man diesem Gebäude aufsetzen sollte, und über die Frage, ob der Plenarsaal zentral situiert sein muss oder ob er von der Mittelachse des Hauses leicht nach links oder rechts versetzt werden darf.

Ich glaube, wir haben dabei zu wenig Aufmerksamkeit auf das Thema „Arbeitsbedingungen“ verwendet. Dieses Thema ist für mich trotz aller wichtigen architektonischen Fragen das zentrale.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen einen neuen Plenarsaal nicht als Krone, sondern um endlich einen Arbeitsplatz zu haben, an dem die Lichtverhältnisse stimmen, wo man sitzen kann, ohne fünfmal aufzustehen, weil ein anderer Kollege aufstehen möchte, wo es frei stehende Stühle gibt und wo man das eine oder andere am Platz per E-Mail und Computer erledigen kann. Dies sind für mich Aspekte, die auch zu diskutieren sind. Für die architektonischen Fragen haben wir Fachgremien eingesetzt, auf deren Sachverstand wir zurückgreifen können. Eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen können wir aber nur dann glaubwürdig fordern, wenn wir eine hohe Präsenz während der Sitzungen in diesem Hause zeigen. Mit geringer Präsenz kann man einen teuren Umbau nicht begründen.

Wenn Sie mir zustimmen, dass noch vieles aus den vergangenen Jahren offen ist, dann lassen Sie mich versuchen, den Wunschzettel für das kommende Parlamentsjahr zusammenzustellen. Wir sollten uns ein Parlament mit Plenar- und Ausschusssitzungen wünschen, die landespolitische Themen zum absoluten Schwerpunkt haben. Wir sollten uns ein Parlamentsjahr wünschen, in dem die Ausschüsse und das Plenum auch immer gut mit Abgeordneten besetzt sind, ein Parlament, demgegenüber auch die Staatsregierung durch rechtzeitige und umfassende Information insbesondere zu Themen des Bundesrates und der Europäischen Union seine Wertschätzung zum Ausdruck bringt, ein Parlament, das die so erhaltenen Informationen selbstbewusst zu einer zeitnahen eigenen Positionsbestimmung nutzt und diese der Staatsregierung mit auf ihren Weg in Richtung Bundesrat und Europäische Union gibt. Auf dem Wunschzettel steht ein Parlament, dem die Staatsregierung und insbesondere der Ministerpräsident durch ihre geschätzte Anwesenheit das inhaltliche Interesse an der Arbeit entgegenbringen, das dem Parlament zusteht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wünschen uns eine Staatsregierung, die vorrangig die berechtigten Belange aller bayerischen Bürgerinnen und Bürger vertritt, sich um sie kümmert und die nicht zunehmend versucht, eine Nebenbundesregierung in Deutschland darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele dieser Wünsche können Realität werden, ob man nun an das Christkind glaubt oder nicht, denn wir können diese Dinge selbst ändern. In diesem Sinne wünsche ich uns allen und denjenigen, die unsere Arbeit begleiten und unterstützen, unseren Angehörigen und Familien, erholsame Tage. Uns wünsche ich zudem etwas mehr Zeit für Familie und Freunde und etwas mehr Zeit, um auszuspannen und Kräfte zu sammeln. Insgesamt wünsche ich uns ein friedlicheres Jahr 2002 als das ablaufende Jahr mit seinem schrecklichen Ereignissen. Ihnen allen wünsche ich für 2002 viel Glück und Gesundheit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Herr Kollege Güller, ich danke Ihnen für Ihre Worte und die guten Wünsche. Sie haben ein großes Paket geschnürt. Wir werden wieder mit vielen guten Vorsätzen in das neue Jahr gehen. Ich hoffe, dass sich nicht bewahrheitet, was einmal einer geschrieben hat: Gute Vorsätze sind oft wie ein Startschuss, auf den kein Rennen folgt. – Nun bitte ich den Herrn Ministerpräsidenten um sein Wort.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gute Tradition, kurz vor der Weihnachtspause nach heftigen Diskussionen im ablaufenden Jahr – auch an diesem Tag – vonseiten der Staatsregierung einige Worte an das Hohe Haus zu richten. Ich glaube, dass die Demokratie sich dadurch auszeichnet, dass man differenzieren kann zwi-

schen der harten sachlichen Auseinandersetzung in diesem Hause und außerhalb dieses Hauses und der Verbundenheit in dem Bestreben, im Rahmen unserer Wertordnung und Verfassung die besten Lösungen zu finden; denn bei aller Auseinandersetzung verbindet uns eine ganze Menge.

Ich will kurz darstellen, was uns verbindet, und meine Rede nicht zur Replik nutzen. Wir haben in der parlamentarischen Auseinandersetzung alle versucht, flexibel und mit Weitblick auf die Wandlungsprozesse unserer Zeit zu reagieren und aktiv und präventiv vorzugehen. Natürlich präferieren Regierung und Opposition nicht selten unterschiedliche Lösungswege. Das ist das Wesen der Demokratie. Doch uns eint die Verantwortung und das Streben, dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande zu dienen. Wir handeln im Auftrag der Menschen in Bayern. Ihre Anliegen und ihre Sorgen sind unsere Aufgaben.

Ob wir das immer ausreichend verständlich machen können, bezweifle ich. Ich habe sehr nachdenklich auf die Interviews reagiert, die ich nach der Debatte vorgestern im Bayerischen Landtag über die Auswirkungen der Pisa-Studie im Fernsehen gesehen habe. Das Fernsehen hat berichtet. Auf der Zuschauertribüne saßen Schülerinnen und Schüler der Oberstufe eines Gymnasiums. Die Bewertungen dieser jungen Menschen, die mit großem Interesse die Debatte verfolgt hatten, waren sehr kritisch und betrafen uns alle miteinander. Es wurde zum Beispiel gesagt, es wird immer über Disziplin und Anstand geredet, aber in der Debatte bekommt man einen ganz anderen Eindruck. Ich glaube, dass man versuchen muss, den Menschen die Auseinandersetzung einerseits und die Gemeinsamkeiten andererseits zu präsentieren, um die Stabilität des Fundaments der Demokratie zu sichern.

Meine Damen und Herren, Thema im letzten Jahr war unter anderem auch die BSE-Krise, die noch lange nicht vorbei ist. Wir brauchen nur unsere Bauernhöfe anzusehen. Wir haben versucht, mit einer beispiellosen Initiative für Verbraucherschutz und gesunde Landwirtschaft bayerische Akzente zu setzen.

Ich denke auch an die Initiative für die Bildung mit Rekordzahlen bei der Einstellung von Lehrern. Die Förderung der Bildung dient einer leistungsorientierten und wettbewerbsstarken Ausbildung. Mit der Pisa-Studie werden wir uns noch sehr oft detailliert auseinandersetzen müssen, weil sie unserer ganzen Gesellschaft und nicht nur den Schulen und den Kindern einen Spiegel vorhält. Einen bedeutenden Schwerpunkt haben wir auch auf die Förderung der Kinderbetreuung gelegt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Wir arbeiten für Wachstum und Beschäftigung in Bayern. Ich wünsche mir, dass der Vergleich der Arbeitslosenzahlen und der permanente Zuzug aus anderen deutschen Ländern auch in Zukunft zeigen werden, dass unsere Politik der Modernisierung Bayerns und damit unsere Politik für neue und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erfolgreich ist.

Es ist ein bedenkliches Zeichen, dass so viele Menschen in anderen Bundesländern nach den letzten Umfragen relativ unzufrieden sind. Je weiter man nach Süden kommt, desto zufriedener sind die Menschen mit ihrer Heimat. Wir müssen alles tun, damit sich die Menschen insgesamt, nicht nur in Bayern sondern in ganz Deutschland, wohl fühlen, weil wir alle darunter leiden, dass andere Länder ausbluten. Wir profitieren sicherlich davon, haben aber wegen eines erhöhten Finanzausgleichs weitere Belastungen zu schultern.

Das Jahr 2001 ist natürlich von dem epochalen Ereignis am 11. September überschattet. Kofi Annan sprach jüngst davon, dass die Menschheit das dritte Jahrtausend durch ein Feuer betreten habe. Die Ereignisse am 11. September haben die Menschen in unserem Land und überall auf der Welt zutiefst erschüttert. Wir haben gegenüber den Opfern und der amerikanischen Nation unser Mitgefühl und unsere Solidarität zum Ausdruck gebracht. Wir merken in der Innen- wie in der Außenpolitik: Ohne Zweifel ist der 11. September ein Tag von welthistorischer Bedeutung. Die Weltinnenarchitektur verschiebt sich; der amerikanische Präsident hat in den letzten Monaten viel häufiger mit dem russischen Präsidenten als mit europäischen Staatsmännern gesprochen. Das zeigt, dass sich einiges verändert. Ich will das nicht werten, ich will nur auf dieses Faktum und auf dieses Datum hinweisen, das für uns eine Bedeutung hat.

Es ist uns sicherlich bewusst geworden: Freiheit und Demokratie müssen im Inneren und Äußeren wehrhaft sein. Dafür müssen wir mehr tun. Ich glaube, wir sind alle miteinander dazu bereit. Ich bin sehr froh darüber, dass wir in vielen Fragen, gerade was die innere Sicherheit angeht, keine derartigen Meinungsverschiedenheiten mehr haben, wie wir sie vielleicht vor zehn Jahren, auch in diesem Haus, hatten. Insgesamt zeigt das auch, dass ein breiter Konsens besteht, unsere Demokratie nach innen und nach außen zu einer wehrhaften auszubauen bzw. weiter zu gestalten.

Der 11. September hat auch gezeigt, und damit werden sich wahrscheinlich alle Weihnachtspredigten befassen, dass moderne, freiheitliche Gesellschaften, auf die wir stolz sind – unsere ist so eine – sehr verletzlich sind. Neben die Gewissheit, dass wir in kürzester Zeit Wertvolles aufbauen können, ist die Verunsicherung darüber getreten, dass menschenverachtende Verbrecher das Aufgebaute mit einem Schlag vernichten können.

Sie spüren das auch in Diskussionen hier im Haus. Viele Menschen sind nachdenklicher geworden, es werden vermehrt Fragen gestellt: Wie stabil sind die Fundamente unserer Wohlstandsgesellschaft? Wie tragfähig und belastbar sind die Grundlagen und vor allen Dingen die Bindungen in der Gesellschaft? Welche Werte können wir in Zeiten des rasanten Wandels an unsere Kinder weitergeben? – Die Politiker haben den Auftrag, das heißt, wir alle, die wir uns dieser Aufgabe verschrieben haben, bei der Suche nach schlüssigen Antworten auf diese existenziellen Fragen Unterstützung zu leisten und Richtung und Orientierung zu geben. Dazu gehört die Beschäftigung mit den Fragen der Bio- und Gentechnik. Solche Entscheidungen können meines Erachtens nur

auf der Grundlage eines stabilen Wertefundaments und eines klaren, christlich geprägten Menschenbildes getroffen werden.

Ich habe den Eindruck, die Menschen in unserem Land sind wieder sensibler und empfänglicher für eine nicht nur ökonomisch dominierte, sondern auch für eine durchaus an Werten orientierte Politik geworden.

Lassen Sie mich noch zwei Schlussbemerkungen machen: Trotz all unserer staatlichen Anstrengungen ist unsere Gesellschaft vor allen Dingen auf jene angewiesen, die sich in ihr ehrenamtlich engagieren. Im vergangenen Jahr der Freiwilligen hat es bayernweit viele Aktionen gegeben, um das Ehrenamt herauszustellen und zu fördern. Die ehrenamtlich Tätigen sind eine unverzichtbare Stütze unserer Gesellschaft. Der Gemeinsinn, die Mitmenschlichkeit, die Solidarität, die hier nicht beredet, sondern praktiziert wird, ist etwas, worauf wir alle stolz sein können. Wir müssen das immer wieder betonen. Die Menschen erwarten nicht unbedingt Dank, wenn sie etwas für sich und für andere tun. Sie erwarten jedenfalls immer wieder Anerkennung. Ich möchte das in meinen Worten vor der Weihnachtspause sagen.

Eine letzte Bemerkung: Am Silvestertag dieses Jahres endet die Geschichte der Deutschen Mark. Es war eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen. Die D-Mark wurde zum Symbol des Wirtschaftswunders nach dem Krieg, zum Symbol unseres Aufstiegs und zum Symbol finanzieller Stabilität. Wenngleich sich die Stimmung in unserem Land zu Gunsten des Euro erheblich verbessert hat und darin zunehmend eine große Chance gesehen wird, so beschleicht viele Menschen in diesen Tagen Wehmut und Unsicherheit. Es ist eine Aufgabe von uns allen, dafür zu sorgen, dass der Euro ein Erfolg wird, dass er jene Stabilität behält oder gewinnt, welche die Deutsche Mark in den 50 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet hat.

Es ist mir ein großes Anliegen, beim Abschied von der Deutschen Mark gerade der älteren Generation im Lande, die Bayern nach dem Krieg noch entscheidender mitaufgebaut hat, als wir das hier getan haben, im Namen von uns allen herzlich zu danken. Wir haben ein gutes, ein wirtschaftlich und kulturell reiches Erbe übernommen. Dahinter standen Anstrengungen, Leistungsbereitschaft, Fleiß und der Wille, vorwärts zu kommen. Es liegt an uns, die erhaltenen Talent möglichst kräftig vermehrt an die folgenden Generationen weiterzugeben. Ich glaube, nichts vermehrt sich von selbst. Wir müssen uns sicherlich genauso anstrengen, wie dies die vor uns aktiven Generationen getan haben.

Lassen Sie mich die letzte Plenarsitzung dieses Jahres dazu nutzen, Ihnen allen – trotz aller Meinungsverschiedenheiten – ein herzliches Dankeschön für die Gestaltung unseres Landes zu sagen. Ich danke den Abgeordneten für die Zusammenarbeit und den großen politischen Einsatz. Ich danke natürlich in besonderer Weise der Mehrheitsfraktion für die Unterstützung der Regierungsarbeit, aber auch der Opposition.

Ich danke dem Herrn Landtagspräsidenten, der Frau Vizepräsidentin und dem Herrn Vizepräsidenten sowie

allen Mitgliedern des Präsidiums dafür, dass sie die Parlamentsarbeit mit sicherer Hand geleitet haben und immer wieder darangehen, Reformen des Hauses anzupacken.

Mein Dank richtet sich auch an alle, die im Haus dafür sorgen, dass unsere Arbeit vonstatten gehen kann, an die Angehörigen des Landtagsamtes und der Dienste.

Schließlich danke ich auch den Vertretern der Medien. Es ist entscheidend und sehr wichtig, die Arbeit des Bayerischen Landtags, die Probleme, die wir hier behandeln, den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen. Sie sind im Grunde genommen der Mittler zwischen der Bewältigung der Themen und wie die Menschen die Bewältigung der Themen sehen. Das Wissen um den Wert dieser Arbeit stärkt die Identifikation mit dem Parlament.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das nächste Jahr und das übernächste Jahr werden sicherlich sehr arbeitsintensiv. Wir stehen vor zwei wichtigen Wahlen in unserem Land. Ich wünsche Ihnen ein paar Tage der Ruhe und des Ausspannens, und ich wünsche Ihnen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest, Ihren Familien und Ihren Angehörigen und Ihnen allen – soweit es geht – persönliche Zufriedenheit und ein paar Tage des Ausspannens und des Nachdenkens. Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Böhm: Herr Ministerpräsident, im Namen aller nehme ich Ihren Dank entgegen. Wir haben uns sehr darüber gefreut. Wir danken Ihnen Ihrerseits für Ihre nachdenklichen Worte und für die guten Wünsche. Ich möchte auch Ihnen unsere Wünsche sagen. Die Exekutive muss oft sehr rasch aus der Situation heraus entscheiden und handeln. Das Parlament hat es manchmal etwas leichter. Es begleitet und kommentiert. Wir wünschen Ihnen also eine stets glückliche Hand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tagesroutine hat uns noch nicht ganz entlassen. Daher noch ein paar Bekanntgaben. Sie wollen ja wissen, wie die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen lauten.

Zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Politik für lebendige Städte und mittelständische Strukturen im Handel“ auf Drucksache 14/8253: 63 Ja-Stimmen, 100 Nein-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen. Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Factory Outlet Center – Kabinettsbeschluss vom 20. November 2001“ auf Drucksache 14/8255: Mit Ja haben gestimmt 63 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 102. Der Stimme enthalten haben sich vier. Der Dringlichkeitsantrag ist auch abgelehnt.

Schließlich zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Einzelhandelsgroßprojekte/FOC)“ auf Drucksache 14/8310: 105 Ja-Stimmen, 61 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen worden.

Ich gebe noch bekannt, dass eine Reihe von Anträgen für erledigt erklärt worden sind. Im Einzelnen verweise ich dazu auf die Ihnen vorliegende Aufstellung. – Sie nehmen davon zustimmend Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes Weihnachtsfest, erholsame sitzungsfreie Tage sowie frische Kraft und neuen Elan für die Aufgaben, die im Jahr 2002 auf uns warten. Das gilt besonders für die Kommunal- und für die Bundestagswahlen, die sicherlich einiges an Einsatz verlangen werden. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Allgemeiner Beifall – Schluss der Sitzung 12.52 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 25: Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Werner-Mugendorfer, Irlinger u. a. u. Frakt. (SPD);

Keine Einsparung von Lehrerstellen in den Fächern Religion und Ethik (Drucksache 14/7112)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut		X	
Dr. Baumann Dorle	X			Güller Harald	X		
Beck Adolf				Guttenberger Petra		X	
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim			
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartenstein Volker		X	
Biedefeld Susann	X			Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef		X		Hausmann Heinz		X	
Bocklet Reinhold				Hecht Inge	X		
Böhm Johann		X		Heckel Dieter		X	
Boutter Rainer				Hecker Annemarie		X	
Brandl Max	X			Heike Jürgen W.		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Heinrich Horst			
Brosch Franz		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred		X		Hoderlein Wolfgang	X		
Deml Marianne		X		Hözl Manfred		X	
Dingreiter Adolf		X		Hofmann Walter		X	
Dodell Renate				Hohlmeier Monika			
Donhauser Heinz		X		Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp		X		Hufe Peter	X		
Eck Gerhard		X		Irlinger Eberhard			
Eckstein Kurt		X		Jetz Stefan			
Egleder Udo	X			Dr. Jung Thomas			
Eppeneder Josef		X		Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert		X		Kaul Henning		X	
Dr. Eykmann Walter			X	Kellner Emma		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Dr. Kempfler Herbert		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Kiesel Robert		X	
Fischer Herbert		X		Klinger Rudolf		X	
Franzke Dietmar	X			Knauer Christian		X	
Freller Karl		X		Kobler Konrad		X	
Gabsteiger Günter		X		Köhler Elisabeth		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Köhler Heinz	X		
Gartzke Wolfgang	X			König Alexander		X	
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd		X	
Geiger Hermann	X			Kreidl Jakob		X	
Glück Alois		X		Kreuzer Thomas		X	
Göppel Josef				Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Görlitz Erika				Kuchenbaur Sebastian		X	
Goertz Christine	X			Kupka Engelbert		X	
Dr. Götz Franz	X			Leeb Hermann			
Dr. Goppel Thomas		X		Leichtle Wilhelm			
Gote Ulrike		X		Lochner-Fischer Monica			
Grabner Georg				Lode Arnulf		X	
				Loscher-Frühwald Friedrich			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz			
Prof. Männle Ursula		X	
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth		X	
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin			
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard			
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi		X	
Stahl Christine		X	
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna			
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth			
Unterländer Joachim			X
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Vogel Anne			
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	50	103	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Paulig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Politik für lebendige Städte und mittelständische Strukturen im Handel (Drucksache 14/8253)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut		X	
Dr. Baumann Dorle	X			Güller Harald	X		
Beck Adolf				Guttenberger Petra		X	
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim		X	
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef		X		Hausmann Heinz		X	
Bocklet Reinhold				Hecht Inge			
Böhm Johann		X		Heckel Dieter			
Boutter Rainer				Hecker Annemarie		X	
Brandl Max				Heike Jürgen W.		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Heinrich Horst			
Brosch Franz		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred			X	Hoderlein Wolfgang	X		
Deml Marianne		X		Hözl Manfred			
Dingreiter Adolf		X		Hofmann Walter		X	
Dodell Renate				Hohlmeier Monika		X	
Donhauser Heinz		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Hufe Peter	X		
Eck Gerhard				Irlinger Eberhard	X		
Eckstein Kurt		X		Jetz Stefan		X	
Egleder Udo	X			Dr. Jung Thomas			
Eppeneder Josef		X		Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert		X		Kaul Henning		X	
Dr. Eykmann Walter		X		Kellner Emma	X		
Prof. Dr. Falthäuser Kurt		X		Dr. Kempfler Herbert		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Kiesel Robert		X	
Fischer Herbert		X		Klinger Rudolf		X	
Franzke Dietmar	X			Knauer Christian			X
Freller Karl		X		Kobler Konrad		X	
Gabsteiger Günter		X		Köhler Elisabeth	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Köhler Heinz			
Gartzke Wolfgang	X			König Alexander		X	
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd			X
Geiger Hermann	X			Kreidl Jakob		X	
Glück Alois		X		Kreuzer Thomas		X	
Göppel Josef				Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Görlitz Erika		X		Kuchenbaur Sebastian			X
Goertz Christine	X			Kupka Engelbert		X	
Dr. Götz Franz				Leeb Hermann			X
Dr. Goppel Thomas		X		Leichtle Wilhelm			
Gote Ulrike	X			Lochner-Fischer Monica			
Grabner Georg				Lode Arnulf		X	
				Loscher-Frühwald Friedrich		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz	X		
Prof. Männle Ursula			
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef		X	
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel			
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			X
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann		X	
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig			
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate	X		
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred		X	
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X	••?••	
Stahl Georg			
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund		X	
Strasser Johannes	X		
Strehle Max			X
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich			X
von Truchseß Ruth			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang	X		
Vogel Anne			
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	100	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Dr. Kaiser, Memmel, Biedefeld und Fraktion (SPD); Factory Outlet Center – Kabinettsbeschluss vom 20. November 2001 (Drucksache 14/8255)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf			
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer			
Brandl Max			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brosch Franz		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo	X		
Eppeneder Josef		X	
Ettengruber Herbert		X	
Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gartzke Wolfgang	X		
Dr. Gauweiler Peter			
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Göppel Josef			
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine	X		
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Grabner Georg			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker	X		
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge			
Heckel Dieter			
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hözl Manfred			
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Irlinger Eberhard	X		
Jetz Stefan		X	
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfler Herbert		X	
Kiesel Robert		X	
Klinger Rudolf		X	
Knauer Christian		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian			X
Kupka Engelbert		X	
Leeb Hermann		X	
Leichtle Wilhelm			
Lochner-Fischer Monica			
Lode Arnulf		X	
Loscher-Frühwald Friedrich		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz	X		
Prof. Männle Ursula			
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef		X	
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel			
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp			X
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann		X	
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig			
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate	X		
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred		X	
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund		X	
Strasser Johannes	X		
Strehle Max			X
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich			X
von Truchseß Ruth			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne			
Volkmann Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	102	4

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Dinglreiter u. a. und Fraktion (CSU) betreffend „Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Einzelhandelsgroßprojekte/FOC)“ (Drucksache 14/8310)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X			Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter		X		Guckert Helmut	X		
Dr. Baumann Dorle		X		Güller Harald		X	
Beck Adolf				Guttenberger Petra	X		
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim	X		
Berg Irlind		X		Dr. Hahnzog Klaus		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hartenstein Volker		X	
Biedefeld Susann		X		Hartmann Gerhard		X	
Blöchl Josef	X			Hausmann Heinz	X		
Bocklet Reinhold				Hecht Inge			
Böhm Johann	X			Heckel Dieter			
Boutter Rainer				Hecker Annemarie	X		
Brandl Max				Heike Jürgen W.	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Heinrich Horst			
Brosch Franz	X			Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Hirschmann Anne		X	
Christ Manfred	X			Hoderlein Wolfgang		X	
Deml Marianne	X			Hözl Manfred			
Dinglreiter Adolf	X			Hofmann Walter	X		
Dodell Renate				Hohlmeier Monika	X		
Donhauser Heinz	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Hufe Peter		X	
Eck Gerhard				Irlinger Eberhard		X	
Eckstein Kurt	X			Jetz Stefan	X		
Egleder Udo		X		Dr. Jung Thomas			
Eppeneder Josef	X			Dr. Kaiser Heinz		X	
Ettengruber Herbert	X			Kaul Henning	X		
Dr. Eykman Walter	X			Kellner Emma		X	
Prof. Dr. Falthäuser Kurt	X			Dr. Kempfler Herbert	X		
Dr. Fickler Ingrid	X			Kiesel Robert	X		
Fischer Herbert	X			Klinger Rudolf	X		
Franzke Dietmar		X		Knauer Christian	X		
Freller Karl	X			Kobler Konrad	X		
Gabsteiger Günter	X			Köhler Elisabeth		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Dr. Köhler Heinz			
Gartzke Wolfgang		X		König Alexander	X		
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd	X		
Geiger Hermann		X		Kreidl Jakob	X		
Glück Alois	X			Kreuzer Thomas	X		
Göppel Josef				Dr. Kronawitter Hildegard		X	
Görlitz Erika	X			Kuchenbaur Sebastian	X		
Goertz Christine		X		Kupka Engelbert	X		
Dr. Götz Franz				Leeb Hermann	X		
Dr. Goppel Thomas	X			Leichtle Wilhelm			
Gote Ulrike		X		Lochner-Fischer Monica			
Grabner Georg				Lode Arnulf	X		
				Loscher-Frühwald Friedrich	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi		X	
Maget Franz		X	
Prof. Männle Ursula			
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz		X	
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann		X	
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz	X		
Miller Josef			
Mirbeth Herbert	X		
Möstl Fritz		X	
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			
Müller Willi	X		
Münzel Petra		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel			
Nentwig Armin		X	
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann		X	
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich		X	
Paulig Ruth		X	
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Pienßel Franz	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin		X	
Ranner Sepp	X		
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann	X		
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig			
Dr. Ritzer Helmut		X	
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sackmann Markus	X		
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Marianne		X	
Schieder Werner			
Schindler Franz		X	
Schläger Albrecht		X	
Schmid Albert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate		X	
Schmidt-Sibeth Waltraud		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred		X	
Schopper Theresa		X	
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred			X
Schultz Heiko		X	
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans	X		
Sprinkart Adi		X	
Stahl Christine		X	
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara	X		
Starzmann Gustav		X	
Steiger Christa		X	
Steinmaßl Hermann	X		
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund	X		
Strasser Johannes		X	
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich	X		
von Truchseß Ruth			
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen			
Vogel Wolfgang		X	
Vogel Anne			
Volkman Rainer			
Wahnschaffe Joachim		X	
Dr. Waschler Gerhard	X		
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim			X
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Dr. Wiesheu Otto	X		
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans	X		
Zeitler Otto	X		
Zeller Alfons	X		
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	105	61	2

Aufstellung

über in den Ausschüssen für erledigt erklärte Anträge:

Drs.-Nr	Vorgangsart	Betreff
4426	Antrag	Änderung der Berufsbezeichnung
5092	Dringlichkeitsantrag	Höherer Betriebskostenzuschuss für das Mainfranken-Theater in Würzburg
5487	Antrag	Änderung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
6185	Antrag	Talking-Food – Wissen, was auf den Tisch kommt
6202	Antrag	Konsequenzen aus den BSE-Fällen und den illegalen Mastpraktiken bei Schweinen für den Gesundheits- und Verbraucherschutz in Bayern
6216	Antrag	Konsequenzen aus den BSE-Fällen in Bayern und den illegalen Mastpraktiken bei Schweinen; Einrichtung eines BSE-Forschungstalls
6414	Antrag	Konsequenzen aus den BSE-Fällen in Bayern und den illegalen Mastpraktiken bei Schweinen; Bericht über Methoden der Rinderschlachtung
6643	Antrag	Bericht über den geplanten Verkauf von E.ON-Aktien
6644	Antrag	Bericht zu Amoklauf von Neubauern
6652	Antrag	Rahmenvereinbarung über die Gewährung von Haushaltshilfen – Sicherstellung der Kostenübernahme
6691	Antrag	Mietrechtsreform – Unterstützung der vom Bundesrat ermöglichten zehnjährigen Kündungssperrfrist durch die Staatsregierung
6728	Antrag	Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (2)
6887	Antrag	Bericht über den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Bayern
6902	Antrag	Behandlung der Petition Altlasten Wellheim (Landkreis Eichstätt)
7296	Antrag	Landesanstalt für ökologischen Anbau
7730	Antrag	Eindämmung der Prostitution, des Menschenhandels sowie ansteckender Krankheiten an der bayerisch/tschechischen Grenze
7889	Antrag	Schulsozialarbeit
8078	Antrag	Bericht über den Steuerfall Diehl
8098	Dringlichkeitsantrag	Bayerische Landesbank – Erhöhung der Bezüge für das TOP-Management um 20 Prozent

